

**Voranschlags- und Rechnungsabschluss-
Verordnung 2015**

VRV 2015

LEITFADEN

ZUR

VERMÖGENSBEWERTUNG

DURCH DIE

OBERÖSTERREICHISCHEN GEMEINDEN

Version 2.0
Stand Jänner 2019

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	2
Über diesen Leitfaden.....	4
1 Erläuterungen zu den wesentlichen Ansatz- und Bewertungsregeln.....	7
1.1 Vermögen in der Eröffnungsbilanz	7
1.2 Bewertungsgrundsätze.....	8
1.3 Nutzungsdauer.....	9
1.4 Abschreibungen	10
2 Eröffnungsbilanz.....	11
3 Bewertung AKTIVA	13
3.1 Immaterielle Vermögenswerte (A.I.)	13
3.2 Sachanlagen (A.II.).....	14
3.2.1 Bewertung von Grundstücken, Grundstückseinrichtungen und Infrastruktur (A.II.1)	14
3.2.2 Bewertung von Gebäuden und Bauten (A.II.2)	27
3.2.3 Bewertung von Wasser- und Kanalisationsbauten (A.II.3)	34
3.2.4 Bewertung von Hochwasserschutzmaßnahmen, Wildbach- und Lawinenverbauungen (A.II.3).....	35
3.2.5 Bewertung von technischen Anlagen, Fahrzeugen und Maschinen (A.II.5)	36
3.2.6 Bewertung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (A.II.6).....	37
3.2.7 Bewertung von Kulturgütern (A.II.7).....	39
3.2.8 Bewertung von gegebenen Anzahlungen für Anlagen und Anlagen in Bau (A.II.8)	40
3.3 Bewertung von aktiven Finanzinstrumenten (A.III.).....	41
3.4 Bewertung von Beteiligungen (A.IV.)	42
3.5 Bewertung von langfristigen Forderungen (A.V.)	44
3.6 Bewertung von kurzfristigen Forderungen (B.I.)	47
3.7 Bewertung von Vorräten (B.II.)	47
3.8 Bewertung von liquiden Mitteln (B.III.)	48
3.9 Aktive Rechnungsabgrenzung (B.IV.).....	49
4 Bewertung PASSIVA	51
4.1 Nettovermögen/Eigenkapital – Ausgleichsposition (C.I., C.II., C.III., C.IV. und C.V.).....	51
4.2 Investitionszuschüsse – Kapitaltransfers (D.I.)	51
4.3 Finanzschulden (E.I. bzw. F.I.)	58
4.4 Verbindlichkeiten (E.II. bzw. F.II.)	59
4.5 Leasingverbindlichkeiten/Contracting (E.I).....	59

4.6	Rückstellungen (E.III. bzw. F.III.)	67
5	Empfehlung zur zeitlichen Abwicklung der VRV 2015.....	75
5.1	Notwendige organisatorische Maßnahmen und Vorarbeiten	75
6	Fragen zum Leitfaden	77
7	Anhang.....	78
A.1	Muster-Eröffnungsbilanz	78
A.2	Musterformular Bewertung Gemeindestraßen.....	79
A.3	Abbildungen Bewertung Straßen, Gehsteige/Gehwege bzw. Radwege sowie Randeinfassungen	80
A.4	Musterformular und Anleitung Bewertung Brücken	86
A.5	Erfassung von Investitionszuschüssen für einen Gebäudeneubau.....	94
A.6	Erfassung von Investitionszuschüssen für eine Gebäudesanierung.....	95
A.7	Pauschale Nacherfassung der Investitionszuschüsse im Straßenbau.....	97
A.8	Erfassung der Investitionszuschüsse für Wasser- und Kanalbauten	99
A.9	Nutzungsdauertabelle für OÖ.....	100
8	Danke!.....	106

Über diesen Leitfaden

Ausgangslage

Die Verordnung des Bundesministers für Finanzen: Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung 2015 (VRV 2015) wurde mit dem BGBl. II Nr. 313/2015 am 19.10.2015 (Novelle BGBl. II Nr. 17/2018 vom 23. Jänner 2018) verlautbart. Ziel dieser neuen Verordnung ist unter anderem eine getreue, vollständige und einheitliche Darstellung der finanziellen Lage zu erhalten.

Die VRV 2015 ist von den oberösterreichischen Städten und Gemeinden sowie den Gemeindeverbänden (nach dem Oö. Gemeindeverbändegesetz) erstmalig für den Voranschlag des Haushaltsjahres 2020 anzuwenden. Ab dem 01. Jänner 2020 haben die oberösterreichischen Städte und Gemeinden ihr Gemeindehaushaltswesen nach den Grundsätzen der doppelten kommunalen Buchführung zu führen. Für dieses Haushaltsjahr ist auch erstmalig ein Rechnungsabschluss auf Basis der Bestimmungen der VRV 2015 zu erstellen.

Die Umstellung auf die VRV 2015 wird eine große Herausforderung sowohl für die Direktion Inneres und Kommunales (IKD), die Bezirksverwaltungsbehörden als auch im Besonderen für die Gemeinden mit sich bringen. Um eine reibungslose Umsetzung per 01.01.2020 zu ermöglichen, empfehlen wir, mit den notwendigen Vorbereitungsarbeiten rechtzeitig zu beginnen. Der folgende Leitfaden zur Vermögensbewertung für die Erstellung einer Eröffnungsbilanz soll dahingehend eine wesentliche Unterstützung bieten.

Auf Initiative von Gemeindelandesrat Max Hiegelsberger wurde zur Umsetzung der VRV 2015 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der Mitarbeiter aus vier Gemeinden mitwirken und ihre praktischen Erfahrungen in das Projekt einbringen. Die VRV 2015 sieht grundsätzlich eine Vielzahl an Bewertungsmethoden vor.

Die im Leitfaden angeführten und empfohlenen Bewertungsinstrumente wurden hinsichtlich einer praxistauglichen Anwendung evaluiert und für geeignet erachtet.

Zielsetzung

Mit diesem Leitfaden werden folgende Zielsetzungen verfolgt:

- Mit den im Leitfaden dargestellten Bewertungsmethoden soll eine möglichst einheitliche Vermögensbewertung durch die oberösterreichischen Gemeinden erfolgen können.
- Der Leitfaden soll eine Hilfestellung für die mit der Vermögensbewertung befassten GemeindemitarbeiterInnen bieten.

- Mit Hilfe dieses Leitfadens sollen die Gemeinden die Erstellung der Eröffnungsbilanz bewältigen und somit die Inanspruchnahme externer Beraterfirmen gänzlich unterbleiben können.
- Ein übermäßiger Personaleinsatz bzw. Einsatz weiterer (externer) Ressourcen soll somit vermieden werden.

Wir weisen darauf hin, dass es sich bei diesem Leitfaden um Empfehlungen für eine möglichst einheitliche Anwendung aller Oö. Gemeinden handelt. In begründeten Fällen ist eine Abweichung von diesem Leitfaden, aber jedenfalls unter Beachtung der Bestimmungen der VRV 2015, zulässig.

Zudem weisen wir darauf hin, dass dieser Leitfaden keinen Anspruch auf die vollständige Darstellung aller für die Erstellung der Eröffnungsbilanz notwendigen Fälle haben kann. Sollten Änderungen erforderlich sein, wird der Leitfaden schnellstmöglich angepasst und die aktualisierte Version wiederum rasch für Sie im Oö. GEMNET bereitgestellt.

Aufbau des Leitfadens

Dieser Leitfaden ist als Arbeitsinstrument und Nachschlagewerk für den Praktiker konzipiert.

In Kapitel 1 werden die wesentlichen Bewertungsgrundsätze, wie sie die VRV 2015 in den §§ 19 und 36 vorsieht, kurz beschrieben.

Kapitel 2 beschreibt die grundsätzlichen Inhalte zur Eröffnungsbilanz, welche zum Stichtag des 1. Jänner jenes Finanzjahres, für welches erstmalig die VRV 2015 angewendet wird, erstellt werden muss.

In Kapitel 3 werden die einzelnen Methoden der Vermögensbewertung samt den entsprechenden Rechtsgrundlagen der AKTIV-Seite der Eröffnungsbilanz erläutert. Die jeweiligen Bewertungsmethoden wurden im Zuge des Projekts „Umsetzung der VRV 2015 in den Oö. Gemeinden“ von den teilnehmenden Gemeinden auf ihre Praxistauglichkeit geprüft.

In Kapitel 4 werden die Bewertungsmethoden und Rechtsgrundlagen der PASSIV-Seite der Eröffnungsbilanz dargestellt.

In Kapitel 5 haben wir Empfehlungen zur zeitlichen Abwicklung der Umsetzung der VRV 2015 skizziert.

Kapitel 6 enthält Informationen und Kontaktdaten der wesentlichen AnsprechpartnerInnen für ihre Fragestellungen.

Im Anhang (Kapitel 7) finden Sie eine Muster-Eröffnungsbilanz sowie diverse Musterformulare, Anleitungen und Abbildungen als Hilfestellung zu einzelnen Themen der Vermögensbewertung.

Sämtliche Formulare finden Sie im OÖ. GemNet unter der Kategorie „VRV 2015“:

<https://gemnet.ooe.intra.gv.at/intranet/86502.htm>

1 Erläuterungen zu den wesentlichen Ansatz- und Bewertungsregeln

Rechtsgrundlage

§§ 19, 38 und 39 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175453/NOR40175453.html>

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200286/NOR40200286.html>

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200287/NOR40200287.html>

1.1 Vermögen in der Eröffnungsbilanz

Nach § 19 Abs. 1 VRV 2015 sind Vermögenswerte in der Vermögensrechnung der Gemeinde zu erfassen, wenn die Gemeinde zumindest über das **wirtschaftliche Eigentum** verfügt. Wirtschaftliches Eigentum liegt unabhängig von der zivilrechtlichen Eigentümerschaft vor, wenn die Gemeinde wirtschaftlich wie ein Eigentümer über eine Sache herrscht, indem sie diese insbesondere besitzt, gebraucht, die Verfügungsmacht über sie innehat und das Risiko ihres Verlustes oder ihrer Zerstörung trägt (§ 19 Abs. 2 VRV 2015).

Für die Beurteilung, ob wirtschaftliches Eigentum vorliegt oder nicht, ist das Gesamtbild der Verhältnisse entscheidend¹. Hierbei kommt es darauf an, wer:

- die Verfügungsmacht über die Vermögenswerte (Gebäude, Fahrzeuge) während der gesamten Nutzungsdauer inne hat
- die Vermögenswerte veräußern oder belasten kann (Chance auf Wertsteigerung)
- das Risiko des Verlustes oder der Zerstörung trägt (Risiko der Wertminderung)

Beispiel:

Kann die Gemeinde ein Fahrzeug/Gebäude nicht ohne Zustimmung der Feuerwehr nutzen und ist sie auch nicht dazu berechtigt, das Fahrzeug/Gebäude zu veräußern oder zu belasten (bzw. steht ihr kein Anteil des Veräußerungserlöses zu), so besteht keine Aktivierungspflicht bei der Gemeinde. Dies gilt auch dann, wenn sich die Gemeinde im Falle eines Unterganges/Schadens erneut an den Kosten der Neuanschaffung beteiligen muss bzw. diese zu tragen hat, da sie damit nur das Risiko der Wertminderung trägt, was alleine für das wirtschaftliche Eigentum nicht ausreichend ist.

¹ LeitnerLeitner, Wirtschaftsprüfer Steuerberater, Linz

1.2 Bewertungsgrundsätze

Die Vermögensgegenstände sind gemäß § 19 VRV 2015 auf Basis von fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu bewerten und in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen. Bei Schenkungen und Erbschaften hat die Bewertung mittels beizulegenden Zeitwerts („Fair value“) zu erfolgen.

Bei langfristigen unverzinsten Forderungen über Euro 10.000 sowie für einzelne Rückstellungsberechnungen ist ein Barwertverfahren anzuwenden.

Begriffsdefinitionen

Anschaffungskosten sind alle Kosten des Erwerbs, wie Anschaffungspreise inklusive Einfuhrzölle, Transportkosten, Kosten, die den Vermögensgegenstand in einen betriebsbereiten Zustand versetzen, Abwicklungskosten, nicht erstattungsfähige Umsatzsteuern, abzüglich direkt zuordenbarer Rabatte und Skonti. Die Anschaffungskosten von baulichen Gegenständen bzw. Liegenschaften umfassen auch die Kosten für die Räumung und den Abbruch allfälliger bestehender baulicher Gegenstände bzw. die Wiederherstellung des Standorts (z. B. Dekontaminierung), insoweit diese im Zusammenhang mit der Anschaffung stehen. Nicht zu den Anschaffungskosten gehören Zinsen und andere Kosten, die sich aus der Aufnahme von Fremdmitteln ergeben.

Herstellungskosten sind sämtliche Kosten, die dem jeweiligen Vermögenswert direkt zuordenbar sind. Für jene Einrichtungen, die ausschließlich der Produktion dienen, sind die Produktionsgemeinkosten hinzuzurechnen.

Unter **fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten** sind die ursprünglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten zu verstehen, die um den linearen Abschreibungsbetrag vermindert wurden.

Der **beizulegende Zeitwert** (fair value) ist jener Wert, zu dem ein Vermögenswert zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Personen getauscht oder eine Verpflichtung beglichen werden kann. Der beizulegende Zeitwert ist zu ermitteln aus:

1. dem Preis einer bestehenden, bindenden Vereinbarung oder sofern diese nicht vorliegt,
2. dem gegenwärtigen Marktpreis, wenn der Vermögenswert in einem aktiven Markt gehandelt wird oder sofern dies nicht zutrifft,
3. dem Preis der letzten Transaktionen, sofern die Umstände, unter denen die Transaktionen stattgefunden haben, sich nicht wesentlich geändert haben oder sofern dies nicht möglich ist,
4. dem Wert, der sich aus einer bestmöglichen, verlässlichen Schätzung ergibt.

Der **Barwert** ist jener Wert, der sich aus den abgezinsten kumulierten Zahlungen ergibt. Als Zinssatz ist, soweit nicht im Einzelfall anderes vorgeschrieben, jener zu verwenden, der dem Zinssatz der am Rechnungsabschlussstichtag gültigen durch Umlauf gewichteten Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (UDRB) entspricht.

Ist für Vermögensgegenstände eine Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nicht möglich, so können gemäß § 39 VRV 2015 folgende alternative Möglichkeiten zur Erstbewertung herangezogen werden:

- Beizulegender Zeitwert
- Auf Basis aktueller Gutachten
Die VRV 2015 sieht jedoch nicht vor, dass für deren Anwendung Gutachten erstellt werden.
- Interne plausible Wertfeststellung
- Geeignetes Schätzwertverfahren (bspw. Grundstücksrasterverfahren)
- Durchschnittspreisermittlung

Für alle Varianten gilt eine umfassende Dokumentationspflicht zur gewählten Bewertungsmethode bzw. der Wertermittlung.

Aus Sicht der IKD muss die Ermittlung der (fortgeschriebenen) Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oberste Priorität haben. Sollte dies nicht möglich sein, sind die im Leitfaden zu den einzelnen Vermögenskategorien empfohlenen Bewertungsmethoden anzuwenden.

1.3 Nutzungsdauer

Grundsätzlich sind die Nutzungsdauern gemäß Anlage 7 VRV 2015 zu verwenden. Gemäß § 19 Abs. 10 VRV 2015 kann aufgrund der tatsächlichen Gegebenheiten der Sachanlage eine andere voraussichtliche wirtschaftliche Nutzungsdauer herangezogen werden. Eine von Anlage 7 VRV 2015 abweichende Nutzungsdauer ist jedenfalls zu begründen.

Laut § 38 Abs. 2 VRV 2015 kann abweichend zu § 19 Abs. 10 für einen bereits erfassten Vermögenswert mit einer Nutzungsdauer von bis zu 10 Jahren die bisherige Restnutzungsdauer beibehalten werden.

Für einzelne Vermögenskategorien, bspw. Gemeindestraßen und Güterwege bzw. Gebäude und Bauten, enthält der Leitfaden unter Einbindung von Fachexperten Empfehlungen zur wirtschaftlichen Nutzungsdauer. Diese sollten bei der Vermögensbewertung jedenfalls berücksichtigt und mit dem Hinweis auf die wirtschaftliche Nutzungsdauer laut Leitfaden begründet werden.

Diese um die für die Oö. Gemeinden ergänzte Nutzungsdauertabelle finden Sie, wie auch den Leitfaden selbst, im OÖ. GemNet unter der Kategorie „VRV 2015“:

<https://gemnet.ooe.intra.gv.at/intranet/86502.htm>

1.4 Abschreibungen

Gemäß § 19 Abs. 10 VRV 2015 erfolgt die Abschreibung eines Vermögenswertes linear und beginnt mit der Inbetriebnahme des Anlagenguts. Wenn der Vermögenswert zur Verfügung steht, sich an seinem Standort und im betriebsbereiten Zustand befindet und binnen sechs Monaten nicht in Betrieb genommen wird, hat die Abschreibung nach Ablauf von sechs Monaten zu beginnen.

Ist der entgeltlich erworbene Vermögensgegenstand länger als sechs Monate des Haushaltsjahres im Anlagevermögen, so ist der gesamte auf ein Jahr entfallende Betrag abzusetzen, andernfalls die Hälfte. Eine monatsgenaue Abschreibung ist zulässig.

Wenn Vorgänge bekannt werden, die eine wesentliche Wertminderung bzw. eine über die lineare Abschreibung hinausgehende wesentliche Wertminderung eines Vermögenswertes vermuten lassen, so ist eine Sonderabschreibung durchzuführen.

Eine Wertaufholung ist ausschließlich für zuvor mittels Sonderabschreibung wertgeminderte Vermögenswerte vorzunehmen, sofern sich die Umstände, die zur Wertminderung führten, geändert haben. Die fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten, die ohne ursprüngliche Wertminderung zum Zeitpunkt der Wertaufholung bestanden hätten, dürfen bei der Wertaufholung nicht überschritten werden.

Für die künftige Darstellung der Abschreibung in den Ergebnishaushalten (Voranschlag und Rechnungsabschluss) wird seitens der IKD die **Methode der „direkten Abschreibung“** (Verbuchung gegen das abnutzbare Anlagengut) **empfohlen**.

2 Eröffnungsbilanz

Rechtsgrundlage

§ 38 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200286/NOR40200286.html>

Die Gliederung der Eröffnungsbilanz hat nach Anlage 1c VRV 2015 zu erfolgen:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200291/II_17_2018_Anlage_1c.pdf

Allgemein

§ 38 der VRV 2015 sieht die Erstellung einer Eröffnungsbilanz zum Stichtag des 1. Jänner jenes Finanzjahres, für welches erstmalig die VRV 2015 angewendet wird, vor. Die Eröffnungsbilanz ist der IKD voraussichtlich bis spätestens 31.12. des Stichtagsjahres, **also bis zum 31.12.2020** vorzulegen.

Wesentliche Informationen (Abschreibungen, Rückstellungen ua.) **aus der Eröffnungsbilanz** sind jedoch bereits für die **Erstellung des Voranschlags 2020** erforderlich.

Die Qualität der Daten in der Eröffnungsbilanz hat wesentliche Auswirkungen auf das Resultat im Ergebnishaushalt der Folgejahre. Eine vollständige und sorgfältige Vermögenserfassung und -bewertung bilden somit die Grundlage für aussagekräftige Haushaltsergebnisse in den Folgejahren.

Die **Aktivseite** der Bilanz zeigt die Mittelverwendung, also jene Vermögenswerte, in welche investiert wurde.

Kurzfristiges Vermögen sind jene Vermögenswerte, die innerhalb eines Jahres verbraucht oder in liquide Mittel umgewandelt werden.

Langfristiges Vermögen sind jene Vermögenswerte, die nicht als kurzfristig auszuweisen sind.

Die **Passivseite** der Bilanz zeigt die Mittelherkunft.

Kurzfristige Fremdmittel sind Fremdmittel mit einer Fälligkeit bis zu einem Jahr.

Langfristige Fremdmittel sind Fremdmittel, die nicht als kurzfristige auszuweisen sind.

Die Feststellung, ob es sich um kurz- oder langfristiges Vermögen bzw. kurz- oder langfristige Fremdmittel handelt, hat immer ausgehend vom Rechnungsabschlussstichtag zu erfolgen.

BILANZ			
AKTIVA		PASSIVA	
Langfristiges Vermögen		Nettovermögen (Ausgleichsposten)	
A.I	Immaterielle Vermögenswerte	C.I	Saldo der Eröffnungsbilanz
A.II	Sachanlagen	C.II	Kumuliertes Nettoergebnis
A.III	Aktive Finanzinstrumente	C.III	Haushaltsrücklagen
A.IV	Beteiligungen	C.IV	Neubewertungsrücklagen (Umbewertungskonto)
A.V	Langfristige Forderungen	C.V	Fremdwährungsumrechnungsrücklagen
Kurzfristiges Vermögen		Sonderposten Investitionszuschüsse (Kapitaltransfers)	
B.I	Kurzfristige Forderungen	D.I	Investitionszuschüsse
B.II	Vorräte	Langfristige Fremdmittel	
B.III	Liquide Mittel	E.I	Langfristige Finanzschulden
B.IV	Aktive Rechnungsabgrenzung	E.II	Langfristige Verbindlichkeiten
		E.III	Langfristige Rückstellungen
		Kurzfristige Fremdmittel	
		F.I	Kurzfristige Finanzschulden
		F.II	Kurzfristige Verbindlichkeiten
		F.III	Kurzfristige Rückstellungen
		F.IV	Passive Rechnungsabgrenzung

In Anlage 1 (Kapitel 7) ist eine Muster-Eröffnungsbilanz dargestellt.

3 Bewertung AKTIVA

A. Langfristiges Vermögen

3.1 Immaterielle Vermögenswerte (A.I.)

Unter immateriellen Vermögenswerten versteht man identifizierbare, nicht monetäre Vermögenswerte ohne physische Substanz.

Rechtsgrundlage

§ 24 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

Bewertungsmethode

Immaterielle Vermögenswerte sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungskosten (ursprüngliche Anschaffungskosten vermindert um den bisherigen Abschreibungsbeitrag) anzusetzen.

Selbsterstellte immaterielle Vermögenswerte (bspw. selbst erstellte Software oder EDV-Datenbanken) dürfen nicht in die Vermögensrechnung aufgenommen werden.

Beispiele für immaterielle Vermögenswerte sind ua. Software, Lizenzen, Baurechte, Jagd- und Fischereirechte, Leitungskataster für WVA und ABA.

Bei den immateriellen Vermögenswerten ist grundsätzlich je Vermögenswert eine mögliche Abschreibung zu prüfen.

- Baurechte sind jedenfalls in der Eröffnungsbilanz zu erfassen bzw. zu aktivieren sowie linear abzuschreiben, wenn eine Einmalzahlung erfolgte (z.B. Abgeltung Baurecht für 30 Jahre).
- Bei der Bewertung des Leitungskatasters für WVA und ABA wird keine Unterscheidung zwischen Softwarelizenz (Leitungsinformationssystem) und Erstellung des Leitungskatasters vorgenommen. Es sind somit die Gesamtkosten in der Eröffnungsbilanz darzustellen.

Die Nutzungsdauer wird seitens des ÖWAV mit 10 Jahren empfohlen.

Künftige Kamerabefahrungen (ausgenommen Erstbefahrungen) sind als laufender Aufwand zu buchen und daher nicht zu aktivieren.

Bei künftigen Wasser- und Kanalneubauten werden die Kosten für die notwendigen Ergänzungen im Leitungskataster nicht mehr separat als immaterieller Vermögenswert erfasst, sondern beim entsprechenden Bauabschnitt der Wasser- oder Kanalanlage aktiviert bzw. abgeschrieben.

3.2 Sachanlagen (A.II)

Das Sachanlagevermögen umfasst gemäß Anlage 1c VRV 2015 Grundstücke, Grundstückseinrichtungen und Infrastruktur, Gebäude und Bauten, Wasser- und Abwasserbauten und -anlagen, technische Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen, Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, Kulturgüter sowie geleistete Anzahlungen für Anlagen und Anlagen im Bau.

Sämtliche Anlagegegenstände sind im Anlagenspiegel gemäß Anlage 6g VRV 2015 aufzunehmen. Auch vorhandene und bereits abgeschriebene Sachanlagen sind mit dem Wert Null im Anlagenspiegel darzustellen.

Vermögenswerte sind solange im Anlagenspiegel auszuweisen, bis sie nicht mehr von der Gemeinde genutzt werden, selbst wenn die geplante Nutzungsdauer bereits abgelaufen ist.

3.2.1 Bewertung von Grundstücken, Grundstückseinrichtungen und Infrastruktur (A.II.1)

3.2.1.1 Grundstücke

Zu den Grundstücken zählen sowohl unbebaute als auch bebaute Grundstücke, auf welchen bspw. Gebäude, Straßen, Parkplätze oder sonstige Infrastruktur errichtet worden sind.

Rechtsgrundlage

§§ 24 Abs. 4 bzw. 39 Abs. 3 und 4 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

bzw.

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200287/NOR40200287.html>

Bewertungsmethoden

1. Tatsächliche Anschaffungskosten

Grundsätzlich sind Grundstücke auf Basis von Kaufverträgen mit den Anschaffungskosten zu bewerten und in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen. Zu den Anschaffungskosten zählen bspw. auch etwaige Neben-, Räumungs- und Abbruchkosten. Abbruch-

kosten können nur bei einem Neuerwerb aktiviert werden. Grundstücke unterliegen keiner linearen Abschreibung, jedoch ist bei einer wesentlichen Wertminderung zwischen dem Grundstückskauf und dem Stichtag der Eröffnungsbilanz eine Sonderabschreibung vorzunehmen. In Fällen, bei denen ausgehend von den Anschaffungskosten deutliche Wertsteigerungen eingetreten sind, sind jedenfalls die Anschaffungskosten in der Eröffnungsbilanz anzusetzen. Derartige Wertsteigerungen stellen stille Reserven dar und werden erst bei etwaigen Grundstücksverkäufen realisiert.

2. Auf Basis vorhandener Gutachten

Sind Grundstücke bereits länger im Eigentum der Gemeinde und liegen keine plausiblen Anschaffungskosten vor, ist der Wert auf Basis bereits vorhandener aktueller Gutachten (bspw. Wertermittlungsgutachten des Bezirksbauamts) zu ermitteln. Von einer Beauftragung zur Gutachtenerstellung im Zuge der Umsetzung der VRV 2015 ist jedenfalls abzusehen.

3. Schätzwertverfahren – Grundstücksrasterverfahren

Ist eine Wertermittlung auf Basis der zuvor beschriebenen Bewertungsmethoden nicht möglich, ist für die Erstbewertung das Grundstücksrasterverfahren anzuwenden.

Die Basispreise für Bauflächen und landwirtschaftliche Nutzflächen werden vom Bundesministerium für Finanzen ermittelt und in den nächsten Wochen zur Verfügung gestellt. Datengrundlage bilden die Kaufpreissammlung der Finanzverwaltung und Regionalinformationen des Bundesamts für Eich- und Vermessungswesen. Gegenstand der Kaufpreissammlung sind unbebaute Grundstücke sowie land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen. Zur Ermittlung der Basispreise werden die relevanten Transaktionen aus dem Zeitraum der Jahre 2008 bis 2015 herangezogen. Für jede Katastralgemeinde (KG) werden gewichtete Durchschnittspreise für Bauland und Landwirtschaft errechnet:

KG	KG Name	Art	Basispreis
4xxxx	Mustergemeinde	L	2,77120
4xxxx	Mustergemeinde	U	84,15331

Beispiel Bauland:

Katastralgemeinde	4xxxx
Fläche	1.000 m ²
Basispreis U	84,15331
Abschlag/Zuschlag	-
Rasterwert	84.153

Beispiel Wald:

Katastralgemeinde	4xxxx
Fläche	10.000 m ²
Basispreis L	2,77120
Abschlag/Zuschlag*	0,5
Rasterwert	13.856

*Abschlag/Zuschlag gemäß § 39 Abs. 4 Z 2 lit. f VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200287/NOR40200287.html>

Informationen zum Grundstücksrasterverfahren finden Sie auch auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen unter „VRV 2015“ in der Kategorie „Basispreise für das Grundstücksrasterverfahren“.

<https://www.bmf.gv.at/budget/finanzbeziehungen-zu-laendern-und-gemeinden/basispreise.html>

Jene Gemeinden, welche die Basispreise des BMF für nicht realistisch einschätzen, können als Alternative Grundstückspreise für Bauland und Grünland (ohne Differenzierung nach Katastralgemeinden) auf Basis einer Berechnung durch die Abteilung Geoinformation und Liegenschaft heranziehen. Entsprechende Anfragen sind an die IKD zu richten und werden an die Abteilung GEOL weitergeleitet.

3.2.1.2 Öffentliches Gut

Gemäß § 70 Oö. Gemeindeordnung 1990 wird öffentliches Gut wie folgt definiert: Die dem Gemeingebrauch gewidmeten Teile des Gemeindeeigentums bilden das öffentliche Gut. Sofern sich nicht aus besonderen Vorschriften oder Rechtstiteln anderes ergibt, steht die Benutzung des öffentlichen Guts allen in gleicher Weise zu.

Zum öffentlichen Gut zählen bspw. Straßen, Wege und Plätze.

Grundstücke (keine Abschreibung) sind getrennt von den Grundstückseinrichtungen (Abschreibung) – bspw. Straßen, Gehwege, Parkplätze etc. – zu bewerten. Sind tatsächliche Anschaffungskosten für den Grundankauf verfügbar, sind diese in die Eröff-

nungsbilanz aufzunehmen. Ist eine Wertermittlung auf Basis tatsächlicher Anschaffungskosten nicht möglich, so hat die Grundstücksbewertung für das öffentliche Gut mit dem Basispreis für landwirtschaftliche Nutzflächen laut Kaufpreissammlung zu erfolgen.

Gleiches gilt bspw. für die Bewertung von Grundstücken für Friedhöfe, Spiel- und Sportplätze, Parkanlagen, Campingplätze oä.

Grundstücke iZm. Hochwasserschutzmaßnahmen (bspw. für Rückhaltebecken etc.) sowie Wildbach- und Lawinenverbauungsmaßnahmen sind mit dem Basispreis für landwirtschaftliche Nutzflächen und einem Abschlag von 50 % zu bewerten.

3.2.1.3 Gemeindestraßen, Güterwege, Geh- und Radwege

Das Straßennetz der Gemeinde stellt einen wesentlichen Teil des Gesamtvermögens der Gemeinde dar. Eine Bewertung des Straßennetzes anhand eines allgemein angenommen Durchschnittszustandes und allgemein angenommener Durchschnittskosten ist daher aus Sicht der IKD nicht möglich.

Bewertungsmethoden

- **Bewertung mit fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten**

Grundsätzlich sind Gemeindestraßen, Güterwege, Geh- und Radwege mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in der Eröffnungsbilanz anzusetzen.

Beispiel:

Eine Gemeindestraße wurde im Jahr 2014 fertiggestellt. Es sind die angefallenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten vermindert um die in der Zwischenzeit angefallene Abschreibung in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen.

Da die meisten Gemeinden im Rahmen einjähriger oder mehrjähriger Straßenbauprogramme viele kurze Teilstücke einzelner Straßenzüge sanieren oder neu errichten, wird die Feststellung von Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für einzelne Straßenzüge in der Regel (bis auf neugebaute Siedlungsstraßen) sehr schwierig sein.

Sind die tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten daher nicht feststellbar, wird folgende Vorgangsweise zur Wertfeststellung (interne plausible Wertfeststellung) vorgeschlagen:

Allgemeines²

Um einen umfassenden Überblick des Zustandes einer kommunalen Straße zu erhalten, sollten alle maßgebenden Elemente des Straßenquerschnittes auch einer Beurteilung und nachfolgenden Bewertung unterzogen werden. Dazu lässt sich eine kommunale Straße in folgende Elemente unterteilen:

- Oberbau Fahrbahn
- Oberbau Gehsteig/Gehweg bzw. Radweg
- Randeinfassung

Die Erfassung des Straßenzustandes im Bereich der Fahrbahn steht in den meisten Fällen im Vordergrund, sodass dieser Bereich etwas genauer erhoben werden sollte als zB. der Gehsteig oder die Randeinfassung.

Erfassungsabschnitte

Die Erfassung und Bewertung des Zustandes der Straßenbefestigung sollte in Form von Erfassungsabschnitten auf Basis der GIP-Daten³ erfolgen, die durch eine konstante Querschnittsausbildung (annähernd konstante Breite der Fahrbahn, Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Gehsteig, Radweg, etc.) und einen annähernd homogenen Zustand charakterisiert werden können.

Für jeden Erfassungsabschnitt sollten folgende Informationen zur Verfügung stehen (siehe Erfassungsf formular im Anhang):

- Straßenname bzw. Straßenbezeichnung
- Von-Station (lt. Erfassungsf formular im Anhang)
- Bis-Station (lt. Erfassungsf formular im Anhang)
- Erfassungsrichtung
- Fahrbahnbreite ohne Bankette (zur Berechnung der Flächen)
- Generelle Information über die Bauweise des Querschnittselements (Asphalt, Beton, Pflaster, Granitsteine, etc.)

Diese Erfassungsabschnitte sind in weiterer Folge zu einem Straßenzug zusammenzufassen. Je Straßenzug sind die Gesamtlänge sowie eine durchschnittliche Breite zu ermitteln.

² Weninger-Vycudil A. und Litzka J.: Handbuch Bauliche Erhaltung kommunaler Straßen. PMS-Consult GmbH, Ingenieurbüro für Verkehrswesen und Infrastrukturplanung, Wien, 2010

³ Graphen Integrationsplattform (GIP); Fragen betreffend die GIP-Daten-Erfassung an: gip.geol.post@ooe.gv.at

Bewertungsschema für die Zustandserfassung

Schadens- und Bewertungsskala

Der Zustand einer Befestigung wird in erster Linie über die Art und den Umfang eines aufgetretenen Schadens beschrieben, welcher im Zuge von Zustandserfassungen erhoben wird. Der Zustand einer Straße ist daher der, zu einem bestimmten Zeitpunkt, aufgenommene Grad der Schädigung.

Die Bewertung der Anlagen hat unter Heranziehung einer 5-teiligen Skala zu erfolgen. Dabei bedeuten die einzelnen „Zustandsklassen“ folgendes:

- Zustandsklasse 1: keine Schädigung vorhanden
- Zustandsklasse 2: leichte Schäden erkennbar
- Zustandsklasse 3: Schäden erkennbar, jedoch noch keine Beeinträchtigung der Nutzung
- Zustandsklasse 4: deutliche Schäden erkennbar und Nutzung der Anlage beeinträchtigt
- Zustandsklasse 5: stark ausgeprägte Schäden erkennbar, Nutzung der Anlage stark beeinträchtigt

Bewertung Fahrbahn

Die nachfolgende Tabelle kann zur Bewertung der Fahrbahn herangezogen werden:

Klasse	Beschreibung	Bildinformation
1	Keine Schäden erkennbar	
2	<ul style="list-style-type: none"> • Vereinzelt kleine Schäden erkennbar (zB. kleine Risse) • vereinzelt kleine Unebenheiten in Quer- oder Längsrichtung erkennbar • keine Beeinträchtigung der Nutzung 	

3	<ul style="list-style-type: none"> • Schäden unterschiedlicher Art erkennbar (Ausbrüche, Ablösungen, Risse) • Unebenheiten in Quer- und/oder Längsrichtung erkennbar • jedoch keine Beeinträchtigung der Nutzung und/oder geringe strukturelle Beeinträchtigung 	
4	<ul style="list-style-type: none"> • Umfangreiche Schäden erkennbar (Ausbrüche, Schlaglöcher, offene Risse, Fugenschäden, etc.) • Ausgeprägte Unebenheiten in Quer- und/oder Längsrichtung erkennbar • Beeinträchtigung der Nutzung und/oder maßgebende strukturelle Beeinträchtigung (Tragfähigkeit) 	
5	<ul style="list-style-type: none"> • Großflächige Schäden erkennbar (Schlaglöcher, Abplatzungen, Netzrisse etc.) • Stark ausgeprägte Unebenheiten in Quer- und/oder Längsrichtung, Aufwölbungen • Starke Beeinträchtigung der Nutzung und/oder starke strukturelle Beeinträchtigung 	

Bewertung Gehsteig/Gehweg bzw. Radweg

Gehsteige bzw. Geh- und Radwege sind als eigene Vermögensgegenstände zu erfassen. Die nachfolgende Tabelle kann zur Bewertung herangezogen werden:

Klasse	Beschreibung	Bildinformation
1	Keine Schäden erkennbar	
2	<ul style="list-style-type: none"> Vereinzelt kleine Schäden erkennbar (zB. Risse) keine Beeinträchtigung der Nutzung 	
3	<ul style="list-style-type: none"> Schäden unterschiedlicher Art erkennbar (Risse, Unebenheiten, etc.), vereinzelt fehlende Pflaster oder Platten mit behelfsmäßiger Sanierung bei Pflaster- oder Plattenbelägen jedoch keine Beeinträchtigung der Nutzung 	
4	<ul style="list-style-type: none"> Umfangreiche Schäden erkennbar (Netzzrisse mit Ausbrüchen, Unebenheiten, etc.) Beeinträchtigung der Nutzung 	
5	<ul style="list-style-type: none"> Großflächige Schäden erkennbar (Löcher, Abplatzungen, ausgeprägte Unebenheiten, flächenhafte Risse, etc.) Starke Beeinträchtigung der Nutzung („Sturzgefahr“) 	

Bewertung Randeinfassung

Sämtliche Randeinfassungen entlang von Gemeindestraßen und Güterwegen sowie bei Geh- und Radwegen können als ein Vermögensgegenstand bewertet und erfasst

werden. Es ist nicht zwingend eine Zuordnung zu den jeweiligen Straßenzügen vorzunehmen.

Die nachfolgende Tabelle kann zur Bewertung von Randeinfassungen herangezogen werden:

Klasse	Beschreibung	Bildinformation
1	Keine Schäden erkennbar	
3	<ul style="list-style-type: none"> • Unebenheiten in Längsrichtung, generelles Fehlen des Fugenmörtels • einzelne Steine schräg oder versetzt zum Verband 	
5	<ul style="list-style-type: none"> • Lose oder fehlende Randeinfassungssteine • Herauskippen der Randeinfassungssteine • ausgeprägte Unebenheiten in Längsrichtung 	

In Anlage 2 finden Sie ein Musterformular zur Erfassung der Straßenzustände bzw. sind in Anlage 3 die zuvor dargestellten Abbildungen vergrößert dargestellt.

Kostenansätze

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Hinweis über die zu erwartenden Kosten im Rahmen von Neubau- bzw. Erneuerungsmaßnahmen für Fahrbahnen, Gehsteige, Geh- und Radwege sowie für Randeinfassungen:

Querschnittselement	Einheitspreise (inkl. Nebenarbeiten)
Fahrbahn Gemeindestraße (Asphalt, Beton)	Euro 60/m²
Fahrbahn Güterweg (Asphalt, Beton)	Euro 50/m²
Fahrbahn Schotter	Euro 20/m²
Gehsteig, Gehweg bzw. Radweg	Euro 30/m²
Randeinfassung	Euro 15/lfm

Straßenzüge mit unterschiedlichen Fahrbahnoberflächen sind als getrennte Vermögenswerte (unterschiedliche Nutzungsdauer) in der Eröffnungsbilanz auszuweisen.

Nebenbauwerke, wie bspw. Bushaltestellen, Stützmauern, Leitschienen, Ampelanlagen etc. sind, sofern feststellbar, mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu bewerten. Sind diese nicht feststellbar, so sind diese im Anlagenspiegel mit dem Wert Null aufzunehmen.

Nutzungsdauer

Abweichend von den Angaben in der Nutzungsdauertabelle zur VRV 2015 sind bei asphaltierten Gemeindestraßen und Güterwegen ausgehend von einer Gesamtnutzungsdauer von 50 Jahren (tatsächliche wirtschaftliche Nutzungsdauer lt. Straßenbauexperten) folgende Restnutzungsdauern je Zustandskategorie anzusetzen:

Zustandsklasse	Beschreibung	(Rest-) Nutzungsdauer	Restbuchwert
1	keine Schädigung vorhanden	45 Jahre	90 Prozent
2	vereinzelt leichte Schäden erkennbar	35 Jahre	70 Prozent
3	Schäden erkennbar jedoch noch keine Beeinträchtigung der Nutzung	25 Jahre	50 Prozent
4	deutliche Schäden erkennbar, Nutzung der Anlage beeinträchtigt	10 Jahre	20 Prozent
5	stark ausgeprägte Schäden erkennbar, Nutzung stark beeinträchtigt	5 Jahre	10 Prozent

Sollte eine von diesen Nutzungsdauern abweichende Nutzungsdauer festgelegt werden, ist dies nachvollziehbar zu begründen.

Für Schotterstraßen sind keine Zustandsbewertungen vorgegeben und ist die Restnutzungsdauer je Schotterstraße durch die Gemeinde zu definieren.

3.2.1.4 Güterwege

Gemeinden können ab der Jahresmitte 2017 die Daten zu Längen, Breiten und Zustandsklasse bei den jeweiligen Wegeerhaltungsverbänden anfordern.⁴

Die Basis für die Weglängen bilden die GIP-Daten. Die in den Daten der WEVs angegebenen Weglängen können von den GIP-Daten geringfügig abweichen, können gegebenenfalls aber zur Plausibilitätsprüfung der Weglängen insgesamt herangezogen werden. Die Abweichungen ergeben sich aufgrund unterschiedlicher Messmethoden.

Beispiel:

Wegnummer	Abschnitt	Abschnittsbezeichnung	Wegbezeichnung	Gemeindenname	Weglänge in km	Breite	Zustandsklasse
4xxx	1	Haupttrasse	Musterweg	Mustergemeinde	2,518	3,2	1
5xxx	1	Haupttrasse	Musterweg	Mustergemeinde	2,379	3,6	4
5xxx	33	Zufahrt X	Musterweg	Mustergemeinde	0,242	2,8	2

Diese Daten sind je Gemeinde unterschiedlich alt, da die Güterwegeverbände eine Befahrung und Zustandsbewertung gemeindeweise alle 10-15 Jahre durchführen. Sollten die Daten ihrer Gemeinde schon älter sein, wäre zu überlegen, ob die Zustandsklassen vom Wegeerhaltungsverband übernommen werden, oder ob nicht eine eigene Zustandsbewertung wie bei den Gemeindestraßen durchgeführt wird.

3.2.1.5 Gehwege, Radwege, Geh- und Radwege entlang von Landesstraßen

Gehwege, Radwege, Geh- und Radwege entlang von Landesstraßen sind ob der Erhaltungspflicht nach dem Oö. Straßengesetz und somit aufgrund des wirtschaftlichen Eigentums in die Eröffnungsbilanzen der Gemeinden aufzunehmen.

Folgende Varianten der Bewertung von Gehwegen, Radwegen, Geh- und Radwegen entlang von Landesstraßen sind möglich:

1. Bewertung nach tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auf Basis einer vorliegenden Endabrechnung.
2. Bewertung nach tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auf Basis von Rechnungsabschlussdaten. Dabei werden in der Regel die Materialkosten (50 % der Gesamtkosten) in den Rechenwerken ausgewiesen. Um die Gesamtkosten zu ermitteln sind die ausgewiesenen Materialkosten zu duplizieren.

⁴ Kontakt für technische Rückfragen: Ing. Thomas Lang, WEV Oberes Mühlviertel, Tel.: 0664/3009462 bzw. E-Mail: thomas.lang@wev-ooe.at

3. Bewertung auf Basis der Zustandsbewertung und Ermittlung von fiktiven Anschaffungskosten.

Der Grund und Boden der Gehwege, Radwege, Geh- und Radwege verbleibt, aufgrund der zivilrechtlichen Eigentümerschaft, im Vermögen des Landes OÖ.

3.2.1.6 Brücken

Bewertungsmethoden

Bewertung mit fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten

Grundsätzlich sind Brücken auf Gemeindestraßen und Güterwegen mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in der Eröffnungsbilanz anzusetzen.

Sind die tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nicht feststellbar, wird folgende Vorgangsweise zur Wertfeststellung vorgeschlagen:

Seitens der Abteilung Brücken- und Tunnelbau wurde zur Brückenbewertung ein allgemeiner m²-Satz von Euro 2.000 empfohlen.

Somit ergibt sich folgende Berechnung zur Wertfeststellung:

$$\text{Fläche der Brücke} \times \text{m}^2\text{-satz von Euro 2.000} = \text{Wert der Brücke}$$

Ausgehend von diesem Wert sind anhand des Errichtungsdatums der Restbuchwert bzw. die Restnutzungsdauer festzustellen und die entsprechenden Werte in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen. Bei den Brückenanlagen sind gemäß Anlage 7 VRV 2015 verschiedene Nutzungsdauern je Brückenkategorie vorgegeben. Seitens der IKD wird vorgeschlagen, für sämtliche Brückenarten eine Nutzungsdauer von 70 Jahren anzusetzen. Davon ausgenommen sind jedoch Brücken mit Holzkonstruktion, für welche eine Nutzungsdauer von 20 Jahren heranzuziehen ist.

Kann aus den vorhandenen Unterlagen (auch Gemeinderatssitzungsprotokolle oder Gemeindechroniken oä.) ein Errichtungsdatum nicht festgestellt werden, so ist eine Schätzung auf Basis des Bauzustands vorzunehmen. Demnach ist eine Aufnahme in die Eröffnungsbilanz mit dem Wert Null bei Brücken nicht zulässig, es sein denn, die Brücke wäre auf Grund des extrem hohen Alters und den vorgegebenen Nutzungsdauern (siehe Nutzungsdauertabelle Land OÖ) bereits vollständig abgeschrieben.

In Anlage 4 finden Sie ein Musterformular samt ausführlichen Erläuterung zur Erfassung der Gemeinde-Brücken.

Zusammenfassung der Bewertung von asphaltierten Gemeindestraßen, Güterwegen, Geh- und Radwegen, Randeinfassungen sowie Brücken (sofern die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nicht ermittelt werden können):

1. Aktualisierung der GIP-Daten (Ausgangsbasis für die Feststellung der Längen)
2. Nacherfassung der Fahrbahnbreiten: je Straßenzug und Fahrbahnoberfläche ist eine durchschnittliche Breite zu ermitteln (erforderlich zur Flächenberechnung)
3. Nacherfassung sämtlicher Geh- und Radwege, der Brücken sowie der Randeinfassungen
4. Berechnung der fiktiven Neubaukosten:
Fläche x m²-Satz bzw. bei Randeinfassungen Länge x lfm-Satz
5. Zustandsbewertung anhand der optischen Kriterien: je Straßenzug und Fahrbahnoberfläche ist ein durchschnittlicher Straßenzustand zu ermitteln
6. Berechnung eines Vermögenswerts je Straßenzug für Eröffnungsbilanz anhand der oa. Nutzungsdauertabelle
7. Ergebnis ist ein Vermögenswert (/konto) je Straßenzug und Fahrbahnoberfläche

Exkurs Folgebewertung:

In weiterer Folge ist zwischen aktivierungspflichtigen Generalsanierungen bzw. laufendem Aufwand für kleinere Instandhaltungsmaßnahmen zu unterscheiden.

Beispiele laufender Aufwand:

- Bodenmarkierungen
- Bankettausbesserungen
- Schlaglochsanierungen
- Oberflächenbehandlung mit Bitumen und Rollsplit

Alle darüber hinausgehenden Straßenbaumaßnahmen, wie bspw. Abfräsen/Abtrag des alten Fahrbahnbelags (gegebenenfalls Neuaufbau des Straßenunterbaus) und Neuasphaltierung, sind zu aktivieren und auf die Restnutzungsdauer abzuschreiben. Übersteigen die Sanierungskosten den Restbuchwert, ist eine neue Nutzungsdauer festzulegen.

Liegen die Kosten einer aktivierungsfähigen Generalsanierung über dem Restbuchwert, beginnt grundsätzlich die Nutzungsdauer mit 50 Jahren neu zu laufen.

Liegen die Kosten einer aktivierungsfähigen Generalsanierung hingegen unter dem Restbuchwert, erfolgt eine Abschreibung auf die Restnutzungsdauer.

3.2.1.7 Straßenbeleuchtung

Bewertungsmethode

Bewertung mit fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten

Die Straßenbeleuchtungsanlagen sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten – wenn möglich auf Basis der Straßenzüge – in die Eröffnungsbilanz der Gemeinde aufzunehmen.

Kann im Zuge der Erstbewertung eine Zuordnung der fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu den jeweiligen Straßenzügen gar nicht getroffen werden, ist in Ausnahmefällen alternativ die Bildung eines Vermögenskontos mit den jährlichen Investitionskosten im Sinne einer jahreweisen pauschalen Bewertung möglich.

Bei den Folgebewertungen soll jedenfalls eine Zuordnung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten zu den jeweiligen Straßenzügen vorgenommen werden.

Ziel muss es für die Zukunft sein, dass die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten für die Straßenbeleuchtungsanlagen den jeweiligen Straßenzügen zugeordnet sind.

In der Nutzungsdauertabelle – Anlage 7 VRV 2015 – ist für die Straßenbeleuchtungsanlagen keine Nutzungsdauer vorgegeben. Da die Straßenbeleuchtungsanlagen den Anlagen zu Straßenbauten zuzuordnen sind, wird eine Nutzungsdauer von 33 Jahren vorgeschlagen.

Bereits vollständig abgeschriebene Straßenbeleuchtungsanlagen, welche von der Gemeinde noch genutzt werden, sind weiterhin im Anlagenspiegel (Anlage 6g) mit dem Wert Null darzustellen.

3.2.2 Bewertung von Gebäuden und Bauten (A.II.2)

Rechtsgrundlage

§§ 24 Abs. 4 bzw. 39 Abs. 4 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

bzw.

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200287/NOR40200287.html>

Bewertungsmethode

• Bewertung mit fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten

Grundsätzlich sind Gebäude und Bauten mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten in der Eröffnungsbilanz anzusetzen. Zu den Gebäuden und Bauten zählen auch unbewegliche Kulturgüter, wie bspw. Museumsgebäude, Schlösser und Kirchen.

Unentgeltliche Erwerbe (bspw. Schenkung, Überlassung) sind mit dem beizulegenden Zeitwert zu bewerten.

Sind die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten nicht feststellbar, ist das Sachwertverfahren anzuwenden.

Bei Anwendung des Sachwertverfahrens wird ausgehend vom Neubaupreis unter Heranziehung des Baupreisindex (BPI Hochbau) bzw. bei einer Errichtung vor dem Jahr 1979 der Baukostenindex (BKl Wohnungsbau Gesamtbaukosten ohne U-Bahn) ein historischer Anschaffungswert errechnet. Ein entsprechender Indexrechner ist auf der Homepage der Statistik Austria unter folgendem Link <http://www.statistik.at/Indexrechner/> abrufbar.

Bei den Neubaupreisen ist entweder vom Versicherungswert nach der Feuerversicherungspolizze auszugehen oder nach der Berechnung mit folgenden Werten:

Brutto-Rauminhalt: Euro 400 je m³

Netto-Raumfläche: Euro 2.200 je m²

Beispiel:

Errichtung Amtsgebäude: 1985

Netto-Raumfläche: 600 m²

Neubaupreis: $600 \times 2.200 = \text{Euro } 1.320.000$

BPI Hochbau 1984: Jahres-Ø 1985: 102

Jahres-Ø 2016: 227,3

Historische Herstellungskosten: $1.320.000 / 227,3 \times 102 = \text{Euro } 592.345$

Restnutzungsdauer 1.1.2017: 18 Jahre

Restbuchwert: $592.345 / 50 \times 18 = \text{Euro } 213.244$

Hinweis:

Bei Anwendung des Sachwertverfahrens können keine Investitionszuschüsse passiviert bzw. in weiterer Folge ertragswirksam aufgelöst werden und dies hat entsprechend negative Auswirkungen auf die künftigen Ergebnisrechnungen. Die Bewertung zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten hat daher oberste Priorität.

Nutzungsdauer für Gebäude:

Laut Novelle zur VRV 2015 ist laut Nutzungsdauertabelle (Anlage 7 VRV 2015) nunmehr für Massivbauten eine Nutzungsdauer von 50 Jahren (vorher 80 Jahre) vorgege-

ben. In Abstimmung mit der Abteilung Umwelt-, Bau- und Anlagentechnik⁵ werden aufgrund der fachlichen Erfahrungen in Abweichung zu Anlage 7 VRV 2015 folgende Nutzungsdauern vorgeschlagen:

Nutzungsdauer	Gebäudeart
30 Jahre	Freibadgebäude, Hallenbad, Sportkabinengebäude, Eislaufhalle, Tennishalle, Stockschießenhalle, Tribünenanlage
40 Jahre	Schule, Kindergarten/Krabbelstube, Hortgebäude , Alten-/Pflegeheim, Musikschule
50 Jahre	Feuerwehrgebäude, Amtsgebäude, Veranstaltungszentrum, Aufbahrungshalle

Sollte eine von diesen Nutzungsdauern abweichende Nutzungsdauer festgelegt werden, ist dies nachvollziehbar zu begründen bzw. zu dokumentieren.

Abgrenzung von Aktivierung und Erhaltungsaufwand

Erweiterung und Erneuerung von vorhandenen Vermögensgegenständen⁶

Werden Maßnahmen gesetzt, die zu einer Vermehrung der Substanz, Vergrößerung der nutzbaren Fläche oder einer wesentlichen Verbesserung der Funktion führen, sind die zuordenbaren Aufwendungen zu aktivieren.

Die einzelnen Voraussetzungen für eine Aktivierung von sogenannten nachträglichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind in der VRV 2015 selbst nicht näher definiert und sind wie folgt auszulegen:

- **Vermehrung der Substanz**

Ein bereits vorhandener Vermögensgegenstand wird in seiner Substanz vermehrt, wenn bspw.

- an einem Gebäude ein Balkon angebaut wird,
- zusätzliche Trennwände eingesetzt werden (sofern es sich dabei nicht um Trennwände handelt, die entfernbar und wieder einsetzbar sind),
- eine Außentreppe errichtet wird,

⁵ Amt der OÖ. Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Umwelt-, Bau- und Anlagentechnik

⁶ LeitnerLeitner, Wirtschaftsprüfer Steuerberater, Linz

- ein Lift neu ins Gebäude eingebaut wird.

- **Vergrößerung der nutzbaren Fläche**

Hierbei geht es ausschließlich um die Vergrößerung des nutzbaren Flächenausmaßes bspw. durch einen An-/Zubau, eine Gebäudeaufstockung oder einen Dachgeschoßausbau.

- **Wesentliche Verbesserung der Funktion**

Maßnahmen stellen nur dann eine wesentliche Verbesserung der Funktion dar, wenn dadurch eine über den ursprünglich geplanten Nutzungsumfang (im Zeitpunkt der Anschaffung/Herstellung) hinausgehende Nutzungsmöglichkeit erreicht wird. Maßnahmen die ausschließlich den ursprünglichen Zustand wiederherstellen oder reine Modernisierungsmaßnahmen fallen nicht hierunter. Beispiele für eine wesentliche Verbesserung der Funktion sind:

- Umbau eines Schulgebäudes in Büroräumlichkeiten oder Wohnungen unter Änderung der Raumaufteilung,
- Einbau von zusätzlichen Sanitärräumlichkeiten,
- Errichtung zusätzlicher/neuer Eingänge,
- erstmaliger Einbau einer Zentralheizung,
- Erfolgt eine Generalsanierung, bei der mindestens **drei der sechs** nachfolgenden Maßnahmen gesetzt werden, kann von einer wesentlichen Verbesserung der Funktion des Gebäudes ausgegangen werden
 - Erneuerung des Außenverputzes mit Erhöhung des Wärmeschutzes
 - Austausch von Heizungsanlagen
 - Austausch von Elektro-, Gas-, Wasser- oder Heizungsinstallationen
 - Austausch von Sanitäranlagen
 - Austausch von mindestens 75 Prozent der Fenster
- **Dacherneuerungen**
 - Umbau eines alten Wohnhauses mit Wohnungen, bei welchem sich die Toiletten und/oder die Wasserentnahme außerhalb der Wohnungsverbände befindet (Kategorie D gemäß § 15a Abs. 1 Z 4 MRG) in Wohnungen einer höheren Kategorie (Kategorieanhebung).

Erhaltungsaufwand

Handelt es sich bei den Maßnahmen lediglich um **Erhaltungsmaßnahmen** hat keine Aktivierung zu erfolgen, sondern die Aufwendungen sind im Ergebnishaushalt der Ge-

meinde zu erfassen. Erhaltungsmaßnahmen sind Maßnahmen die ausschließlich den ursprünglichen Zustand wiederherstellen (Sanierung aufgrund der Abnutzung über die Nutzungsdauer) oder reine Modernisierungsmaßnahmen darstellen, ohne dass sie zu einer Erweiterung bestehender Vermögenswerte oder wesentlichen Verbesserung deren Funktion führen.

Fallen Erhaltungsmaßnahmen und aktivierungspflichtige Maßnahmen zusammen und ist keine eindeutige Trennung möglich (keine gesonderten Rechnungen oder keine klare Trennung in den Rechnungen) sind die gesamten Aufwendungen zu aktivieren.

Nachfolgend eine beispielhafte Gegenüberstellung zur Abgrenzung zwischen (nachträglichen) Anschaffungs- und Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand:

(Nachträgliche) Anschaffungs- und Herstellungskosten (Aktivierung)	Erhaltungsaufwand (laufender Aufwand)
Umbau bestehender Räumlichkeiten für eine anderweitige Nutzung (bspw. Umbau eines Schulgebäudes in Wohnungen oder Büroräumlichkeiten)	Renovierung von bestehenden Räumlichkeiten (neue Fenster, neuer Sonnenschutz, Erneuerung der Installationen, Malerarbeiten, Erneuerung des Bodenbelages) ohne Änderung der Raumaufteilung und Nutzungsmöglichkeit, sofern nicht eine umfassende Generalsanierung vorliegt.
Umbau einer Großwohnung in mehrere Kleinwohnungen oder umgekehrt.	
Vornahme einer Generalüberholung, wenn dadurch ein unbrauchbar gewordenes Gebäude erneut nutzbar wird	
Dachgeschoßausbau für die erstmalige Nutzung als Wohnräume oder Büroräumlichkeiten	<p>Dacherneuerung</p> <p>Ersatz eines bestehenden Daches durch ein neues, unabhängig davon ob sich die Art bzw der Aufbau des Daches ändert (bspw. Leichtmetalldach anstatt Schindeldach oder Pultdach anstatt eines Flachdaches), es sei denn es kommt dadurch zu einer Vergrößerung des nutzbaren Flächenausmaßes</p>
Erstmaliger Einbau von <ul style="list-style-type: none"> • Klima- und Lüftungsanlagen • Aufzugsanlagen • Sanitäreanlagen • einer Zentralheizung (auch bei Ersatz von Einzelöfen) 	Ersatz/Erneuerung bestehender <ul style="list-style-type: none"> • Klima- oder Lüftungsanlagen • Aufzugsanlagen • Sanitäreanlagen
	Umstellung einer Zentralheizung von festen auf flüssige Brennstoffe oder auf Heizung mittels Fernwärme bzw Luft- oder Erdwärme

Abgrenzung der Erweiterung bestehender Vermögensgegenstände von selbstständig bewertbaren Vermögensgegenständen

Werden größere Maßnahmen in Zusammenhang mit bestehenden Vermögensgegenständen getätigt stellt sich regelmäßig die Frage, inwieweit diese Aufwendungen als selbstständige Vermögenswerte zu aktivieren und abzuschreiben sind oder ob diese nur bestehende Vermögensgegenstände erweitern (nachträgliche Anschaffungs- bzw Herstellungskosten). Bei Gebäuden stellt sich diese Frage insbesondere bei **Zu- und Anbauten** und bei **Einbauten**.

Ein **eigener Vermögensgegenstand** liegt nur dann vor, wenn dieser Vermögenswert eine solche **Selbstständigkeit** aufweist, dass bei einer Veräußerung für diesen ein gesonderter Kaufpreis angesetzt werden könnte.

Bei **Einbauten ins Gebäude** kommt es grundsätzlich darauf an, ob die Einbauten ohne die Verletzung der Substanz entfernt werden können. Ist das der Fall, liegt grundsätzlich ein selbstständiger Vermögensgegenstand vor.

Gebäudeeinbauten, die nach der Verkehrsauffassung typische Gebäudeteile sind, sind allerdings auch dann nicht als selbständig zu qualifizieren, wenn sie ohne Verletzung der Gebäudesubstanz und mit geringen Kosten aus der Verbindung mit dem Gebäude gelöst werden können. Als typische Teile des Gebäudes und daher nicht selbständig sind bspw. Heizungs-, Beleuchtungs-, Sanitäranlagen, integrierte Lüftungs- und Klimaanlage, Zuleitungen, Installationen und Aufzugsanlagen etc.

Selbstständige Vermögenswerte, die nicht Gebäudebestandteil sind, sind bspw. Einbaumöbel und -küchen, in Leichtbauweise errichtete Trennwände (die entfernbar und wieder einsetzbar sind), Aufputz-Installationen, etc.

Bei **Zu- und Anbauten** kommt es hinsichtlich der Abgrenzung der Selbstständigkeit darauf an, ob der Zu- oder Anbau mit dem Hauptgebäude derart baulich verbunden ist, dass der Zu- oder Anbau auch ohne das Hauptgebäude für sich alleine bestehen kann. Indizien für die bauliche Selbstständigkeit sind bspw. eigene Fundamente, eigene tragende Mauern und ein eigener Eingang. Eine bauliche Verbindung der Gebäude bspw. mittels eines Verbindungsganges ist für das Vorliegen zweier selbstständiger Gebäude nicht schädlich.

Beispiel: Erweiterung einer Kinderbetreuungseinrichtung um einen Gruppenraum

In der Gemeinde besteht der Bedarf einer zusätzlichen Kindergartengruppe. Deshalb soll an das bestehende Kindergartengebäude ein zusätzlicher Gruppenraum angebaut

werden. Der Anbau erfolgt direkt an das bestehende Gebäude und verfügt über keinen eigenen Eingang und keine eigenen Sanitäreinrichtungen etc. Das Dach des bestehenden Gebäudes wird verlängert.

Lösung:

Der Anbau ist baulich nicht selbständig und folglich nicht als selbständiger Vermögensgegenstand im Vermögenshaushalt aufzunehmen, sondern ist auf das bestehende Gebäude zu aktivieren. Hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die Restnutzungsdauer des Gebäudes siehe die folgenden Ausführungen.

Variante:

Der zusätzliche Gruppenraum wird in einem eigenen Bauwerk (eigenes Dach und tragende Mauern) neben dem bestehenden Gebäude errichtet. Eine Verbindung zwischen den Bauwerken besteht. Das neue Bauwerk verfügt über keinen eigenen Eingang.

Lösung zur Variante:

Der zusätzliche Gruppenraum ist baulich selbständig, da er auch ohne das bestehende Gebäude bestehen könnte. Das Fehlen eines eigenen Einganges hat hierauf keinen Einfluss, da dieser durch die Entfernung des Verbindungsganges jederzeit ohne größere bauliche Maßnahmen errichtet werden könnte. Folglich ist der zusätzliche Gruppenraum als selbständiger Vermögensgegenstand im Vermögenshaushalt zu erfassen und auf die vorgesehene Nutzungsdauer abzuschreiben.

Auswirkung von nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten auf die Nutzungsdauer

Nachträgliche Anschaffungs- und Herstellungskosten zu einem bestehenden Vermögensgegenstand sind zu aktivieren (Erhöhung des Restbuchwertes) und grundsätzlich über die Restnutzungsdauer des Vermögensgegenstands abzuschreiben. Übersteigen die zu aktivierenden Aufwendungen den Restbuchwert, hat die Abschreibung auf eine neue Nutzungsdauer zu erfolgen.

Beispiel:

Das Dachgeschoß des Amtsgebäudes der Gemeinde wird um Euro 500.000 ausgebaut. Fertigstellung im ersten Halbjahr. Der Restbuchwert des Amtsgebäudes beträgt zu Beginn des Jahres Euro 200.000 und die Restnutzungsdauer beträgt 10 Jahre. Die Nutzungsdauer für das Gebäude beträgt 50 Jahre.

Lösung:

Die Kosten des Dachgeschoßausbaus sind auf den Restbuchwert des Amtsgebäudes zu aktivieren. Der neue Buchwert beträgt Euro 700.000. Da die aktivierungspflichtigen

Kosten des Dachgeschoßausbaues den Restbuchwert des Amtsgebäudes übersteigen ist der neue Buchwert auf die vorgesehene Nutzungsdauer von 50 Jahren abzuschreiben.

Variante 1:

Der Restbuchwert beträgt zu Beginn des Jahres Euro 900.000.

Lösung:

Die Kosten des Dachgeschoßausbaus sind auf den Restbuchwert des Amtsgebäudes zu aktivieren. Der neue Buchwert beträgt Euro 1.400.000 und ist auf die Restnutzungsdauer von 10 Jahren abzuschreiben.

3.2.3 Bewertung von Wasser- und Kanalisationsbauten (A.II.3)

Rechtsgrundlage

§ 24 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

Bewertungsmethoden

- **Tatsächliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten**

Wasser- und Kanalisationsbauten sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten und in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen. Basis für die Wertermittlung können bestehende Anlagenverzeichnisse, Rechnungsabschlüsse bzw. die entsprechenden Kollaudierungsniederschriften sein. Dabei ist zu beachten, dass die Beträge aus den Kollaudierungsniederschriften nicht zu 100 Prozent den tatsächlichen Gesamtkosten laut Rechnungsabschluss entsprechen müssen. Weitere Daten können gegebenenfalls über die Kommunalkredit Public Consulting GmbH – Meine Förderung – ermittelt werden.

Link: <https://www.meinefoerderung.at/panecht/?cookie=set>

Alternative Bewertungsmethoden sind hinsichtlich der Vorgaben zur Gebührenkalkulation nicht möglich.

Bisher erfolgte die Erfassung und Vermögensbewertung der Wasser- bzw. Kanalisationsbauten je Bauabschnitt.

Bestehende Bauabschnitte der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung müssen daher neu beurteilt werden und die Kosten anteilig den nachfolgenden Vermögenskategorien gemäß Anlage 7 Nutzungsdauertabelle zugeordnet werden:

Anlagen der Siedlungswasserwirtschaft	Nutzungsdauer
Anlagen zur Abwasserentsorgung	
Kanal baulich (Leitungen)	50 Jahre
Kanal maschinell/elektrisch	13 Jahre
Kläranlage baulich	25 Jahre
Kläranlage maschinell/elektrisch	13 Jahre
Pumpwerk baulich	25 Jahre
Pumpwerk maschinell/elektrisch	13 Jahre
Anlage zur Wasserversorgung	
Brunnen, Hochbehälter, Pumpwerke baulich	33 Jahre
Brunnen, Hochbehälter, Pumpwerke Installationen/Elektrik	13 Jahre
Wasserleitungen	33 Jahre
Wasseraufbereitung	20 Jahre
Fernwirkanlagen	10 Jahre

Sollte eine Aufteilung anhand der verfügbaren Unterlagen nicht möglich sein, ist eine interne plausible Wertfeststellung durchzuführen, anhand der eine Kostenaufteilung bzw. Zuordnung entsprechend den unterschiedlichen Nutzungsdauern vorgenommen werden kann.

Der Beginn der Abschreibung/Nutzungsdauer erfolgt mit Inbetriebnahme der Anlage = Funktionsfähigkeit des Bauabschnitts.

Bei größeren aktivierungsfähigen Sanierungen von Wasser- und Kanalisationsbauten gleiche Vorgangsweise wie bspw. bei Generalsanierungen von Gebäuden. Dh., bei Sanierungskosten höher als der Restbuchwert beginnt eine neue Nutzungsdauer zu laufen, sonst Aktivierung und Abschreibung auf die bisherige Restnutzungsdauer.

Die Anlage von eigenen (neuen) Vermögenskonten sollte aus Gründen der Übersichtlichkeit (Anzahl der Vermögenskonten) wenn möglich vermieden werden.

Zukünftig müssen die Abschreibungswerte laut Vermögensrechnung der Gemeinde und der Gebührenkalkulation ident sein (ausgenommen Verbandsanlagen).

3.2.4 Bewertung von Hochwasserschutzmaßnahmen, Wildbach- und Lawinenverbauungen (A.II.3)

Rechtsgrundlage

§ 24 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

Bewertungsmethode

• Tatsächliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten

Geht mit Kollaudierung die Instandsetzungs- und Instandhaltungspflicht an die Gemeinde über, sind aufgrund des nunmehrigen wirtschaftlichen Eigentums die Hochwasserschutzanlagen sowie die Wildbach- und Lawinenverbauungen in das Vermögen der Gemeinde aufzunehmen.

Hochwasserschutzanlagen sowie die Wildbach- und Lawinenverbauungen sind mit den fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten und in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen. Basis für die Wertermittlung bilden ua. die Kollaudierungsniederschriften der Wildbach- und Lawinenverbauung.

Grundstücke iZm. Hochwasserschutzmaßnahmen sind mit dem Basispreis für landwirtschaftliche Nutzflächen und einem Abschlag von 50 % zu bewerten.

Nachfolgenden Vermögenskategorien für Hochwasserschutzanlagen sowie die Wildbach- und Lawinenverbauungen sind gemäß Anlage 7 Nutzungsdauertabelle vorgesehen:

Anlagen zum Hochwasserschutz	Nutzungsdauer
Schutzwasserbauliche Maßnahmen (Dämme, Mauern, Rückhaltebecken etc)	80
Ingenieurbilogische Verbauten sowie Holzbauwerke	40
Stahlwasserbau	40
Hochwasserpumpwerk baulich	25
Hochwasserpumpwerk maschinell/elektrisch	13

Hinweis:

Bei den Investitionszuschüssen sind neben den in den Kollaudierungsunterlagen festgestellten Investitionszuschüssen auch etwaige Bedarfszuweisungsmittel für den Eigenmittelanteil der Gemeinde zu berücksichtigen.

3.2.5 Bewertung von technischen Anlagen, Fahrzeugen und Maschinen (A.II.5)

Rechtsgrundlage

§ 24 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

Bewertungsmethode

Die Bewertung von technischen Anlagen, Fahrzeugen und Maschinen soll ausschließlich auf Basis der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände sind den Rechnungsabschlüssen und Kontoblättern zu entnehmen. Aufgrund der vergleichsweise kurzen Nutzungsdauern sollte dies mit geringem Aufwand möglich sein.

Die VRV 2015 sieht zum Zwecke der Vereinfachung gemäß § 19 Abs. 3 VRV 2015 folgende Bewertungsmöglichkeiten vor:

- Festwertverfahren für bewegliche Güter
- Zusammenfassung einer Sachanlage: Gegenstände mit gleicher Nutzung und gleicher Nutzungsdauer sowie gleichem Anschaffungsdatum können zu einer Sachanlage zusammengefasst werden.

Bereits vollständig abgeschriebene Vermögensgegenstände der technischen Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen, welche von der Gemeinde noch genutzt werden, sind im Anlagenspiegel (Anlage 6g) mit dem Wert Null darzustellen.

Gemäß den §§ 22 Abs. 5 bzw. § 38 Abs. 5 VRV 2015 wird ergänzend zum Anlagenspiegel (Anlage 6g) auch wie bisher ein Inventarverzeichnis (mengenmäßige Erfassung) zu führen sein.

Feuerwehrfahrzeuge:

Für Feuerwehrfahrzeuge (ausgenommen KDO und MTF) wird – abweichend zu Anlage 7 – eine Nutzungsdauer von mindestens 25 Jahren vorgeschlagen (Begründung mit § 19 (10) VRV 2015).

Investitionszuschüsse vom LFK sind mit der Post 30100 „Kapitaltransfers von Ländern, Landesfonds und Landeskammern“ zu erfassen.

3.2.6 Bewertung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung (A.II.6)

Rechtsgrundlage

§ 24 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

Zur Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung zählen jene Wirtschaftsgüter, die der Einrichtung und Ausstattung dienen, wie zB.: Büromöbel, Büroausstattung/-geräte (PC, Drucker, Kopierer, Beamer etc.), Bankomat-/Registrierkassen, Telekommunikationseinrichtungen, Beleuchtungskörper, Steuerungs-, Überwachungs- und Schaltanlagen, Werkzeuge, Spielsachen etc.

Sachverhalte, die gemäß VRV 1997 auf die Posten 042 – Amtsausstattung, 043 – Betriebsausstattung und 044 – Geschäftsausstattung gebucht wurden, werden nunmehr zusammengefasst auf der Gruppe 042 – Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung dargestellt.

Bewertungsmethode

Die Bewertung der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung soll ausschließlich auf Basis der fortgeschriebenen Anschaffungs- und Herstellungskosten erfolgen. Die entsprechenden Vermögensgegenstände sind den Rechnungsabschlüssen und Kontoblättern zu entnehmen. Aufgrund der vergleichsweise kurzen Nutzungsdauern sollte dies mit geringem Aufwand möglich sein.

Sollte in der Gemeinde innerhalb der letzten 10 Jahre ein Gebäude errichtet oder generalsaniert worden sein und keine separate Buchung der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgt sein, so wären diese Gegenstände nachzuerfassen.

Die VRV 2015 sieht zum Zwecke der Vereinfachung gemäß § 19 Abs. 3 VRV 2015 folgende Bewertungsmöglichkeiten vor:

- Festwertverfahren für bewegliche Güter
- Zusammenfassung einer Sachanlage: Gegenstände mit gleicher Nutzung und gleicher Nutzungsdauer sowie gleichem Anschaffungsdatum können zu einer Sachanlage zusammengefasst werden.

Bei der Bewertung von Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung ist die Geringfügigkeitsgrenze von Euro 400 zu beachten. Alle Anschaffungen unter diesem Wert zählen direkt als Aufwendungen und sind nicht zu aktivieren. Werden jedoch mehrere gleichartige Vermögensgegenstände angeschafft, deren einzelner Wert zwar unter Euro 400 liegt, diese jedoch gemeinsam genutzt und als wirtschaftliche Einheit zu sehen sind, so sind diese wenn deren gemeinsamer Wert Euro 400 überschreitet in das Anlagevermögen aufzunehmen. Beispiele dafür sind die Bestuhlung von Sitzungsräumen oder die Möbel einer Kindergartengruppe.

Bereits vollständig abgeschriebene Vermögensgegenstände der Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung, welche von der Gemeinde noch genutzt werden, sind im Anlagevermögen (Anlage 6g) mit dem Wert Null darzustellen.

Gemäß den §§ 22 Abs. 5 bzw. § 38 Abs. 5 VRV 2015 wird ergänzend zum Anlagevermögen (Anlage 6g) auch wie bisher ein Inventarverzeichnis (mengenmäßige Erfassung) zu führen sein.

3.2.7 Bewertung von Kulturgütern (A.II.7)

Kulturgüter (unbeweglich und beweglich) sind Vermögenswerte, die kulturelle, historische, künstlerische, wissenschaftliche, technologische, geophysikalische, umweltpolitische oder ökologische Qualität besitzen.

Zu den unbeweglichen Kulturgütern zählen ua. Skulpturen, Denkmäler, Schlösser, Kirchen und Marterl.

Zu den beweglichen Kulturgütern zählen ua. Gemälde, Kunstsammlungen, Ausstellungstücke, historische Dokumente, bewegliche Kleindenkmäler.

Laut Landeskulturdirektion OÖ. gelten Objekte als Kulturgüter, wenn diese unter folgende Kategorien fallen:

- Objekte der archäologischen Forschung und Bodenfunde mit unmittelbarem Bezug zur Gemeinde im Besitz der Gemeinde
- Objekte der Bildenden Kunst (Bilder, Plastiken, Denkmäler etc.) unbenommen des Ausstellungs- oder Aufstellungsortes in den Gemeinden aber im Besitz der Gemeinde
- Objekte aus musealen Beständen oder Sammlungen in den jeweiligen Gemeinden – egal welcher inhaltlicher Fachbereich
- Bauwerke im Besitz der Gemeinden, die Denkmalcharakter haben – egal welche Epoche, Stilrichtung, Größe und konservatorische Beschaffenheit
- Technische Güter, die für die Einrichtung und Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Ausstellungen benötigt werden (z.B. Vitrinen, Beleuchtungen, Sockel, Objektträger etc.)

Rechtsgrundlage

§ 25 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200281/NOR40200281.html>

Bewertungsmethoden

• Tatsächliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten

Grundsätzlich sind Kulturgüter mit den (fortgeschriebenen) Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu bewerten (sofern diese aus verlässlichen Unterlagen ermittelbar sind) und in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen.

• Auf Basis vorhandener Gutachten

Sind Kulturgüter bereits länger im Besitz der Gemeinde oder liegen keine plausiblen Anschaffungs- oder Herstellungskosten vor, ist der Vermögenswert auf Basis

bereits vorhandener aktueller Gutachten zu ermitteln. Von einer Beauftragung zur Gutachtenerstellung im Zuge der Umsetzung der VRV 2015 ist jedenfalls abzuweichen.

- **Interne plausible Wertfeststellung** (bei Gebäuden z.B. Sachwertverfahren)

Bewertete Kulturgüter sind in Anlage 6g auszuweisen.

- **Aufnahme der nicht bewerteten Kulturgüter in Anlage 6h VRV 2015**

Keine Erfassung in der Eröffnungsbilanz bzw. keine Aktivierung von Kulturgütern erfolgt, wenn eine Bewertung auf Basis (vorhandener) verlässlicher Unterlagen nicht möglich ist. Kulturgüter bzw. Sammlungen bei denen eine Bewertung nicht möglich ist, sind demnach in Anlage 6h auszuweisen.

Erfolgt bei einem bislang nicht bewerteten Kulturgut eine Folgebewertung (z.B. durchgeführtes Gutachten aufgrund Leihgabe/Versicherung), ist dieses aus der Anlage 6h auszuschneiden und in die Bilanz mit dem beizulegenden Zeitwert aufzunehmen und in der Anlage 6g darzustellen.

Bei Gebäuden, die in die Kategorie der Kulturgüter fallen, besteht gemäß § 25 Abs. 4 ein Wahlrecht hinsichtlich einer linearen Abschreibung.

Seitens der IKD wird jedoch empfohlen, bei sämtlichen Kulturgütern, die einer laufenden Abnutzung unterliegen, eine lineare Abschreibung vorzunehmen.

Kunst am Bau:

Wenn es sich um Arbeiten handelt, welche mit dem Gebäude fest verbunden sind bzw. in das Gebäude eingebaut sind (bspw. Gemälde oder Kunstwerke an der Außenfassade), so können diese in den Anschaffungskosten für das Gebäude miterfasst werden. Handelt es sich jedoch um bewegliche, nicht mit dem Gebäude verbundene Gegenstände (bspw. bewegliche Skulpturen), so sind diese, sofern Anschaffungskosten ermittelbar sind, als einzelne Vermögensgegenstände unter der Vermögenskategorie „bewegliche Kulturgüter“ zu erfassen.

3.2.8 Bewertung von gegebenen Anzahlungen für Anlagen und Anlagen in Bau (A.II.8)

Rechtsgrundlage

§ 24 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200280/NOR40200280.html>

Bei der Abwicklung von größeren bzw. mehrjährigen Bauprojekten hat während der Bauphase eine Verbuchung auf dem Konto „Anlagen in Bau“ zu erfolgen.

Erst bei Inbetriebnahme bzw. Aktivierung dieses Vermögensgegenstands wird eine Umbuchung auf das entsprechende Vermögenskonto vorzunehmen und im Anlagen-spiegel auszuweisen sein.

Die lineare Abschreibung beginnt erst mit erfolgter Aktivierung. Auf dem Konto „Anlagen in Bau“ ist keine Abschreibung durchzuführen.

Die Inbetriebnahme bzw. Aktivierung des Vermögensgegenstands muss spätestens 6 Monate nach Fertigstellung erfolgen.

3.3 Bewertung von aktiven Finanzinstrumenten (A.III.)

Rechtsgrundlage

§ 33 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175467/NOR40175467.html>

Unter aktiven Finanzinstrumenten sind vertragliche Ansprüche zu verstehen, die unmittelbar oder mittelbar den Austausch von Zahlungsmitteln zum Gegenwert haben.

Bei den aktiven Finanzinstrumenten ist zu unterscheiden:

- Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente
 - feste oder bestimmbare Zahlungen mit einer festen Laufzeit
 - Gebietskörperschaft hat die Absicht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten
 - Beispiel: Anleihen die bis zur Endfälligkeit gehalten werden
- Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente
 - Gebietskörperschaft hat hier nicht die Absicht, diese bis zur Endfälligkeit zu halten
 - Beispiel: (Aktien und Fondsanteile)⁷ sowie Anleihen, die nicht bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen.

Eine Zuordnung zu einer der beiden oben dargestellten Kategorien hat zum Zeitpunkt der Anschaffung bzw. zum Zeitpunkt der Erstellung der Eröffnungsbilanz zu erfolgen. In weiterer Folge ist die Zuordnung jedenfalls jährlich zu prüfen und gegebenenfalls anzupassen.

⁷ Gemäß Oö. Finanzgeschäfte-Verordnung 2012 sind Aktien und Fondsanteile nicht zulässig.

Bewertungsmethode:

Sollte eine Gemeinde über aktive und/oder derivative Finanzinstrumente verfügen, bitten wir bezüglich der Bewertung um gesonderte Kontaktaufnahme mit der IKD.

3.4 Bewertung von Beteiligungen (A.IV.)

Rechtsgrundlage

§ 23 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200279/NOR40200279.html>

Eine Beteiligung ist ein Anteil der Gebietskörperschaft an einem Unternehmen oder an einer von der Gebietskörperschaft verwalteten Einrichtung mit eigener Rechtspersönlichkeit (Anstalten, Stiftungen und Fonds). Nicht zu den Beteiligungen zählen Verbände, bspw. SHV, BAV, Wasser- und Reinhaltungsverbände.

Die unmittelbaren Beteiligungen werden in folgende Arten unterschieden:

- Ein verbundenes Unternehmen ist bei einem Anteil von mehr als 50 Prozent am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen des Unternehmens anzunehmen. Weiters liegt ein verbundenes Unternehmen dann vor, wenn die Gebietskörperschaft die Kontrolle oder die Beherrschung hat. Die Kontrolle ist dann anzunehmen, wenn die Gebietskörperschaft die Möglichkeit hat, die Finanzpolitik und die operativen Tätigkeiten zu bestimmen und einen Nutzen aus deren Tätigkeit zieht.
- Ein assoziiertes Unternehmen ist bei einem Kapitalanteil von 20 Prozent bis zu 50 Prozent am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen des Unternehmens anzunehmen.
- Unterhalb der Beteiligungsgrenze von 20 Prozent am Eigenkapital oder geschätzten Nettovermögen des Unternehmens ist von einer sonstigen Beteiligung auszugehen.

Mittelbare Beteiligungen ab einer durchgerechneten Beteiligungshöhe von mehr als 50 Prozent sind nicht zu aktivieren, jedoch in der Anlage 6k VRV 2015 auszuweisen.

Bewertungsmethoden:

- Der Erwerb einer Beteiligung ist mit den Anschaffungskosten in die Bilanz aufzunehmen.
- Zum Rechnungsabschlussstichtag ist die Beteiligung mit dem Anteil am Eigenkapital oder dem geschätzten Nettovermögen gemäß dem aktuell vorliegenden Einzelabschluss oder Konzernabschluss zu bewerten.
- Die jeweiligen Beteiligungsarten sind entsprechend den Anlagen 6j VRV 2015 (Nachweis über unmittelbare Beteiligungen der Gebietskörperschaft), 6l VRV 2015

(Nachweis über verwaltete Einrichtungen) und 6k (Nachweis über Beteiligungen mit mittelbarer Kontrolle der Gebietskörperschaft aufgrund einer durchgerechneten Beteiligungshöhe von mehr als 50 Prozent) VRV 2015 zuzuordnen und auszuweisen.

Die Bewertung von sogenannten Gemeinde-KGs erfolgt gemäß dem Eigenkapital laut aktuell vorliegendem UGB-Abschluss. Sollte kein UGB-Abschluss vorliegen, ist der Wert des Eigenkapitals der Gemeinde-KG auf Basis der Vorgaben der VRV 2015 zu ermitteln.

Die Geschäftsanteile an Genossenschaften sind mit dem Nominalwert unter den sonstigen Beteiligungen zu erfassen.

Weisen unmittelbare Beteiligungen in der UGB-Bilanz ein negatives Eigenkapital auf, sind diese mit dem Wert Null in der Eröffnungsbilanz darzustellen. Inwieweit die Bildung einer Rückstellung notwendig ist, ist anhand der Kriterien des § 28 Abs. 1 VRV 2015 zu beurteilen (siehe Kapitel 4.6 des Leitfadens).

Änderungen des Beteiligungswerts:

Erhöht sich der Beteiligungswert, ist eine erfolgsneutrale Darstellung in der Neubewertungsrücklage durchzuführen (sofern keine Wertaufholung nach erfolgswirksamer Abschreibung = Finanzertrag vorliegt).

Reduziert sich der Beteiligungswert, ist

- bei Vorliegen einer Neubewertungsrücklage diese erfolgsneutral aufzulösen oder
- im Falle eines Beteiligungswerts unter den Anschaffungskosten bzw. unter dem Wert laut Eröffnungsbilanz ein erfolgswirksamer Finanzaufwand zu erfassen.

Beispiel Neubewertungsrücklage:

Anschaffungskosten der Beteiligung = Ausgangsbasis von Euro 100.000

1. Erhöhung des Beteiligungswerts um Euro 12.000
2. Verringerung des Beteiligungswerts im Folgejahr um Euro 7.000
3. neuerliche Verringerung des Beteiligungswerts um Euro 10.000
4. Erhöhung des Beteiligungswerts um Euro 15.000

Beteiligung	Neubewertungs- rücklage		Finanzaufwand	Finanzertrag
AB 100.000			1. 12.000	
1. 12.000	2. 7.000	2. 7.000	4. 10.000	
4. 15.000	3. 10.000	3. 5.000	3. 5.000	4. 5.000

3.5 Bewertung von langfristigen Forderungen (A.V.)

Rechtsgrundlage

§ 21 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175455/NOR40175455.html>

Forderungen sind Ansprüche der Gemeinde auf den Empfang von Geldleistungen. Es ist zwischen kurzfristigen Forderungen (ausgehend vom Rechnungsabschlussstichtag Eingang der Geldleistung innerhalb eines Jahres) und langfristigen Forderungen (ausgehend vom Rechnungsabschlussstichtag Eingang länger als 1 Jahr zu unterscheiden).

Bewertungsmethode

Kurzfristige Forderungen (zB. Forderung aus Lieferungen und Leistungen oder Forderungen aus Abgaben) sowie langfristige verzinsten Forderungen (bspw. gegebenen Darlehen der Gemeinde) sind mit dem Nominalwert zu erfassen.

Langfristige unverzinsten Forderungen, deren Wert höher als Euro 10.000 ist (zB. Finanzierungszuschüsse Bund Siedlungswasserwirtschaft) sind mit dem Barwert zu erfassen. Zur Barwertberechnung ist gemäß § 19 Abs. VRV 2015 die am Rechnungsabschlussstichtag gültige durch Umlauf gewichtete Durchschnittsrendite für Bundesanleihen (UDRB) heranzuziehen.

Berechnung Barwert

- langfristige Forderung, im Jahr 2020 fällig, € 1.000, Zinssatz 4 %



Ein wichtiges Thema in diesem Bereich ist die Bewertung von Bezugsvorschüssen. Grundsätzlich handelt es sich dabei um unverzinsten langfristige Forderungen. Da deren Einzelwert unter Euro 10.000 liegt, ist aus Sicht der IKD jedoch eine Bewertung zum Nominalwert zulässig.

Überprüfung der Einbringlichkeit von Forderungen

Zukünftig sind sämtliche offene Forderungen zum jeweiligen Rechnungsabschlussstichtag detailliert auf deren Einbringlichkeit zu prüfen. Die Bewertung hat grundsätzlich nach folgendem Schema zu erfolgen:



Einbringlichkeit gänzlich oder teilweise ungewiss:

Ungewiss bzw. zweifelhaft ist die Einbringlichkeit einer Forderung, wenn ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde oder vergebliche Einbringungsmaßnahmen getätigt wurden. In diesen Fällen ist eine Einzelwertberichtigung der Forderung durchzuführen. Die Einzelwertberichtigung stellt einen Aufwand in der Ergebnisrechnung dar. Je nach Einbringlichkeit der Forderung in den Folgejahren ist die Einzelwertberichtigung entsprechend anzupassen oder aufzulösen.

Einbringlichkeit nicht mehr gegeben:

Diese Forderungen sind gänzlich oder teilweise auszubuchen, indem die offene Forderung aufgelöst wird und ein Aufwand am Konto „Schadensfälle“ eingebucht wird. Grundsätzlich wäre für jede einzelne offene Forderung am Jahresende eine gesonderte Bewertung zu deren Einbringlichkeit durchzuführen. Zur Vereinfachung der Forderungsbewertung können gruppenweise Einzelwertberichtigungen (pauschale Wertberichtigungen) durchgeführt werden.

Pauschale Einzelwertberichtigungen:

Eine pauschale Einzelwertberichtigung ist dann zulässig, wenn sich Forderungen zu Risikogruppen zusammenfassen lassen und in weiterer Folge ein einheitlicher Risikoabschlag ermittelbar ist.

Vorgangsweise:

Zuerst sind die Forderungsbestände und Abschreibungen jeder Risikogruppe der letzten 3 Jahre zu ermitteln. Es sind weiters der Durchschnitt der Forderungen und der Durchschnitt der Abschreibungen je Risikogruppe zu berechnen. Die durchschnittlichen Abschreibungen sind durch die durchschnittlichen Forderungen zu dividieren, um jenen Anteil der jährlich nicht einbringlichen Forderungen zu ermitteln. Die zum Rechnungsabschlussstichtag offenen Forderungen sind mit dem Prozentsatz der bisher nicht einbringlichen Forderungen zu multiplizieren. Für den so errechneten Wert ist eine pauschale Wertberichtigung zu buchen.

Beispiel:

Durchschnitt offener Forderungen aus Benützungsgebühren der letzten 3 Jahre: Euro 100.000

Durchschnitt der Abschreibungen von Benützungsgebühren der letzten 3 Jahre: Euro 10.000

Anteil der jährlichen Abschreibungen: 10 Prozent

Offene Forderungen aus Benützungsgebühren zum Bilanzstichtag: Euro 120.000

Pauschale Einzelwertberichtigung: Euro 12.000

Die bisher teilweise übliche Praxis der Korrektur von Soll-Stellungen durch Rot-Absetzungen ist aus Sicht der IKD im System der VRV 2015 nicht mehr möglich.

B. Kurzfristiges Vermögen

3.6 Bewertung von kurzfristigen Forderungen (B.I.)

Rechtsgrundlage

§ 21 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175455/NOR40175455.html>

Siehe dazu die Ausführungen unter 4.5 Bewertung von langfristigen Forderungen.

3.7 Bewertung von Vorräten (B.II.)

Rechtsgrundlage

§ 22 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175456/NOR40175456.html>

Vorräte sind zu Anschaffungskosten bzw. Herstellungskosten (bei selbst erstellten Vorräten) zu erfassen, wenn deren Wert pro Vorratsposition Euro 5.000 übersteigt.

Folgende Vermögenswerte sind als Vorrat anzusetzen:

- Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe
- unfertige Erzeugnisse
- fertige Erzeugnisse und Waren
- noch nicht abrechenbare Leistungen
- geleistete Anzahlungen auf Vorräte

Reines Verwaltungsmaterial (Reinigungsmaterial, EDV-Bedarf, Büromaterial) ist nicht den Vorräten zuzuordnen.

Daraus kann abgeleitet werden, dass jede Gemeinde zukünftig für die wesentlichen Vorratspositionen jährlich eine Inventur durchführen muss.

Bewertungsmethode

Basierend auf den Daten lt. Inventur sind jene Vorräte, deren Wert pro Vorratsposition Euro 5.000 übersteigt mit dem niedrigeren Wert aus

- ursprüngliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten
- Wiederbeschaffungswert

in der Bilanz zu erfassen.

Aus Sicht der IKD wird empfohlen, die Vorratsposition je Ansatz und Artikel zu betrachten. Unterjährig sollte auf Kontenklasse 4 gebucht werden. Am Jahresende ist demnach zu prüfen, ob pro Vorratsposition der Wert von Euro 5.000 überstiegen wird. Nur in diesen Fällen hat eine Umbuchung auf ein entsprechendes Bestandskonto der Kontenklasse 1 zu erfolgen.

3.8 Bewertung von liquiden Mitteln (B.III.)

Rechtsgrundlage

§ 20 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175455/NOR40175455.html>

Liquide Mittel umfassen Kassen- und Bankguthaben sowie kurzfristige Termineinlagen. Einen wichtigen Unterpunkt innerhalb der liquiden Mittel stellen die Zahlungsmittelreserven dar. Dabei handelt es sich um die mit Finanzmitteln hinterlegten Haushaltsrücklagen der Gemeinde.

Bewertungsmethode

Liquide Mittel sind zum Nominalwert auszuweisen.

Exkurs: Zahlungsmittelreserven vs. Haushaltsrücklagen

Ausgangsbasis: Im bisherigen kameralen System war die Bildung von Rücklagen durch Gemeinden nur dann möglich, wenn die zur Rücklagenbildung notwendigen Gelder auch tatsächlich vorhanden waren. Abgangsgemeinden konnten Rücklagen ausschließlich aus bisher nicht verwendeten zweckgebundenen Einnahmen bilden. Ausgleichsgemeinden konnten, sofern es der finanzielle Spielraum erlaubte, sowohl zweckgebundene, als auch freie Betriebsmittelmittelrücklagen bilden. Gelder, die auf Rücklagen gebucht wurden, konnten zur Zwischenfinanzierung von a.o.H. Projekten sowie zur Verstärkung des Kassenkredits verwendet werden.

VRV 2015: Im neuen System der VRV 2015 ist grundsätzlich zwischen den Begriffen Haushaltsrücklagen und Zahlungsmittelreserven zu unterscheiden.

Haushaltsrücklagen (nicht finanzierte Rücklagen):

Haushaltsrücklagen sind auf der Passivseite der Bilanz im Bereich Nettovermögen unter Punkt C. III auszuweisen. Haushaltsrücklagen werden durch Zuweisungen aus dem Nettoergebnis der Ergebnisrechnung gebildet. Die Bildung einer Haushaltsrücklage ist gemäß VRV 2015 unabhängig von der Liquiditätssituation der Gemeinde mög-

lich. Laut VRV 2015 wäre es daher nicht notwendig, dass die liquiden Mittel zur Bildung einer Haushaltsrücklage auch tatsächlich vorhanden sind.

Zahlungsmittelreserven (finanziell hinterlegte Rücklagen):

Zahlungsmittelreserven sind auf der Aktivseite der Bilanz unter den liquiden Mitteln unter Punkt B.III.2 darzustellen. Dabei handelt es sich um jene Rücklagen, die tatsächlich auch mit Geld finanziell hinterlegt wurden.

Aus Sicht der IKD ist die Bildung von „Rücklagen“ wie bisher nur dann möglich, wenn die entsprechenden finanziellen Mittel auch tatsächlich vorhanden sind. Dies bedeutet, dass mit der Bildung einer Haushaltsrücklage aus dem Ergebnishaushalt auch gleichzeitig derselbe Betrag als Zahlungsmittelreserve vorhanden sein muss. Somit müssten grundsätzlich in der Eröffnungsbilanz unter den Punkten C.III – Haushaltsrücklagen – und B.III.2 – Zahlungsmittelreserven – dieselben Beträge dargestellt werden. Abweichen können diese Beträge nur dann, wenn ein Teil der Zahlungsmittelreserven für Zwischenfinanzierungen verwendet wird.

3.9 Aktive Rechnungsabgrenzung (B.IV.)

Rechtsgrundlage

§ 13 Abs. 7 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200274/NOR40200274.html>

Bei Buchungen, die unterschiedliche Geschäftsjahre betreffen, ist zur periodengerechten Ermittlung des Gewinns oder Verlusts in der Ergebnisrechnung zum Bilanzstichtag eine Abgrenzung von Aufwänden und Erträgen durchzuführen. Gemäß § 13 Abs. 7 VRV 2015 müssen Aufwände und Erträge verpflichtend abgegrenzt werden, wenn deren Wert Euro 10.000 überschreitet. Durch die EDV-technische Umsetzung der Rechnungsabgrenzung wird jedoch empfohlen, auch Werte, die den Grenzwert unterschreiten, abzugrenzen.

Innerhalb der Abgrenzungen ist zwischen aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungen zu unterscheiden:

Aktive Rechnungsabgrenzung: Auszahlungen für Aufwendungen des nächsten Jahres, die bereits in der laufenden Periode geleistet wurden.

Beispiel: Bezahlung von Versicherungsprämien im Dezember für ein Jahr im Voraus

Vorgangsweise:

Die Aufwände für die nächste Periode sind zum Bilanzstichtag zu aktivieren und fließen damit nicht als laufender Aufwand in die Ergebnisrechnung ein.

Buchung: Aktive Rechnungsabgrenzung/Aufwandskonto

Die aktive Rechnungsabgrenzung ist im Folgejahr gänzlich oder teilweise (falls mehrere Wirtschaftsjahre betroffen sind) aufzulösen.

Passive Rechnungsabgrenzungen: Einzahlungen (Erträge) in dieser Periode für Leistungen, die die Gemeinde erst im nächsten Jahr bzw. in den nächsten Jahren erbringt.

Beispiel: Die Gemeinde erhält im November eine Mietvorauszahlung für 3 Monate.

Vorgangsweise:

Jener Teil der Einzahlungen (Erträge), deren Leistung noch nicht erbracht wurde (Vorauszahlung für Jänner des Folgejahres), ist zu passivieren. Der Ertrag der laufenden Periode ist dementsprechend zu reduzieren.

Buchung: Ertragskonto/Passive Rechnungsabgrenzung

Exkurs: Richtige Darstellung der Ergebnisrechnung im ersten Jahr VRV 2015

Auf Grund der bestehenden Vorgaben ist es im bestehenden kameralen System nicht notwendig, Rechnungsabgrenzungen durchzuführen. Die gesetzliche Notwendigkeit entsteht daher bei den Gemeinden erst mit Einführung der VRV 2015. Sollten die Gemeinden daher „erst“ im Jahr 2020 mit der Rechnungsabgrenzung beginnen, hätte dies die Auswirkung, dass viele Aufwände gegen Ende des Jahre 2020 abgegrenzt werden und sich so der Aufwand in der Ergebnisrechnung reduziert.

Auf Grund der fehlenden Abgrenzungsdaten aus dem Jahr 2019 (Altsystem) werden aber gleichzeitig keine Aufwände aus dem Vorjahr übernommen. Dies hätte den Effekt, dass unter Umständen die Ergebnisrechnung im ersten Jahr nach Umsetzung der VRV 2015 ein wesentlich besseres Ergebnis ausweist, als die Ergebnisrechnung der Folgejahre.

Um diesem Umstand entgegen zu wirken, wird daher empfohlen bereits ein Jahr vor Umsetzung der VRV 2015 mit der Rechnungsabgrenzung zu beginnen. Entsprechende Gespräche bezüglich der EDV-technischen Umsetzung werden seitens der IKD zur gegebenen Zeit geführt werden.

4 Bewertung PASSIVA

4.1 Nettovermögen/Eigenkapital – Ausgleichsposition (C.I., C.II., C.III., C.IV. und C.V.)

Rechtsgrundlage

§ 35 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200284/NOR40200284.html>

Das Nettovermögen gibt Auskunft darüber wie viele Mittel die Gemeinde selbst zur Finanzierung ihres Vermögens aufbringen konnte. Das Nettovermögen ist gemäß Anlage 1c der VRV 2015 folgendermaßen zu gliedern:

- Saldo Eröffnungsbilanz = (Aktiva - Fremdkapital - Investitionszuschüsse)
- kumuliertes Nettoergebnis = jährlicher Gewinn oder Verlust aus der Ergebnisrechnung
- Haushaltsrücklagen (aus dem Rechnungsabschluss 2019 zu übernehmen)
- Neubewertungsrücklage (aus Folgebewertung für Beteiligungen, aktive Finanzinstrumente)
- Fremdwährungsumrechnungsrücklage (Folgebewertung Fremdwährungsdarlehen)

Bewertungsmethode:

Das Nettovermögen ergibt sich automatisch aus der Gesamtsumme der Aktiva abzüglich der Fremdmittel und Investitionszuschüsse. Einzig bei der Position der Haushaltsrücklagen sind die Werte aus dem letzten Rechnungsabschluss zu übernehmen, wobei hier eine Aufteilung in zweckgebundene und frei verfügbare Haushaltsrücklagen notwendig ist.

4.2 Investitionszuschüsse – Kapitaltransfers (D.I.)

Rechtsgrundlage

§ 36 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175470/NOR40175470.html>

Für erhaltene und zweckentsprechend verwendete Kapitaltransferzahlungen für Investitionen (Landeszuschüsse, Bedarfszuweisungsmittel, Bundesmittel, Infrastrukturkos-

tenbeiträge, Interessentenbeiträge, Aufschließungsbeiträge usw.) ist ein Sonderposten auf der Passivseite der Bilanz anzusetzen. Dieser Sonderposten ist in weiterer Folge entsprechend der Nutzungsdauer des Vermögenswertes ertragswirksam in der Ergebnisrechnung aufzulösen. Der aus der Auflösung generierte Ertrag verbessert das Nettoergebnis in der Ergebnisrechnung und hilft das Nettovermögen dauerhaft stabil zu halten.

Die Nacherfassung der in der Vergangenheit erhaltenen Investitionszuschüsse für Vermögensgegenstände, die mit **Stichtag 31.12.2019** noch nicht vollständig abgeschrieben wurden, stellt einen der wichtigsten Punkte im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz dar. Nur bei vollständiger Nacherfassung der Investitionszuschüsse ist eine aussagekräftige Ergebnisrechnung in den Folgejahren möglich.

Von der IKD wird empfohlen, auch projektbezogen erhaltene Bedarfszuweisungsmittel als Investitionszuschuss zu erfassen. Rechtlich handelt es sich bei Bedarfszuweisungsmittel zwar um Eigenmittel der Gemeinden, um in der Bilanz und der jährlichen Ergebnisrechnung ein getreues Bild der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage darstellen zu können, ist aus Sicht der IKD eine **Passivierung** als Investitionszuschuss notwendig.

Folgende Investitionszuschüsse werden im Vermögenshaushalt (Anlage 1c VRV 2015) unterschieden:

- Investitionszuschüsse von Trägern öffentlichen Rechts (z.B.: Bundesmittel, Landeszuschüsse, Bedarfszuweisungsmittel)
- Investitionszuschüsse von Beteiligungen (z.B.: von einer gemeindeeigenen Gesellschaft)
- Investitionszuschüsse von übrigen (z.B.: von der Feuerwehr, vom Sportverein, vom Musikverein, Interessentenbeiträge, Infrastrukturkostenbeiträge)

Zu den Investitionszuschüssen zählen alle Projektfinanzierungsformen, außer Anteilsbeträge OH, Fremdfinanzierungen, Rücklagenentnahmen (ausgenommen gesetzlich zweckgebundene Rücklagen) und Erlöse aus Vermögensveräußerungen.

Bei der Erfassung der Investitionszuschüsse sind ua. folgende Kontierungen zu verwenden:

- 3000 KTZ vom Bund (Bundesmittel, Förderung Kanalbau)
- 3010 KTZ von Ländern, Landesfonds und Landeskammern (LZ)
- 3011 KTZ von Ländern (BZ)
- 3020 KTZ von Gemeinden (Beiträge Nachbargemeinden)
- 3050 KTZ von Unternehmen (ohne Finanzunternehmen)
- 3060 KTZ von Finanzunternehmen

- 3070 KTZ von privaten Haushalten und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und andere (z.B.: Beiträge Vereine, Feuerwehr usw.:)
- 3071 KTZ von privaten Haushalten (Interessentenbeiträge)
- 3072 KTZ von privaten Haushalten (Aufschließungsbeiträge)
- 3073 KTZ von privaten Haushalten (Infrastrukturkostenbeiträge)
- 3074 KTZ pauschale Erfassung Straßenbau
- 3090 KTZ von der Europäischen Union (Leaderförderung – nur Anteil EU-Mittel)

Zeitpunkt der Passivierung:

Die VRV 2015 gibt keine Auskunft über den Zeitpunkt der Erfassung von Investitionszuschüssen. Damit es in diesem Bereich keinesfalls zu „Bilanzillusionen“ kommt, können Investitionszuschüsse erst nach Erhalt in die Bilanz aufgenommen werden. Ein vom Land OÖ erhaltener Finanzierungsplan mit Landeszuschüssen oder Bedarfszuweisungsmitteln etc. bedingt auf Grund der Förderrichtlinien noch keinen Anspruch auf die tatsächliche Auszahlung der Mittel und eine Passivierung hat daher zu unterbleiben.

Ausgenommen von dieser Regelung sind Finanzierungszuschüsse des Bundes für den Bereich der Siedlungswasserwirtschaft. Nähere Erläuterungen finden Sie dazu unter dem Punkt „Investitionszuschüsse im Bereich Siedlungswasserwirtschaft“.

Getrennte und jahreweise Erfassung der Investitionszuschüsse:

Werden Teile einer Anlage oder eines Gebäudes mit verschiedenen Nutzungsdauern erfasst, sind auch die Investitionszuschüsse aliquotiert nach den Investitionskosten mit den Nutzungsdauern der einzelnen Anlageteile aufzulösen.

Investitionszuschüsse sind immer jahreweise und nach der Art des Investitionszuschusses getrennt zu passivieren. Eine Summierung aller bereits erhaltenen Investitionszuschüsse wird nicht empfohlen.

Beispiel:

Positive Auswirkung bei jahreweiser getrennter Nacherfassung von Investitionszuschüssen:

BZ 2013 € 10.000/9 = 1.111,11 (jährlicher Auflösungsbetrag)

BZ 2014 € 10.000/8 = 1.250,00 (jährlicher Auflösungsbetrag)

BZ 2015 € 10.000/7 = 1.428,57 (jährlicher Auflösungsbetrag)

Gesamtertrag Auflösung = 3.789,68 (jährlicher Auflösungsbetrag)

Einmalige Erfassung und Passivierung mit Inbetriebnahmedatum:

BZ 2012 € 30.000/10 = 3.000,00 (jährlicher Auflösungsbetrag)

Formulare betreffend die jahreweise und nach der Art getrennte Erfassung der Investitionszuschüsse (anhand der Beispiele Gebäudeneubau und Generalsanierung bei Gebäuden) finden Sie im OÖ. GemNet unter der Kategorie „VRV 2015“.

<https://gemnet.ooe.intra.gv.at/intranet/86502.htm>

Tipp zur jahreweisen Erfassung der Investitionszuschüsse:

Auf Grund der verschiedenen Kontierungsvorschriften der letzten 40 bis 50 Jahre können Investitionszuschüsse nicht nur bei den Ansätzen 612, 616, 711, 810, 850, 811, 851, sondern auch bei anderen Ansätzen oder im außerordentlichen Haushalt zu finden sein.

Investitionszuschüsse für Anlagen in Bau:

Investitionszuschüsse für Anlagen in Bau sind zu passivieren. Eine ertragswirksame Auflösung beginnt jedoch erst mit der Inbetriebnahme des Vermögensgegenstandes.

Noch nicht verwendete Investitionszuschüsse:

Erhaltene, aber für Investitionen noch nicht unmittelbar verwendete Investitionszuschüsse (z.B. Interessentenbeiträge) sind bis zu deren Verwendung als zweckgebundene Rücklage darzustellen. Zum Zeitpunkt der Verwendung hat eine Passivierung als Investitionszuschuss zu erfolgen. Darüber hinaus sind diese ab dem Zeitpunkt der Inbetriebnahme des Vermögensgegenstandes entsprechend der Nutzungsdauer ertragswirksam aufzulösen.

Vermögensgegenstände ohne Abschreibung:

Investitionszuschüsse für Vermögensgegenstände, die keiner Abschreibung unterliegen, werden als Sonderposten passiviert und bleiben bis zum Verkauf oder Ausscheiden des Vermögensgegenstandes in voller Höhe als Investitionszuschuss erhalten. Erst mit Verkauf oder Ausscheiden des Vermögensgegenstandes erfolgt eine Auflösung des Investitionszuschusses.

Bauprojekte mit längerem Förderzeitraum:

Gerade bei Großprojekten kann es durchaus vorkommen, dass sich der Förderzeitraum auf 5 Jahre oder länger erstreckt. Da Investitionszuschüsse erst nach deren Erhalt passiviert und ertragswirksam aufgelöst werden dürfen, ist dabei zu beachten,

dass die Auflösung des Investitionszuschusses immer analog der Restnutzungsdauer des Vermögensgegenstandes erfolgt. Ist der Vermögensgegenstand vollständig abgeschrieben, muss auch der Investitionszuschuss vollständig aufgelöst sein.

Sämtliche Investitionszuschüsse sind in einem Subventions- oder Beitragsspiegel darzustellen.

Bewertungsmethode Investitionszuschüsse:

Bereits erhaltene Investitionszuschüsse sind mit dem Nominalwert zu passivieren. Bei Vermögensgegenständen, die zum Zeitpunkt der Eröffnungsbilanz bereits anteilig abgeschrieben sind, ist der Investitionszuschuss ebenfalls nur noch anteilig darzustellen.

Beispiel:

Ausgangssituation:

Kindergarten errichtet im Jahr:	2000
Anschaffungskosten:	Euro 4.000.000
Investitionszuschuss:	Euro 2.000.000
Nutzungsdauer:	40 Jahre
Restnutzungsdauer Stichtag 1.1.2020:	20 Jahre

Lösung:

Restbuchwert Kindergartengebäude:	Euro 2.000.000
Zu passivierender Investitionszuschuss:	Euro 1.000.000
Restnutzungsdauer:	20 Jahre
Jährliche Abschreibung:	Euro 100.000 Euro
Jährliche ertragswirksame Auflösung Investitionszuschuss:	Euro 50.000

Pauschale Erfassung von Investitionszuschüssen im Straßenbau:

Die Bewertung der meisten Gemeindestraßen und Güterwege erfolgt in der Regel nicht auf Basis von tatsächlichen Anschaffungskosten, sondern auf Basis der Zustandsbewertung (auch Gip-Bewertung oder Infrastrukturrasterverfahren).

Eine nachträgliche Erfassung von Investitionszuschüssen ist daher großteils nicht exakt möglich (ausgenommen jene Straßen, die auf Basis von fortgeschriebenen Herstellungskosten bewertet wurden).

Es ist daher eine pauschale Nacherfassung der Investitionszuschüsse für den Straßenbau notwendig.

Das Formular samt Beschreibung der Vorgangsweise zur pauschalen Erfassung von Investitionszuschüssen für den Straßenbau finden Sie im OÖ. GemNet unter der Kategorie „VRV 2015“.

<https://gemnet.ooe.intra.gv.at/intranet/86502.htm>

Für die pauschal nacherfassten Investitionszuschüsse im Straßenbau ist das Konto 3074 KTZ pauschale Erfassung Straßenbau zu verwenden.

Investitionszuschüsse für Geh- und Radwege entlang von Landesstraßen:

- Variante I – Bewertung nach tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auf Basis einer vorliegenden Endabrechnung:

Investitionszuschüsse können auf Basis der tatsächlichen Finanzierung passiviert werden.

- Variante II – Bewertung nach tatsächlichen Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten auf Basis von Rechnungsabschlussdaten. Dabei werden in der Regel die Materialkosten (50 % der Gesamtkosten) in den Rechenwerken ausgewiesen:

Investitionszuschüsse sind zumindest im Ausmaß von 50 % der Gesamtkosten zu passivieren. Zu berücksichtigen sind weiters etwaige Fördermittel zum Gemeindeanteil, welche ebenfalls als Investitionszuschuss zu passivieren sind.

- Variante III – Bewertung auf Basis der Zustandsbewertung und Ermittlung von fiktiven Anschaffungskosten:

Ein Investitionszuschuss von 50 % der fiktiven Anschaffungskosten ist zu passivieren.

Investitionszuschüsse im Bereich Siedlungswasserwirtschaft (Wasser und Kanal):

Aufgrund der Vorgaben für die Gebührenkalkulationen und Bundesförderanträge sind sämtliche Investitionszuschüsse, z.B. Interessenten-, Anschließungs- und Infrastrukturkostenbeiträge, Landeszuschüsse (Abschreibung Investitionsdarlehen) etc. den einzelnen Kanal- bzw. Wasserbauabschnitten zuzuordnen und auch entsprechend deren Restnutzungsdauer ertragswirksam aufzulösen.

Finanzierungszuschüsse des Bundes:

Der im (nach erfolgter Kollaudierung) übermittelten Zuschussplan enthaltene Finanzierungszuschuss ist mit dem Förderbarwert aus der Spalte „Barwert“ (Beispiel unten: Euro 175.077,00) zu passivieren. Zinszuschüsse sind jedenfalls nicht zu passivieren. Gleichzeitig ist auf der Aktivseite eine Forderung mit den laut Förderplan noch nicht erhaltenen Mitteln darzustellen: Hier ist ebenfalls von der Spalte Barwert auszugehen.

(Beispiel unten: Euro 88.463,93). Die in den kommenden Jahren erhaltenen Mittel reduzieren die offene Forderung, wobei die offene Forderung jeweils nur um den Barwert des Zuschusses zu reduzieren ist und der Zinsanteil des Zuschusses als Ertrag in die Ergebnisrechnung aufgenommen werden muss.

Beispiel Zuschussplan:

Zuschussplan					
	Antrag	Endabrechnung			
Investitionskosten:	1.181.065,00				
Förderungsbarwert:	134.784,00	40.293,00			
Verzinsungsbeginn:	01.07.2008	01.07.2013			
Barwertzinsatz:	4,01	1,78			
Valutadatum	Auszahlungstyp	Zuschuss	Barwert	Zinsen	Status
31.12.2010	FZ	5.137,00	4.651,60	489,40	überwiesen
30.06.2011	FZ	5.111,00	4.537,09	573,91	überwiesen
31.12.2011	FZ	5.085,00	4.425,28	659,72	überwiesen
30.06.2020	FZ	5.781,00	3.881,42	1.899,58	plan
31.12.2020	FZ	5.752,00	3.796,50	1.955,50	plan
30.06.2021	FZ	5.723,00	3.713,43	2.009,57	plan
31.12.2021	FZ	5.695,00	3.633,01	2.061,99	plan
30.06.2022	FZ	5.667,00	3.554,34	2.112,66	plan
31.12.2022	FZ	5.639,00	3.477,37	2.161,63	plan
30.06.2023	FZ	5.611,00	3.402,08	2.208,92	plan
31.12.2023	FZ	5.583,00	3.328,42	2.254,58	plan
30.06.2024	FZ	5.555,00	3.256,36	2.298,64	plan
31.12.2024	FZ	5.528,00	3.186,38	2.341,62	plan
30.06.2025	FZ	5.501,00	3.117,90	2.383,10	plan
31.12.2025	FZ	5.474,00	3.050,90	2.423,10	plan
30.06.2026	FZ	5.447,00	2.985,35	2.461,65	plan
31.12.2026	FZ	5.420,00	2.921,21	2.498,79	plan
30.06.2027	FZ	5.393,00	2.858,44	2.534,56	plan
31.12.2027	FZ	5.366,00	2.797,04	2.569,96	plan
30.06.2028	FZ	5.339,00	2.736,94	2.602,06	plan
31.12.2028	FZ	5.312,00	2.678,14	2.633,96	plan
30.06.2029	FZ	5.286,00	2.621,04	2.664,96	plan
31.12.2029	FZ	5.260,00	2.565,16	2.694,84	plan
30.06.2030	FZ	5.234,00	2.510,47	2.723,53	plan
31.12.2030	FZ	5.208,00	2.456,96	2.751,04	plan
30.06.2031	FZ	5.182,00	2.404,58	2.777,42	plan
31.12.2031	FZ	5.156,00	2.353,32	2.802,68	plan
30.06.2032	FZ	5.130,00	2.303,15	2.826,85	plan
31.12.2032	FZ	5.104,00	2.254,06	2.849,94	plan
30.06.2033	FZ	5.078,00	2.206,00	2.872,00	plan
31.12.2033	FZ	5.053,00	2.159,35	2.893,65	plan
30.06.2034	FZ	5.028,00	2.113,67	2.914,33	plan
31.12.2034	FZ	5.003,00	2.068,96	2.934,04	plan
30.06.2035	FZ	5.060,75	2.071,98	2.988,77	plan
Zwischensumme = (Rest-)Forderung per 01.01.2020			88.463,93	EB 2020	
	Summe	276.081,75	175.077,00	101.004,75	

Investitionsdarlehen des Landes OÖ:

Mit Abschreibung des Investitionsdarlehens durch das Land OÖ werden oder wurden Darlehen zum Investitionszuschuss.

Die Passivierung und ertragswirksame Auflösung beginnt mit dem Datum der Abschreibung des Investitionsdarlehens. Bei Darlehensabschreibungen über mehrere Jahre verteilt, soll die Auflösung zur Vereinfachung mit dem letzten Jahr der Abschreibung beginnen. Die ertragswirksame Auflösung erfolgt auf Basis der Restnutzungsdauer der Anlage. Die Zuordnung zu den einzelnen Vermögenskategorien ist auch hier notwendig.

Interessenten-, Aufschließungs- und Infrastrukturkostenbeiträge:

Sämtliche zur Finanzierung des Bauabschnitts verwendeten Interessenten-, Aufschließungs- und Infrastrukturkostenbeiträge sind zu passivieren. Entscheidend sind die verwendeten Beiträge und nicht die vorgeschriebenen.

Die ertragswirksame Auflösung erfolgt mit dem Inbetriebnahme-Datum des Wasser-/Kanalbauabschnitts.

Beiträge, die nicht unmittelbar für Investitionszwecke verwendet werden, sind auf Rücklage zu legen. Eine Passivierung als Investitionszuschuss erfolgt erst mit deren tatsächlicher Verwendung.

Das Formular zur Erfassung von Investitionszuschüssen für die Wasser- und Kanalisationsbauten finden Sie im OÖ. GemNet unter der Kategorie „VRV 2015“.

<https://gemnet.ooe.intra.gv.at/intranet/86502.htm>

4.3 Finanzschulden (E.I. bzw. F.I.)

Rechtsgrundlage

§ 32 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200283/NOR40200283.html>

Finanzschulden sind alle Geldverbindlichkeiten, die der Gebietskörperschaft Verfügungsmacht über Geld verschaffen sollen. Es ist zwischen kurzfristigen und langfristigen Finanzschulden zu unterscheiden.

- kurzfristige Finanzschulden (Fälligkeit von bis zu einem Jahr)
- langfristige Finanzschulden (Fälligkeit länger als ein Jahr)

Langfristige Finanzschulden sind bei einer Erfüllungsdauer kürzer als ein Jahr in kurzfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln.

Bei der Beurteilung der Fälligkeit von Finanzschulden ist immer die Gesamtlaufzeit der Finanzschulden zu beachten. Aus Sicht der IKD ist aus Vereinfachungsgründen keine Umgliederung notwendig, wenn die Restlaufzeit eines Darlehens kürzer als ein Jahr ist.

Bewertungsmethode

Finanzschulden sind mit dem Nominalwert zu bewerten. Die Höhe der Finanzschulden ist aus dem Rechnungsabschluss 2019 zu übernehmen.

Sollte eine Gemeinde noch über Fremdwährungsdarlehen verfügen, wird um Kontaktaufnahme mit der IKD bezüglich der Darstellung in der Eröffnungsbilanz ersucht.

4.4 Verbindlichkeiten (E.II. bzw. F.II.)

Rechtsgrundlage

§ 26 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175460/NOR40175460.html>

Verbindlichkeiten sind Verpflichtungen der Gebietskörperschaft zur Erbringung von Geldleistungen, auf die ein Dritter einen vertraglichen oder gesetzlichen Anspruch auf Zahlung erlangt hat.

Auch hier ist zwischen kurzfristigen und langfristigen Verbindlichkeiten zu unterscheiden:

kurzfristige Verbindlichkeit: Erfüllungsdauer ausgehend vom Bilanzstichtag kürzer als ein Jahr

langfristige Verbindlichkeit: Erfüllungsdauer ausgehend vom Bilanzstichtag länger als ein Jahr

Langfristige Verbindlichkeiten sind bei einer Erfüllungsdauer kürzer als ein Jahr in kurzfristige Verbindlichkeiten umzuwandeln.

Bewertungsmethode

Sowohl kurzfristige als auch langfristige Verbindlichkeiten sind mit ihrem Zahlungsbetrag zu bewerten.

Die offenen Forderungen und Verbindlichkeiten lassen sich aus den bisher bekannten schließlichen Resten ableiten. Grundsätzlich können sowohl Forderungen (ausgenommen langfristige und unverzinste Forderungen über Euro 10.000) als auch Verbindlichkeiten über den GHD-Datenträger eingespielt werden. Hierbei ist auf die richtige Zuordnung der GHD-Daten zu den einzelnen Positionen der Eröffnungsbilanz zu achten.

4.5 Leasingverbindlichkeiten/Contracting (E.I)

Rechtsgrundlage

§ 32 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200283/NOR40200283.html>

Allgemeines⁸

Im Zuge der Erstellung der Eröffnungsbilanz werden alle Leasing- und Contracting-Verträge einzeln zu prüfen sein. Vor allem die Frage ob ein Leasinggegenstand als Vermögenswert in die Eröffnungsbilanz aufzunehmen ist, muss abgeklärt werden. Dazu empfehlen wir die Kontaktaufnahme mit dem Leasinggeber, um abzustimmen, in welcher Bilanz der Vermögensgegenstand auszuweisen ist. Die folgenden Ausführungen sind nur dann von Relevanz, wenn der Vermögensgegenstand in die Vermögensrechnung der Gemeinde aufzunehmen ist.

Im Folgenden werden anhand der gesetzlichen Grundlagen die einzelnen Punkte genau beschrieben werden. Auch wenn die unten dargestellten Regeln sehr komplex erscheinen, ist eine einfachere Regelung auf Grund der gegebenen Vorschriften leider nicht möglich.

Nach § 19 Abs 1 VRV 2015 sind Vermögenswerte in der Vermögensrechnung der Gemeinde zu erfassen, wenn die Gemeinde zumindest über das **wirtschaftliche Eigentum** verfügt. Wirtschaftliches Eigentum liegt unabhängig von der zivilrechtlichen Eigentümerschaft vor, wenn die Gemeinde wirtschaftlich wie ein Eigentümer über eine Sache herrscht, indem sie diese insbesondere besitzt, gebraucht, die Verfügungsmacht über sie innehat und das Risiko ihres Verlustes oder ihrer Zerstörung trägt (§ 19 Abs 2 VRV 2015).

Auch Verträge über Contracting oder Mietverträge können Vertragsbestandteile enthalten, welche zu wirtschaftlichem Eigentum der Gemeinde führen und damit eine Erfassung des Vermögenswertes in der Vermögensrechnung der Gemeinde erforderlich machen.

Ist die Gemeinde wirtschaftliche Eigentümerin, ist der Geschäftsfall nicht als echte Vermietung (laufender Aufwand) zu verbuchen, sondern wie ein (Raten-)Kauf zu aktivieren.

Gewöhnlich ist der zivilrechtliche auch der wirtschaftliche Eigentümer. Durch vertragliche Regelungen kann es jedoch vorkommen, dass zivilrechtlicher Eigentümer und wirtschaftlicher Eigentümer unterschiedliche Personen sind. Das wirtschaftliche Eigentum ist insbesondere dann zu prüfen, wenn dem Vertragspartner vom Eigentümer die für das Eigentum charakteristischen Rechte übertragen werden. Bei der Beurteilung des wirtschaftlichen Eigentums ist die Vertragsgestaltung in wirtschaftlicher Betrachtungsweise zu würdigen. Hierbei kommt es auf das Gesamtbild der Verhältnisse an. Auch allfällige Zusatzvereinbarungen, Nebenabsprachen, Sideletter, etc. sind zu berücksichtigen.

⁸ LeitnerLeitner, Wirtschaftsprüfer Steuerberater, Linz

Leasing

Bei Leasingverträgen ist zwischen Mietverträgen (sog Operating-Leasing) und verdeckten Ratenkaufverträgen (sog Finanzierungs-Leasing) zu unterscheiden.

Liegt **Operating-Leasing** vor und ist die Gemeinde Leasingnehmer, sind die zu zahlenden Leasingraten als laufende Aufwendungen in der Ergebnisrechnung zu erfassen.

Es sind daher bei Operating-Leasing keine Leasingverbindlichkeiten in der Eröffnungsbilanz darzustellen.

Der Leasinggegenstand ist nicht in der Vermögensrechnung der Gemeinde zu erfassen. Mietkautionen (einmalige und laufende Kationen) sind als Forderung gemäß § 21 VRV 2015 auf der Aktivseite des Vermögenshaushaltes zu erfassen. Zusätzlich kann eine Erfassung von Vorauszahlungen in der Vermögensrechnung als Rechnungsabgrenzungsposten geboten sein, wenn diese Euro 10.000 übersteigen (§ 13 Abs. 7 VRV 2015). Dieser Rechnungsabgrenzungsposten ist in weiterer Folge gleichmäßig über die Laufzeit des Leasingvertrags verteilt aufzulösen.

Liegt **Finanzierungsleasing** vor und ist die Gemeinde Leasingnehmer, ist der betroffene Vermögensgegenstand auf der Aktivseite in der Vermögensrechnung aufzunehmen und auf der Passivseite ist eine Verbindlichkeit einzustellen. Der Vermögensgegenstand ist in weiterer Folge entsprechend seiner Nutzungsdauer abzuschreiben. Als Anschaffungskosten und Verbindlichkeit sind im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses die Gesamtinvestitionskosten (oder der Barwert der zukünftigen Leasingraten, Vorauszahlungen und Kationen) heranzuziehen.

Für die Beurteilung, ob ein Operating-Leasing oder ein Finanzierungsleasing vorliegt, ist zwischen Voll- und Teilamortisationsverträgen zu unterscheiden. Der Unterschied besteht darin, dass beim Vollamortisationsvertrag während der Grundmietzeit (= unkündbare Mietdauer) die Gesamtkosten (Investitionskosten zuzüglich Gewinn) des Leasinggebers amortisiert werden, während beim Teilamortisationsvertrag am Ende der Grundmietzeit ein kalkulatorischer Restwert übrig bleibt.

Die Beurteilung, ob Finanzierungsleasing vorliegt, kann auf Basis der nachfolgenden Kriterien erfolgen:

- Bei einem **Vollamortisationsvertrag** liegt **Finanzierungsleasing** vor, wenn einer der nachfolgenden Punkte zutrifft:
 - Die Grundmietzeit beträgt mehr als 90 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.
 - Die Grundmietzeit beträgt weniger als 40 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.

- Die Grundmietzeit beträgt zwischen 40 Prozent und 90 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer und der Leasingnehmer hat nach Ablauf der Grundmietzeit das vertragliche Recht, gegen einen wirtschaftlich nicht angemessenen Betrag den Gegenstand zu erwerben oder den Leasingvertrag zu verlängern. Ein Entgelt ist dann wirtschaftlich angemessen, wenn es zumindest dem voraussichtlichen Verkehrswert zum Ende der Grundmietzeit entspricht. Vereinfachend kann von einem wirtschaftlich angemessenen Entgelt ausgegangen werden, wenn das Entgelt dem um 20 Prozent verminderten Buchwert am Ende der Grundmietzeit entspricht.⁹
 - Der Leasingnehmer trägt zusätzlich zu den laufenden Leasingraten während der Grundmietzeit mehr als 50 Prozent der Anschaffungs- bzw Herstellungskosten des Leasinggebers (hierzu zählen Mietvorauszahlungen bis zu 30 Prozent der Herstellungskosten, Kautionen, Darlehen und auch andere Zahlungen).¹⁰
 - Das Leasinggut ist speziell auf die individuellen Bedürfnisse des Leasingnehmers zugeschnitten und kann nach Ablauf der Vertragsdauer nur noch bei diesem wirtschaftlich sinnvoll verwendet werden (Spezialleasing). Spezialleasing liegt bspw. bei Leasingverträgen über die Nutzung einer Kanalanlage oder einer Gemeindestraße vor. Bei Gebäuden (zB Amtsgebäude, Bauhof, Feuerwehrzeughaus, Schule) liegt gewöhnlich kein Spezialleasing vor.
- Bei einem **Teilamortisationsvertrag** liegt **Finanzierungsleasing** vor, wenn einer der nachfolgenden Punkte zutrifft:
- Die Grundmietzeit beträgt mehr als 90 Prozent der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.
 - Der Leasingnehmer hat sowohl das Risiko der Wertminderung als auch die Chance der Wertsteigerung. Dies kann angenommen werden, wenn der Leasingnehmer bei Veräußerung des Leasinggegenstandes für mindestens 75 Prozent der Differenz zwischen vereinbarten Restwert und Veräußerungserlös aufzukommen hat und andererseits mehr als 75 Prozent des den Restwert übersteigenden Teils des Veräußerungserlöses erhält.
 - Bei Kaufoption zum Restwert, wenn der Kaufpreis niedriger ist als der voraussichtliche Verkehrswert. Dies kann angenommen werden, wenn der Kaufpreis unter 80 Prozent des Buchwertes am Ende der Grundmietzeit beträgt.¹¹
 - Der Leasingnehmer trägt zusätzlich zu den laufenden Leasingraten während der Grundmietzeit mehr als 50 Prozent der Anschaffungs- bzw Herstellungskosten

⁹ Für Vertragsabschlüsse bis 30.4.2007 kommt es aus steuerlicher Sicht darauf an, ob der Betrag wirtschaftlich nicht ausschlaggebend ist (vgl. EStR 2000 Rz 137 iVm 3223f).

¹⁰ Für Vertragsabschlüsse bis 30.4.2007 waren aus steuerlicher Sicht zusätzliche Leistungen bis 75 Prozent der Herstellungskosten zulässig (vgl. EStR 2000 Rz 146).

¹¹ Für Vertragsabschlüsse bis 30.4.2007 kommt es aus steuerlicher Sicht darauf an, ob der Restwert erheblich niedriger ist als der voraussichtliche Verkehrswert. Als erheblich niedriger gilt der Restwert, wenn er weniger als 50 Prozent des Buchwertes beträgt (vgl. EStR 2000 Rz 141 iVm 3225).

des Leasinggebers (hierzu zählen Mietvorauszahlungen bis zu 30 Prozent der Herstellungskosten, Kautionen, Darlehen und auch andere Zahlungen).

- Es liegt Spezialleasing vor.

- Bei **unbeweglichen Wirtschaftsgütern** sind **zusätzlich** folgende Punkte zu prüfen:
 - Bei Gebäuden und Grund und Boden hat eine getrennte Beurteilung zu erfolgen.
 - Wenn Grund und Boden im zivilrechtlichen Eigentum des Leasinggebers ist:
 - Das Gebäude ist nach den oben genannten Merkmalen zu beurteilen.
 - Der Grund und Boden wird nur dann dem Leasingnehmer zugerechnet, wenn das Gebäude dem Leasingnehmer zuzurechnen ist und für den Grund und Boden eine Kaufoption besteht.
 - Wenn Grund und Boden im zivilrechtlichen Eigentum des Leasingnehmers ist:
 - Es liegt Finanzierungsleasing vor, wenn einer der nachfolgenden Punkte zutrifft:
 - Es liegt ein Vollamortisationsvertrag vor.
 - Es liegt Spezialleasing vor.
 - Die Nutzungsvereinbarung über Grund und Boden ist nicht erheblich länger als die Grundmietzeit des Teilamortisationsvertrages.
 - Der Leasinggeber hat nicht das Recht, das Gebäude nach Ablauf der Mietdauer an Dritte zu verkaufen oder zu vermieten.

Treffen die oa Punkte nicht zu, liegt kein Finanzierungsleasing, sondern ein Operating-Leasing vor.

Praxishinweis: Immobilienleasingverträge waren in der Vergangenheit in der Regel derart ausgestaltet, dass die Gebäude dem Leasinggeber zuzurechnen waren. Bei Mobilienleasing unterscheiden sich die in der Praxis verwendeten Verträge erheblich. Es hat daher immer eine Beurteilung im Einzelfall zu erfolgen.

Beispiel 1 (Bauhof)

Die Gemeinde hat mit einem Leasingunternehmen einen Leasingvertrag über das Bauhofgebäude abgeschlossen. Die Grundmietzeit beträgt 20 Jahre. Von der Gemeinde wurde eine Kautionszahlung i.H.v. 25 % der Herstellungskosten geleistet. Innerhalb der Laufzeit werden 60 % der Herstellungskosten des Leasinggebers von der Gemeinde ersetzt. Nach Ablauf der Grundmietzeit hat der Leasinggeber das Recht den Bauhof an einen Dritten zu vermieten. Das Gebäude wurde auf einem Grundstück errichtet, das

im Eigentum der Gemeinde steht. Dem Leasingnehmer wurde ein Baurecht für 40 Jahre eingeräumt.

Lösung

Es liegt ein Teilamortisationsvertrag vor. Die Grundmietzeit (20 Jahre) beträgt 50% der Nutzungsdauer (50 Jahre). Die Laufzeit des Baurechtes ist erheblich länger als die Grundmietzeit des Leasingvertrages ist und der Leasinggeber hat nach Ablauf der Vertragslaufzeit das Recht das Gebäude an Dritte zu vermieten. Daher handelt es sich um ein Operating-Leasing.

Das bedeutet Folgendes: Das Gebäude ist dem Leasinggeber zuzurechnen. Die Gemeinde hat den Grund und Boden (nicht das Gebäude) und die Kautionsforderung im Vermögenshaushalt auf der Aktivseite zu erfassen. Die Leasingraten sind als laufender Aufwand im Ergebnis- und Finanzierungshaushalt zu erfassen.

Wurde der Leasingvertrag bereits in der Vergangenheit abgeschlossen hat ist im Zuge der Eröffnungsbilanz die Aktivierung des Grund und Bodens und der in der Vergangenheit geleisteten Kautionsforderung zu erfolgen. Die zukünftigen Leasingraten sind als laufender Aufwand im Ergebnis- und Finanzierungshaushalt zu erfassen.

Beispiel 2 (Schulgebäude)

Die Gemeinde hat mit einem Leasingunternehmen einen Leasingvertrag über ein Schulgebäude abgeschlossen. Die Grundmietzeit beträgt 20 Jahre. Innerhalb dieser Laufzeit werden von der Gemeinde die gesamten Herstellungskosten des Leasinggebers ersetzt. Das Eigentum am Schulgebäude geht mit Zahlung der letzten Leasingrate auf die Gemeinde über. Das Gebäude wurde auf einem Grundstück errichtet, das im Eigentum der Gemeinde steht und auf dem Leasingunternehmen ein Baurecht eingeräumt wurde.

Lösung

Es liegt ein Vollamortisationsvertrag vor. Die Grundmietzeit (20 Jahre) beträgt 50 Prozent der Nutzungsdauer (40 Jahre). Die Gemeinde kann das Gebäude nicht gegen einen wirtschaftlich angemessenen Betrag erwerben. Das Gebäude steht auf einem Grundstück der Gemeinde.

Es handelt sich um ein Finanzierungsleasing. Das bedeutet folgendes: Das Schulgebäude steht von Anfang an im wirtschaftlichen Eigentum der Gemeinde. Im Vermögenshaushalt haben zu Beginn des Leasingvertrags eine Aktivierung des Schulgebäudes und eine Passivierung der Leasingverbindlichkeit in Höhe der Gesamtinvestitionskosten bzw in Höhe des Barwertes der kalkulierten Zahlungen zu erfolgen. Bei Verbuchung der Leasingraten hat eine Aufteilung in einen Zins- und Tilgungsanteil zu erfolgen. Das Schulgebäude ist auf seine Nutzungsdauer von 40 Jahre abzuschreiben.

Beispiel 2a (Fortsetzung)

Der Leasingvertrag wurde bereits vor 15 Jahren abgeschlossen. Zu klären ist, wie der Leasingvertrag in der Eröffnungsbilanz darzustellen ist.

Lösung

Es liegt ein Finanzierungsleasing vor. Im Zuge der Eröffnungsbilanz sind die Anschaffungskosten des Schulgebäudes zu ermitteln. Diese Anschaffungskosten sind in weiterer Folge um die bisherige Abschreibung ($= \text{Anschaffungskosten} / \text{ND} \times \text{bisherige Vertragslaufzeit}$) zu reduzieren. Mit diesem Restbuchwert ist das Schulgebäude im Vermögenshaushalt zu aktivieren.

Als Verbindlichkeit sind die noch offenen Tilgungen (Barwert der noch ausständigen Leasingzahlungen) zu passivieren. Eventuell kann der Betrag beim Leasinggeber erfragt werden.

Beispiel 3 (Kopierer)

In der Gemeinde wurde ein Leasingvertrag über Kopierer abgeschlossen. Die Anschaffungskosten des Leasinggebers betragen Euro 6.000. Die vereinbarte Vertragslaufzeit beträgt vier Jahre. Die jährlichen Leasingraten betragen Euro 1.000. Nach Ablauf der Grundmietzeit hat der Leasinggeber ein Andienungsrecht, dh. der Leasinggeber kann von der Gemeinde den Erwerb der Kopierer zum kalkulierten Restwert iHv. Euro 3.500 verlangen.

Lösung

Zuerst ist zu prüfen, ob ein Voll- oder Teilamortisationsleasing vorliegt. Da die Leasingraten während der Grundmietzeit die Kosten des Leasinggebers nicht vollständig abdecken und ein Restwert übrig bleibt, liegt ein Teilamortisationsleasing vor.

Im Zweiten Schritt kann das Leasingverhältnis anhand der Leasingkriterien beurteilt werden:

Grundmietzeit > 90 Prozent der Nutzungsdauer	Nicht erfüllt, da die Grundmietzeit 50 Prozent der Nutzungsdauer von 8 Jahren beträgt
Chancen-Risiken	Nicht erfüllt; da der vereinbarte Restwert (Euro 3.500) den Buchwert zum Zeitpunkt der Andienung (Euro 3.000) übersteigt und die Gemeinde keine Chance auf eine allfällige Wertsteigerung der Kopierer besitzt.

Kaufoption des Leasingnehmers	Nicht erfüllt, da die Gemeinde keine Kaufoption besitzt
Spezialleasing	Nicht erfüllt, da es sich um handelsübliche Kopierer handelt

Die Kopierer sind daher dem Leasinggeber zuzurechnen und bei der Gemeinde hat keine Aktivierung und Abschreibung zu erfolgen. Die jährlichen Leasingzahlungen sind als laufender Aufwand zu berücksichtigen. Wenn der Leasinggeber das Andienungsrecht ausübt, hat die Gemeinde in diesem Zeitpunkt die Kopierer mit dem vereinbarten Kaufpreis von Euro 3.500 zu aktivieren.

Beispiel 4 (Kommunalfahrzeug)

Die Gemeinde hat mittels eines Operating-Leasingvertrages ein Kommunalfahrzeug für 10 Jahre geleast. Bei Vertragsbeginn wurden Leasingvorauszahlungen für 5 Jahre iHv. Euro 20.000 und eine Kautions iHv. Euro 20.000 geleistet. Die Restlaufzeit beträgt bei Erstellung der Eröffnungsbilanz 6 Jahre.

Lösung

Da es sich um ein Operating-Leasing handelt, ist das Fahrzeug nicht in das Vermögen der Gemeinde aufzunehmen. Es hat keine Aktivierung und Abschreibung des Kommunalfahrzeuges bei der Gemeinde zu erfolgen.

Die von der Gemeinde geleistete Kautions iHv. Euro 20.000 ist als Forderung gegenüber dem Leasinggeber im Vermögenshaushalt zu aktivieren. Die bisherige Laufzeit des Leasingvertrages beträgt 4 Jahre. Daher ist grundsätzlich noch ein Jahr der Leasingvorauszahlung gemäß § 14 VRV 2015 zeitlich abzugrenzen. Da der abzugrenzende Betrag allerdings Euro 10.000 nicht übersteigt (Vorauszahlung iHv. Euro 20.000 / 5 = Abgrenzungsbedarf iHv. Euro 4.000), kann die Abgrenzung unterbleiben.

Die zukünftigen Leasingraten sind als laufender Aufwand im Ergebnishaushalt und Finanzierungshaushalt zu erfassen.

Contracting

Unter Contracting wird die Erneuerung von Anlagen der öffentlichen Hand verstanden, die es zum Ziel hat, die Kosten der Neuinvestition bzw. Sanierung mittels der erzielten Einsparungen (zB. Energieeinsparungen) abzudecken. In der Regel verpflichtet sich der Contractor gegenüber dem Contracting-Nehmer neben der Durchführung der Energiesparmaßnahmen auch zur Bereitstellung von Energie. Typische Beispiele sind der Einbau von energiesparenden Lampen in die Straßenbeleuchtung oder Energiesparmaßnahmen in Heizungsanlagen.

Im Hinblick auf die Verbuchung sind Contracting-Vereinbarungen mit Leasingverträgen vergleichbar. Die Beurteilung der Zurechnung des wirtschaftlichen Eigentums an den Energiesparmaßnahmen (zB. Anschaffung neuer Beleuchtungskörper) ist anhand der Leasingkriterien vorzunehmen.

In der Praxis liegt das wirtschaftliche Eigentum oft bei der Gemeinde, weil bspw. im Contracting-Vertrag vorgesehen ist, dass das Eigentum an den Vermögensgegenständen mit Zahlung der letzten Rate automatisch auf die Gemeinde übergeht.

4.6 Rückstellungen (E.III. bzw. F.III.)

Rechtsgrundlage

§§ 28 bis 31 VRV 2015

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40200282/NOR40200282.html>

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175463/NOR40175463.html>

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175464/NOR40175464.html>

<https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Bundesnormen/NOR40175465/NOR40175465.html>

Rückstellungen sind Verpflichtungen, die bezüglich ihres Grundes, ihrer Höhe und/oder ihres Zeitpunktes ungewiss sind, deren Eintreten aber wahrscheinlich oder sicher erwartet wird.

Rückstellungen sind anzusetzen, wenn:

- die Verpflichtung bereits vor dem Stichtag der Abschlusserstellung besteht und
- das Verpflichtungsereignis bereits vor dem Stichtag der Abschlussrechnung eingetreten ist und
- die Erfüllung mit überwiegender Wahrscheinlichkeit zur Mittelverwendung führt und
- die Höhe der Verpflichtung verlässlich ermittelbar ist.

Rückstellungen unterscheiden sich von Verbindlichkeiten im Unsicherheitsfaktor. Verbindlichkeiten treten zu einem bestimmten Zeitpunkt in bestimmter Höhe sicher ein. Verpflichtungen, für die Rückstellungen gebildet würden, können sich in Zeitpunkt und Höhe ändern oder auch gar nicht eintreten (zB. Prozesskosten).

Bewertungsmethode

Es wird zwischen kurzfristigen Rückstellungen (Verpflichtung innerhalb eines Jahres) und langfristigen Rückstellungen (Verpflichtung länger als ein Jahr) unterschieden.

kurzfristige Rückstellungen (Bewertung zum voraussichtlichen Zahlungsbetrag):

- Rückstellung für Prozesskosten
- Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (Bescheide) ab Euro 5.000
- Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube

langfristige Rückstellungen (Bewertung zum Barwert) :

- Rückstellungen für Abfertigungen
- Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen
- Rückstellungen für Haftungen
- Rückstellung für Sanierung von Altlasten
- Rückstellungen für Pensionen (Wahlrecht gemäß § 31 VRV 2015)
- sonstige langfristige Rückstellungen ab Euro 10.000 (je Einzelfall)

Rückstellungen für Prozesskosten:

Rückstellungen sind anzusetzen für Fälle in denen die Gemeinde als Kläger, als beklagte Partei oder Beschwerdeführer auftritt. Rückstellungen für Prozesskosten sind mit dem voraussichtlichen Zahlungsbetrag anzusetzen, wenn der Eintritt eines Schadensfalles von überwiegender Wahrscheinlichkeit ist (mehr als 50 Prozent).

In die Bewertung sind alle bekannten Umstände einzubeziehen, ebenso wie wahrscheinlich schlagend werdende Risiken. Insbesondere sind dies:

- der voraussichtliche Zahlungsbetrag (kann, aber muss nicht Streitwert sein)
- drohende Zinsen
- Gerichtskosten, Gutachterkosten, Kosten der eigenen Prozessvertretung sowie drohender Kostenübernahmeverpflichtungen der Vertretung der Gegenpartei, Gerichtssachverständige, Gebühren etc.

Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (Bescheide) ab Euro 5.000:

Für ausstehende Rechnungen (Bescheide) zum 31.12 deren Wert über Euro 5.000 liegt und bei denen die Leistungserbringung bereits erfolgt ist, wäre eine Rückstellung zu bilden. Dadurch soll der Aufwand jenem Finanzjahr zugeordnet werden, indem er auch tatsächlich angefallen ist.

Bei Bezahlung der Rechnung (Bescheid) im Folgejahr, wird die Rückstellung aufgelöst (verbraucht).

Rechnungen bis Erstellungstichtag RA = Verbindlichkeit

keine Rechnungen bis Erstellungstichtag = Rückstellung

Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube:

Gemäß VRV 2015 ist die Bildung einer Rückstellung für nicht konsumierte Urlaube vorgesehen. Diese sind mit ihrem voraussichtlichen Zahlungsbetrag, also mit dem Nominalwert, zu bewerten.

Rückstellungen für Abfertigungen und Jubiläumszuwendungen:

Für Ansprüche aus der „Abfertigung alt“ sowie für Jubiläumszuwendungen sind zukünftig entsprechende Rückstellungen zu bilden. Die Bildung der Rückstellungen erfolgt entsprechend dem Anwartschaftsbarwertverfahren.

1 Anwartschaftsbarwertverfahren = Projected Unit Credit Method¹²

Im sogenannten Anwartschaftsbarwertverfahren wird zunächst die Höhe der Anwartschaft bestimmt und dieser Betrag dann über die verbleibende Laufzeit bis zur Auszahlung finanzmathematisch verteilt. Maßgeblich für die Ermittlung der Rückstellung ist der Bezug zum Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsverhältnisses (Abfertigungen) bzw. zum Zeitpunkt der Jubiläumszahlungen, wobei entsprechend den Rahmenbedingungen der IAS/IPSAS sowohl normale Gehaltserhöhungen (Biennalsprünge) als auch außerordentliche Gehaltserhöhungen (Beförderung, Qualifikationserwerb) einer Arbeitnehmerin/eines Arbeitnehmers zu berücksichtigen sind. Für den Bund wurden durchschnittliche Bezugserhöhungen in Höhe von 2,5 % kalkuliert.¹³

2 Abfertigungsrückstellung

2.1 Rahmenbedingungen

- Bildung der Rückstellung für Vertragsbedienstete, welche vor dem 01.09.2003 ein Dienstverhältnis zur Gemeinde begründet haben. Ab 01.09.2003 wurde das System der „Abfertigung neu“ eingeführt.
- Keine Rückstellung für Beamte und Beamtinnen
- Dienstverträge nach ABGB (sogenannte Sonderverträge) werden nicht berücksichtigt.

2.2 Gesetzliche Regelung

- Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 (GDG) § 205
- Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz § 56

¹² Mag. Berger-Schauer A., Gemdat OÖ: VRV 2015 – Personalrückstellungen, Linz 2018

¹³ Quelle: BMF: Dokumentation Personalrückstellungen vom 26.09.2013

2.3 Ansprüche

Dauer Dienstverhältnis	Anspruch
3 Jahre	2 Monatsbezüge
5 Jahre	3 Monatsbezüge
10 Jahre	4 Monatsbezüge
15 Jahre	6 Monatsbezüge
20 Jahre	9 Monatsbezüge
25 Jahre	12 Monatsbezüge

Laut Oö. GDG 2002 § 165 Abs. 1 besteht der Monatsbezug aus dem Gehalt sowie einer allfälligen Gehaltszulage. Laut Oö. LVBG § 15 Abs 1a gebühren Bezüge, die aus dem Monatsentgelt und allfälligen Zulagen (Verwaltungsdienstzulage, Leistungszulage, Ergänzungszulage, Verwendungszulage, Gehaltszulage, Pflegedienstzulage, Pflegedienst-Chargenzulage, Erzieherzulage, Dienstzulage, Kinderbeihilfe) bestehen.

Nachdem zukünftige Beschäftigungsausmaße nicht vorhersehbar sind, wird vom aktuellen Beschäftigungsausmaß die Rückstellung berechnet.

2.4 Berechnung

2.4.1 Pensionsalter

Das Frauenpensionsalter wird stufenweise dem Männerpensionsalter angeglichen. Bei Männern wird mit einem aktuellen Pensionsantrittsalter von 65 gerechnet. Bei Frauen geboren vor dem 01.12.1963 mit 60 Jahren, geboren nach dem 02.06.1968 mit 65 Jahren. Dazwischen ist eine Einschleifregelung zu berücksichtigen.

2.4.2 Fluktuationsabschlag

Bei der Abfertigung wird kein Fluktuationsabschlag berücksichtigt.

2.4.3 Formel¹⁴

Abfertigungsrückstellung für einen Dienstnehmer =
 Anzahl der Monatsgehälter bei Pensionsantritt * aktueller Monatsbezug
 * (bisherige Dienstjahre / Dienstjahre bei Pension)
 * $(1 + \% \text{Bezugserhöhung})^{\text{Dienstjahre bis Pension}}$
 * $(1 / (1 + \% \text{Rechnungszins}))^{\text{Dienstjahre bis Pension}}$

¹⁴ Abgeleitet von der XLS-Datei (BMF-Homepage) erhalten per Email am 12.12.2016 (christoph.hinterplattner@ooe.gv.at)

2.4.4 Beispiel

Monatsbezug inkl. Zulagen = 1.277,93

Geburtsdatum = 07.03.1960

Geschlecht = weiblich

Eintrittsdatum = Abfertigungsstichtag = 01.01.1996

Bezugserhöhung = 2,5%

Rechnungszinssatz = 1%

bisherige Dienstjahre = 20,0

Diensjahre bei Pension = 24,2

Abfertigungsrückstellung = $9 * 1.277,93 * (20,0/24,2) * (1+2,5\%)^{4,2} * (1/(1+1\%)^{4,2}) = 10.112,41$

Berechnung mit Stichtag 31.12.2017:

Abfertigungsrückstellung = $9 * 1.277,93 * (21,999/24,2464) * (1+2,5\%)^{2,2478} * (1/(1+1\%)^{2,2478}) = 10786,90$

3 Jubiläumsrückstellung

3.1 Rahmenbedingungen

- Bildung der Rückstellung für Vertragsbedienstete, welche nicht eine Pensionskassenregelung gewählt haben.
Bei der Wahl einer Pensionskasse gibt es eine Übergangsregelung von 9 Jahren, wo ein Jubiläumsgeld nur mehr anteilig (pro Jahr der Zugehörigkeit zu einer Pensionskasse ein Abschlag von 10%) zur Auszahlung gelangt. Fälle, wo bei einer Pensionskassenregelung ein hoher Anteil an Jubiläumszuwendungen aus zu zahlen ist, kommen in der Praxis nicht/selten vor und somit erfolgt für diese Vertragsbediensteten keine Rückstellungsbildung.
- Keine Rückstellung für Beamte und Beamtinnen
Seit 01.01.2000 wird bei Beamten und Beamtinnen verpflichtend ein Beitrag in eine Pensionskasse geleistet. Für Rückstellungen die erstmals mit Stichtag 01.01.2019 bzw. 01.01.2020 zu bilden sind, könnte maximal 6/25 bzw. 5/25 bei einem Dienstnehmerjubiläum von 25 Jahren anfallen. Ein Jubiläum für 35 und 40 Jahre ist nur in theoretischen Fällen mehr möglich. Da diese Fälle in der Praxis wahrscheinlich nicht mehr vorkommen bzw. bei einem 25-jährigem Jubiläum nur mehr ein geringer Betrag zur Auszahlung gelangen wird, finden Beamte und Beamtinnen bei der Rückstellung keine Berücksichtigung.
- Dienstverträge nach ABGB (sogenannte Sonderverträge) werden nicht berücksichtigt.

3.2 Gesetzliche Regelung

- Oö. Gemeinde-Dienstrechts- und Gehaltsgesetz 2002 (GDG) § 208
- Oö. Landes-Vertragsbedienstetengesetz § 28 Abs. 2 ff

3.3 Ansprüche

Die Jubiläumszuwendung ist laut Gesetz eine „Kann-Bestimmung“. Nachdem aber davon auszugehen ist, dass diese Regelung in einer Gemeinde angewendet wird, ist auch eine Rückstellung zu bilden.

Bei der Vollendung einer Dienstzeit von 25, 35 und 40 Jahren können 200% des Monatsbezuges einschließlich der Kinderbeihilfe gewährt werden, welcher der gehaltsrechtlichen Stellung des (der) Bediensteten in dem Monat entspricht, in den das Dienstjubiläum fällt.

Dabei kann es vorkommen, dass für die Dienstzeit auch Zeiten vor dem Eintritt zur Gemeinde herangezogen werden (z.B. Zeiten zu einer Gebietskörperschaft, Präsenzdienst, ...).

Bei teilzeitbeschäftigten VB (Oö. LVBG) ist die Jubiläumszuwendung mit dem durchschnittlichen Beschäftigungsausmaß im bisherigen Dienstverhältnis zu aliquotieren. Dies nur, wenn der Bedienstete zum Zeitpunkt der Auszahlung teilzeitbeschäftigt ist. Bei Vertragsbediensteten nach dem Oö. GDG 2002 ist die Jubiläumszuwendung **immer** mit dem durchschnittlichen Beschäftigungsausmaß im bisherigen Dienstverhältnis zu aliquotieren. Nachdem zukünftige Beschäftigungsausmaße nicht vorhersehbar sind, wird vom aktuellen Beschäftigungsausmaß die Rückstellung berechnet.

3.3.1 Pensionsalter

Das Frauenpensionsalter wird stufenweise dem Männerpensionsalter angeglichen. Bei Männern wird mit einem aktuellen Pensionsantrittsalter von 65 gerechnet. Bei Frauen geboren vor dem 01.12.1963 mit 60 Jahren, geboren nach dem 02.06.1968 mit 65 Jahren. Dazwischen ist eine Einschleifregelung zu berücksichtigen.

3.3.2 Fluktuationsabschlag

Beim Bund wurden folgende Fluktuationsabschläge berücksichtigt:

Restdienstjahre	Fluktuationsabschlag
10 – 20	5 Prozent
20 – 30	10 Prozent
> 30 Jahre	15 Prozent

3.3.3 Dienstgeberabgaben

Seit 01.01.2016 sind Jubiläumsgelder SV-pflichtig. Somit sind die für die verschiedenen Versicherungen geltenden Dienstgeberabgaben auch bei der Rückstellung zu berücksichtigen. Ebenso Dienstgeberabgaben wie DB (Dienstgeberbeitrag aktuell 4,1%), DZ (Dienstgeberzuschlag – in Gemeinden nicht zu berücksichtigen, Kommunalsteuer 3% - wird vereinzelt gerechnet)

3.3.4 Formel¹⁵

Jubiläumssrückstellung für einen Dienstnehmer =
200% * aktueller Monatsbezug
* $(1 + \% \text{Bezugserhöhung})^{\text{Dienstjahre bis Zeitpunkt Jubiläum}}$
* $(\text{bisherige Dienstjahre} / \text{Dienstjahre Jubiläum})$
* $(1 / (1 + \% \text{Rechnungszins})^{\text{Dienstjahre bis Zeitpunkt Jubiläum}})$
* $(1 + \text{Fluktuationsabschlag})$
* $(1 + \% \text{DGA})$

Dienstjahre Jubiläum in OÖ = 25, 35, 40

Anspruch in OÖ = 200% (kann länderspezifisch unterschiedlich sein)

3.3.5 Beispiel

Monatsbezug inkl. Zulagen = 1.227,93

Geburtsdatum = 07.03.1960

Geschlecht = weiblich

Eintrittsdatum = 01.01.1996

Jubiläumssstichtag = 01.01.1994

Bezugserhöhung = 2,5%

Rechnungszinssatz = 1%

bisherige Dienstjahre = 22,0

Jubiläum 25 Jahre = 01.01.2019

Fluktuationsabschlag = 0%

Dienstjahre bis Zeitpunkt Jubiläum = 3 Jahre

Jubiläumssrückstellung = $1277,93 * 200\% * (1 + 2,5\%)^3 * (22/25) * (1 / (1 + 1\%)^3) * (1 + 0\%)$
= 2.350,86

Berechnung mit Stichtag 31.12.2017:

Jubiläumssrückstellung = $1277,93 * 200\% * (1 + 2,5\%)^1 * (24/25) * (1 / (1 + 1\%)^1) * (1 + 25,03\%) = 3.113,32$

Rückstellungen für Haftungen:

Rückstellungen für Haftungen sind nur dann anzusetzen, wenn eine Inanspruchnahme der Haftung von überwiegender Wahrscheinlichkeit ist. Rückstellungen für Haftungen für Wasser- oder Reinhaltverbände sowie für 100 Prozent Beteiligungen der Gemeinde werden daher kaum zu bilden sein. Generell ist zu sagen, dass die Bildung von Rückstellungen für Haftungen auf Grund der Regelungen der Oö. Finanzgeschäftsverordnung 2012 (Haftungen nur möglich, wenn mindestens 50 Prozent Gemeindebeteiligung) nur in Ausnahmefällen notwendig sein wird.

¹⁵ Abgeleitet von der XLS-Datei (BMF-Homepage) erhalten per Email am 12.12.2016 (christoph.hinterplattner@ooe.gv.at)

Rückstellungen für Pensionen:

Für die Bildung von Rückstellungen für Pensionen der Gemeindebeamten besteht gemäß § 31 VRV 2015 ein Wahlrecht. Auf Grund landesgesetzlicher Regelungen werden die Pensionen von der Pensionsstelle des Landes ausbezahlt. Die Gemeinden leisten sowohl während der Aktivphase, als auch während des Ruhestandes laufende Beiträge. Daher ist aus Sicht der IKD eine Bildung einer Rückstellung für Pensionen nicht erforderlich.

Folgebewertung Rückstellungen:

Die laut Eröffnungsbilanz dargestellten Rückstellungen sind in den Folgejahren jeweils den aktuellen Umständen (Verpflichtungen) anzupassen. Je nachdem ob die Verpflichtungen steigen (Bildung zusätzlicher Rückstellungen) oder ob die Verpflichtungen sinken (Verbrauch, ertragswirksame Auflösung von Rückstellungen) hat eine jährliche Anpassung zu erfolgen. Die entsprechenden Anpassungen sind in der Anlage 6q der VRV 2015 darzustellen.

Betreffend die Bildung von Rückstellungen für Rückstellungen für Treuebelohnungen, Altersteilzeit, Sabbatical, Zeitwertkonto, nicht verbrauchten Zeitausgleich oä. finden noch Diskussionen auf Landesebene statt.

5 Empfehlung zur zeitlichen Abwicklung der VRV 2015

5.1 Notwendige organisatorische Maßnahmen und Vorarbeiten

Um in allen oberösterreichischen Gemeinden eine erfolgreiche Umsetzung der VRV 2015 zu schaffen, wird es vor allem notwendig sein, dass in den Gemeinden möglichst bald mit den Vorarbeiten zur Umstellung der Buchhaltung begonnen wird. Wir halten in diesem Zusammenhang folgende Punkte für sehr wichtig:

➤ **Bildung von Buchhaltungskooperationen bzw. Arbeitskreisen in den Bezirken:**

Ziel sollte es sein, hier bestehendes Fachwissen und bereits von Kollegen gemachte Erfahrungen bestmöglich zu nutzen. Vor allem bei Kleingemeinden erscheint dies auf Grund der knappen Personalressourcen von entscheidender Bedeutung.

➤ **Notwendige EDV-System-Anpassungen:**

Sollte im Zuge der Einführung der VRV 2015 auch ein Umstieg auf ein neues Buchhaltungsprogramm notwendig sein, wird empfohlen, dies sobald als möglich durchzuführen. Überschneidungen zwischen der Umstellung des EDV-Systems und der Einführung der VRV 2015 sollen vermieden werden.

➤ **Festlegung der internen Zuständigkeiten und Organisation der Umstellung:**

Da gerade die Erstellung der Eröffnungsbilanz umfangreiche Vorarbeiten mit sich bringt, sollte zeitgerecht ein Umsetzungsplan in jeder Gemeinde erstellt werden. Vor allem wer und wann welche Aufgaben übernehmen wird, sollte genau definiert werden. Gerade im Bereich der Vermögensbewertung wird eine schrittweise Umsetzung empfohlen.

➤ **Aufbau auf bestehendem Vermögen oder komplette Neubewertung:**

Bei den 4 Pilotgemeinden wurden hier durchaus unterschiedliche Zugänge gewählt, wobei seitens der IKD weder der einen, noch der anderen Vorgehensweise der Vorzug gegeben werden kann. Es erscheint nur wichtig, dass hier zeitnahe eine Entscheidung in eine der beiden Richtungen getroffen wird, damit eventuelle Doppelarbeiten vermieden werden können.

➤ **Bereinigung von Verwahrgeldern und Vorschüssen:**

Im Bereich der voranschlagsunwirksamen Gebarung haben sich bei zahlreichen Gemeinden ungeklärte Geschäftsfälle mit oft kleinen Geldbeträgen angesammelt. Um hier keinen zusätzlichen Aufwand bei der Überleitung zur VRV 2015 zu verursachen, wird empfohlen, sämtliche schließliche Reste detailliert zu prüfen und eventuell notwendige Bereinigungen zeitgerecht durchzuführen.

6 Fragen zum Leitfaden

Ein wichtiger Punkt für eine erfolgreiche Umsetzung der VRV 2015 bzw. einer gelungen Vermögensbewertung wird natürlich auch die Beantwortung ihrer offenen Fragen sein.

Mit den in diesem Leitfaden dargestellten Informationen hoffen wir, viele Fragen vorab beantwortet zu haben. Uns ist aber bewusst, dass viele Fragen bzw. Problemstellungen erst dann auftreten werden, wenn in der Praxis vor Ort mit der Vermögensbewertung begonnen wird.

Um hier eine entsprechende Qualität des Antwortmanagements gewährleisten zu können, haben wir versucht, die AnsprechpartnerInnen für die Gemeinden möglichst breit aufzustellen.

Fragen zur softwaretechnischen Umsetzung:

Diesbezüglich dürfen wir Sie auf ihre EDV-Anbieter verweisen.

Allgemeine Fragen zur Vermögensbewertung:

Erste AnsprechpartnerInnen dazu sind die MitarbeiterInnen in der Gemeindeabteilung ihrer Bezirkshauptmannschaft.

Spezielle Fragen zur Umsetzung der VRV 2015 bzw. Vermögensbewertung:

Direktion Inneres und Kommunales:

Christoph Hinterplattner, M.A.: Telefon: 0732/7720-11467

E-Mail: christoph.hinterplattner@ooe.gv.at

Allgemeine Fragen zur Umsetzung der VRV 2015:

Direktion Inneres und Kommunales:

OAR Peter Pramberger: Telefon: 0732/7720-14353

E-Mail: peter.pramberger@ooe.gv.at

7 Anhang

A.1 Muster-Eröffnungsbilanz

IVAG	AKTIVA	Code	Betrag	IVAG	PASSIVA	Code	Betrag
0	A Langfristiges Vermögen	10	52.990.123,11	0	C Nettovermögen (Ausgleichsposten)	12	39.978.385,11
1	A.I Immaterielle Vermögenswerte	101	0,00	1	C.I Saldo der Eröffnungsbilanz	121	38.163.752,81
2	A.II Sachanlagen	102	43.086.006,92	1	C.II Kumulierte Nettoergebnisse	122	0,00
2	A.II.1 Grundstücke, Grundstückseinrichtungen und Infrastruktur	1021	21.636.956,33	1	C.III Haushaltsrücklagen	123	3.814.632,30
2	A.II.2 Gebäude und Bauten	1022	6.896.702,17	1	C.IV Neuverwertungsrücklagen (Umbewertungskonto)	124	0,00
2	A.II.3 Wasser- und Kanalisationsbauten	1023	11.598.117,65	1	C.V Fremdwährungsumrechnungsrücklagen	125	0,00
2	A.II.4 Sonderanlagen	1024	21.426,31				
2	A.II.5 Technische Anlagen, Fahrzeuge und Maschinen	1025	553.203,93	0	D Sonderposten Investitionszuschüsse (Kapitaltransfer)	13	11.324.863,57
2	A.II.6 Arms-, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1026	664.610,68	1	D.I Investitionszuschüsse	131	11.324.863,57
2	A.II.7 Kulturgüter	1027	39.606,11	2	D.II Investitionszuschüsse von Trägern öffentlichen Rechts	1311	6.294.923,04
2	A.II.8 Gegebene Anzahlungen für Anlagen und Anlagen im Bau	1028	1.676.462,74	2	D.I2 Investitionszuschüsse von Beteiligungen	1312	0,00
				2	D.I3 Investitionszuschüsse von übrigen	1313	5.029.940,53
1	A.III Aktive Finanzinstrumente	103	0,00				
2	A.III.1 Bis zur Endfälligkeit gehaltene Finanzinstrumente	1031	0,00	0	E Langfristige Fremdmittel	14	7.242.358,97
2	A.III.2 Zur Veräußerung verfügbare Finanzinstrumente	1032	0,00	1	E.I Langfristige Finanzschulden, netto	141	5.608.716,44
2	A.III.3 Partecipations- und Hybridkapital	1033	0,00	2	E.I1 Langfristige Finanzschulden	1411	5.608.716,44
2	A.III.4 Derivative Finanzinstrumente ohne Grundgeschäft	1034	0,00	2	E.I2 Langfristige Forderungen aus derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft (-)	1412	0,00
				2	E.I3 Langfristige Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	1413	0,00
1	A.IV Beteiligungen	104	9.882.007,15				
2	A.IV.1 Beteiligungen an verbundenen Unternehmen	1041	9.195.492,61	1	E.II Langfristige Verbindlichkeiten	142	1.496.644,53
2	A.IV.2 Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	1042	0,00	2	E.I1 Langfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1421	0,00
2	A.IV.3 Sonstige Beteiligungen	1043	686.514,54	2	E.I2 Leasingverbindlichkeiten	1422	1.496.644,53
2	A.IV.4 Verbriefte Einrichtungen, die der Kontrolle unterliegen	1044	0,00	2	E.I3 Sonstige langfristige Verbindlichkeiten (veranschlagt)	1423	0,00
1	A.V Langfristige Forderungen	106	22.079,04	1	E.III Langfristige Rückstellungen	143	136.989,08
2	A.V.1 Langfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1061	0,00	2	E.I1 Rückstellungen für Abfertigungen	1431	46.989,00
2	A.V.2 Langfristige Forderungen aus gewährten Darlehen	1062	22.079,04	2	E.I2 Rückstellungen für Jubiläumsgewährungen	1432	0,00
2	A.V.3 Sonstige langfristige Forderungen	1063	0,00	2	E.I3 Rückstellungen für Haftungen	1433	0,00
				2	E.I4 Rückstellungen für Sanierungen von Anlagen	1434	0,00
				2	E.I5 Rückstellungen für Pensionen	1435	89.999,00
				2	E.I6 Sonstige langfristige Rückstellungen	1436	0,00
0	B Kurzfristiges Vermögen	11	5.686.544,98	0	F Kurzfristige Fremdmittel	15	1.131.060,44
1	B.I Kurzfristige Forderungen	111	1.967.904,25	1	F.I Kurzfristige Finanzschulden, netto	151	0,00
2	B.I.1 Kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1111	820.895,55	2	F.I1 Kurzfristige Finanzschulden	1511	0,00
2	B.I.2 Kurzfristige Forderungen aus Abgaben	1112	55.495,24	2	F.I2 Kurzfristige Forderungen aus derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft (-)	1512	0,00
2	B.I.3 Sonstige kurzfristige Forderungen	1113	1.091.513,46	2	F.I3 Kurzfristige Verbindlichkeiten aus derivativen Finanzinstrumenten mit Grundgeschäft	1513	0,00
2	B.I.4 Sonstige kurzfristige Forderungen (nicht voranschlagswirksame Gebarung)	1114	0,00				
1	B.II Vorräte	114	0,00	1	F.II Kurzfristige Verbindlichkeiten	152	917.061,44
2	B.II.1 Vorräte	1141	0,00	2	F.I1 Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1521	520.346,48
2	B.II.2 Gegebene Anzahlungen auf Vorräte	1142	0,00	2	F.I2 Kurzfristige Verbindlichkeiten aus Abgaben	1522	7.726,87
				2	F.I3 Sonstige Verbindlichkeiten	1523	0,00
				2	F.I4 Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten (nicht voranschlagswirksame Gebarung)	1524	388.988,09
1	B.III Liquide Mittel	115	4.718.640,73				
2	B.III.1 Kassa, Bankguthaben, Schecks	1151	904.008,43	1	F.III Kurzfristige Rückstellungen	153	213.999,00
2	B.III.2 Zahlungsmittelreserven	1152	3.814.632,30	2	F.I1 Rückstellungen für Prozesskosten	1531	0,00
				2	F.I2 Rückstellungen für ausstehende Rechnungen	1532	0,00
				2	F.I3 Rückstellungen für nicht konsumierte Urlaube	1533	213.999,00
1	B.IV Aktive Rechnungsabgrenzung	116	0,00	1	F.IV Passive Rechnungsabgrenzung	154	0,00
SU	Summe Aktiva (10 + 11)		59.676.668,09	SU	Summe Passiva (12 + 13 + 14 + 15)		59.676.668,09

A.2 Musterformular Bewertung Gemeindestraßen

(STADT/MARKT)GEMEINDE xxxxxxxxxx

Erfassungsformular Straßenzustandserfassung

Erfassungsdatum:

Blatt:

1/1

Straßenname:

Link-ID:

Länge (m):

Rechts-
Str. & Bsp.:

Breite
(m):

Zustand
1-5:

Bsp. -
verf. Str.

Breite
(m):

Zustand
1-5:

Bsp. -
verf. Str.

Breite
(m):

Zustand
1-5:

Bsp. -
verf. Str.

Breite
(m):

Zustand
1-5:

Bsp. -
verf. Str.

Randbefassung

FAHRBAHN

FAHRBAHN

FAHRBAHN

FAHRBAHN

FAHRBAHN

Randbefassung

LEGENDE

Randstreifen:

1. Gehweg, Gehsteig

2. Radweg

3. GR, Geh- und Radweg

Bauweise:

1. Asphalt

2. Schotter

3. Beton

4. Sonstige Bauweise

Zustand:

1. Keine Schäden

2. Vertiefte tiefe Schäden

3. Verschiebungen



4. Deutliche Schäden, Nutzung beeinträchtigt




5. Starker Schaden, Nutzung beeinträchtigt




Anmerkungen:



z.B. Umkehrspalt (x) bei Link-ID 1234567



A.3 Abbildungen Bewertung Straßen, Gehsteige/Gehwege bzw. Radwege sowie Randeinfassungen


Bewertung Fahrbahn	
Zustandsklasse	Bildinformation
1	
2	

3	
4	
5	

Bewertung Gehsteig/Gehweg bzw. Radweg	
Zustandsklasse	Bildinformation
1	
2	
3	

4			
5			

Bewertung Randeinfassung		
Zustandsklasse	Bildinformation	
1		
3		

5	
---	--

A.4 Musterformular und Anleitung Bewertung Brücken

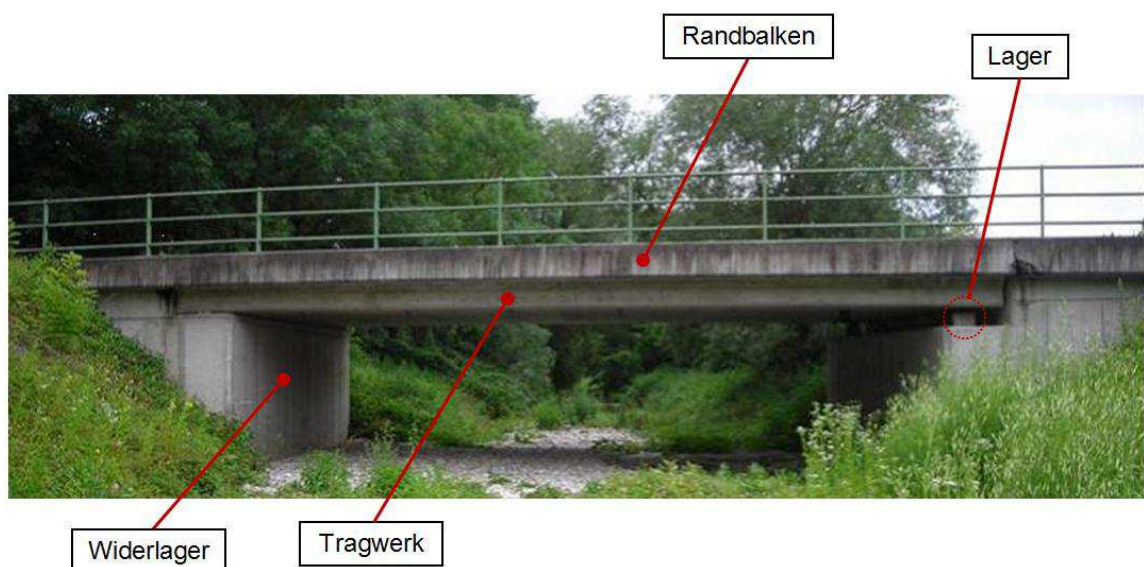
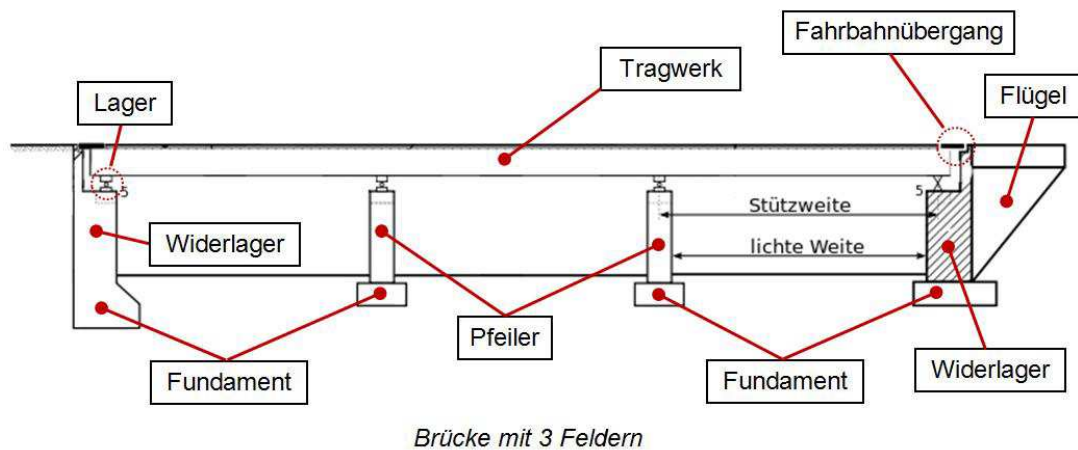
ERHEBUNGSBLATT GEMEINDEBRÜCKEN			
(Brücke = ab einer lichten Weite von mehr als 2,0 m)			
Gemeinde:			Gemeindenummer:
Brückenname:			Brückennummer: *
Brückenobjekt liegt im Zuge der Gemeindestraße		StrName:	GdeStrNr.:
Lageplan bzw. Orthofoto mit Kennzeichnung des Brückenobjektes als Beilage: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein			
Baujahr des Brückenobjektes:		unter der Brücke liegt: *	
Lastbeschränkung vorhanden (J/N):			
<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein wenn ja:			
Gesamtlastbeschränkung * [to]:			
Achslastbeschränkung * [to]:			
Brückengesamtlänge (in Straßenachse) * [m]:			
Breite (senkrecht zur Straßenachse) * [m]:			
Anzahl der Felder: *		größte lichte Weite * [m]:	
Stützweiten * [m]:	/ / / / /		
Material Widerlager: *	Material Tragwerk: *		
<input type="checkbox"/> Beton	<input type="checkbox"/> Beton <input type="checkbox"/> nur Holzkonstruktion		
<input type="checkbox"/> Mauerwerk	<input type="checkbox"/> Stahlträger mit Betonplatte <input type="checkbox"/> Steingewölbe		
<input type="checkbox"/> Steinschlichtung	<input type="checkbox"/> Stahlträger mit Holzbohlen <input type="checkbox"/> einbetonierte Stahlträger		
Lager vorhanden: *	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	Fahrbahnübergänge vorhanden: *	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
Daten erhoben am:		durch (Name):	
* siehe Anleitung		<input type="checkbox"/> ... Zutreffendes ankreuzen	

Anleitung und Erläuterungen zum Erhebungsblatt für Gemeindebrücken¹⁶

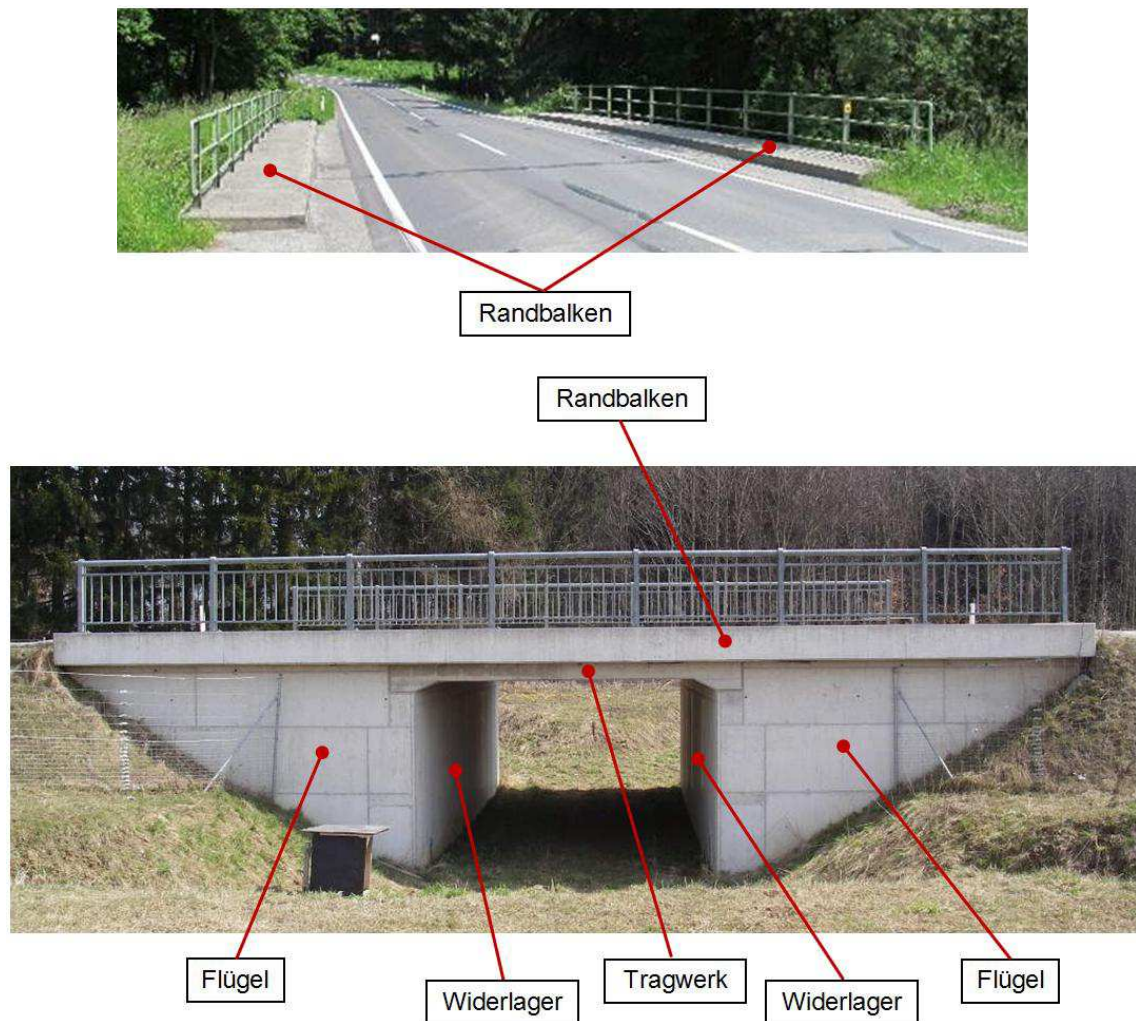
Begriffe aus dem Brückenbau:

Gemäß Definition in den technischen Richtlinien handelt es sich um eine **Brücke**, wenn die lichte Weite (Definition siehe unten) mehr oder gleich 2,0 m beträgt; bei einer lichten Weite unter 2,0 m spricht man von einem „Durchlass“.

BAUTEILE von BRÜCKEN:



¹⁶ Amt der OÖ. Landesregierung, Direktion Straßenbau und Verkehr, Abteilung Brücken- und Tunnelbau, DI Martin Wögerer



Datenfeld „Brückennummer“:

Eine 14-stellige Zahl mit folgender Systematik:

Stelle 1 – 5: Gemeindekennziffer

Stelle 6 – 11: Nummer der Gemeindestraße bzw. des Güterweges
(bei Nummern mit weniger als 6 Stellen davor mit Nullen auffüllen: 3456 -> 003456)

Stelle 12 – 14: eindeutige, laufende Nummer für die jeweilige Brücke in der Gemeinde
(bei laufenden Nummern mit weniger als 3 Stellen davor mit Nullen auffüllen: 5 -> 005)

Beispiele:

Brückennummer 41022 658201 005

Brücke Nr.5 in der Gemeinde mit der Gemeindekennziffer 41022 die im Zuge des Güterweges Nr. 658201 liegt

Brückennummer 41022 000000 023

Brücke Nr.23 in der Gemeinde mit der Gemeindekennziffer 41022; die Nummer der Gemeindestraße, im Zuge der die Brücke liegt, ist nicht bekannt

Datenfeld „unter der Brücke liegt“:

Mögliche Angaben sind:

Fluss, Bach, Straße, Feldweg, Radweg, Weg, ...

Datenfeld „Gesamtlastbeschränkung“:

Falls vorhanden, Angabe einer Gesamtlastbeschränkung in Tonnen



Datenfeld „Achslastbeschränkung“:

Falls vorhanden, Angabe einer Achslastbeschränkung in Tonnen



Datenfeld „Brückengesamtlänge“:

Die Gesamtlänge einer Brücke ist in Straßenachse zu messen

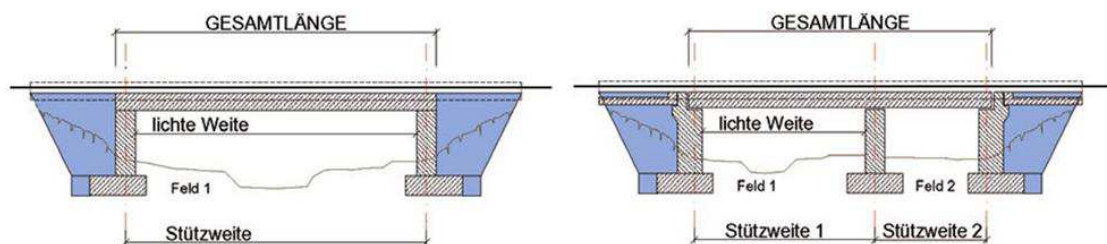
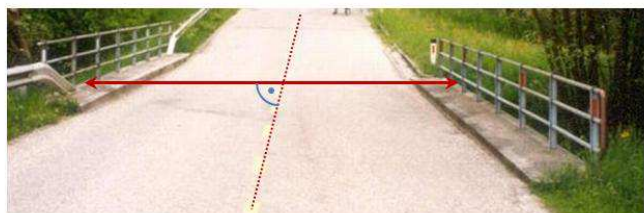
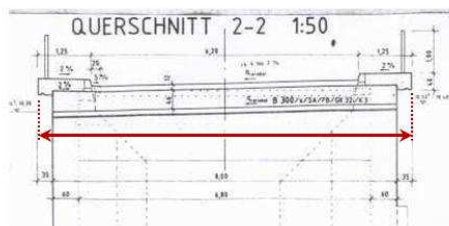


Abbildung 4: Länge an Tragwerken ohne FÜK bzw. Länge an Tragwerken mit FÜK

Datenfeld „Breite“:

Die Breite einer Brücke ist die Länge von Außenkante Randbalken bis zur Außenkante Randbalken gemessen senkrecht zur Straßenachse.



Datenfeld „Anzahl der Felder“:

Anzahl der Felder, die ein Brückenobjekt besitzt; Brückenobjekt mit nur den beiden Widerlagern und keinen Pfeilern besitzen 1 Feld; Brückenobjekte mit den beiden Widerlagern und 1 Pfeiler besitzen 2 Felder; usw.

Datenfeld „größte lichte Weite“:

Die lichte Weite ist rechtwinklig zwischen den Widerlagern zu messen (bei 1-feldrigen Brücken).

Bei mehrfeldrigen Brücken ist die lichte Weite (ebenfalls rechtwinklig zum Widerlager bzw. Pfeiler) des größten Feldes anzugeben (siehe Grundrisskizzen).

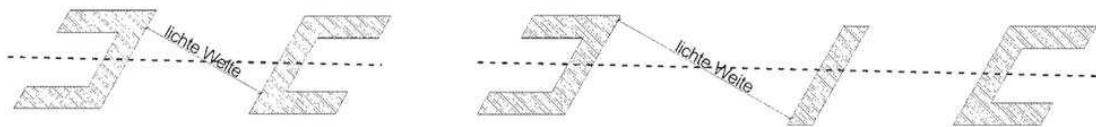
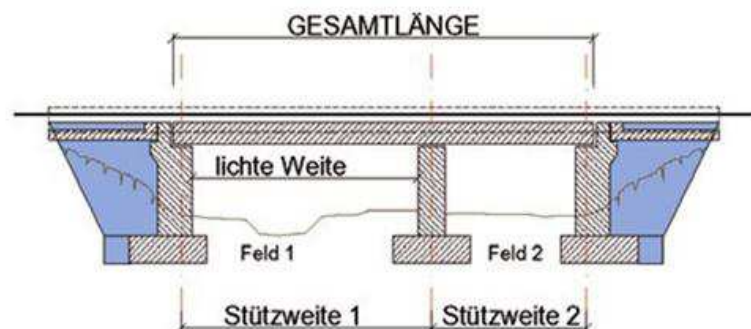


Abbildung 5: Lichte Weite (einfeldrig bzw. mehrfeldrig)

Datenfeld „Stützweiten“:

Angabe der einzelnen Stützweiten bei Brücken mit mehreren Feldern (gemessen in Straßenachse)

**Datenfeld „Material Widerlager“:**

Beispiele für verschiedene Widerlagermaterialien:

Beton



Mauerwerk



Datenfeld „Material Tragwerk“

Beispiele für die verschiedenen Tragwerksmaterialien:

Beton:



Stahlträger mit Betonplatte:



Stahlträger mit Holzbohlenbelag:



Reine Holzkonstruktion:



Steingewölbe:



Einbetonierte Walzträger (WIB-Tragwerk):



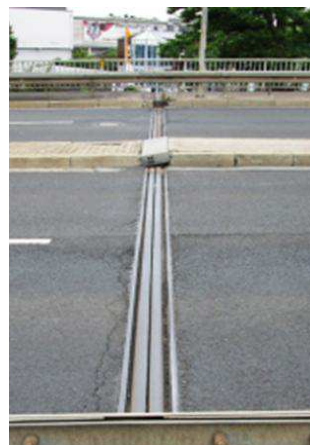
Datenfeld „Lager vorhanden“:

Beispiele für Brückenlager:



Datenfeld „Fahrbahnübergänge vorhanden“:

Ein Fahrbahnübergang (FBÜG) oder Fahrbahnübergangskonstruktion (FÜK) ist eine Konstruktion, die an Tragwerksenden eingebaut ist, um u.a. die Längenänderungen des Tragwerks aus den Temperaturunterschieden aufzunehmen.



A.5 Erfassung von Investitionszuschüssen für einen Gebäudeneubau

FORMULAR 1						
Erfassung von Investitionszuschüssen für Gebäudeneubau für Eröffnungsbilanz gemäß VRV 2015						
Bezeichnung Gebäude	VS Musterschule					
Gesamtinvestitionskosten	€ 1.000.000	Kosten in Prozent				
Investitionskosten Gebäude	€ 900.000	90,00%				
Investitionskosten Einrichtung	€ 100.000	10,00%				
Zeitpunkt Inbetriebnahme	01.01.2015					
Erhaltene Investitionszuschüsse						
	Gesamt	2015	2016	2017	2018	2019
BZ-Mittel	€ 250.000	€ 50.000	€ 50.000	€ 50.000	€ 50.000	€ 50.000
Landeszuschuss	€ 300.000	€ 60.000	€ 60.000	€ 60.000	€ 60.000	€ 60.000
Bundesmittel	€ 100.000			€ 100.000		
Gesamt	€ 650.000					
Aufteilung Investitionszuschüsse auf Vermögenskategorien						
	Gesamt	2015	2016	2017	2018	2019
Investitionszuschüsse						
BZ- Mittel Gebäude	€ 225.000	€ 45.000	€ 45.000	€ 45.000	€ 45.000	€ 45.000
BZ- Mittel Einrichtung	€ 25.000	€ 5.000	€ 5.000	€ 5.000	€ 5.000	€ 5.000
Landeszuschuss Gebäude	€ 270.000	€ 54.000	€ 54.000	€ 54.000	€ 54.000	€ 54.000
Landeszuschuss Einrichtung	€ 30.000	€ 6.000	€ 6.000	€ 6.000	€ 6.000	€ 6.000
Bundesmittel Gebäude	€ 90.000	€ 0	€ 0	€ 90.000	€ 0	€ 0
Bundesmittel Einrichtung	€ 10.000	€ 0	€ 0	€ 10.000	€ 0	€ 0
Gesamt	€ 650.000					

A.6 Erfassung von Investitionszuschüssen für eine Gebäudesanierung

FORMULAR 2		Erfassung Investitionszuschüsse Sanierung Volksschulgebäude	
Gemeinde errichtet ein Volksschulgebäude und nimmt dieses im 1. Halbjahr 1988 in Betrieb.			
Herstellungskosten:	Euro	3.000.000	
Fördermittel (Drittelfinanzierung BZ, LZ und Gemeindeeigenmittel):			
Bedarfszuweisungen:	Euro	1.000.000	
Landeszuschuss:	Euro	1.000.000	
Nutzungsdauer Schulgebäude: 40 Jahre			
1. Ermittlung Restbuchwert Aktiva per 31.12.2017:			
Einrichtung ist bereits vollständig abgeschrieben.			
kum. AFA:	3.000.000 / 40 x 30 =	Euro	2.250.000 (jährlich 75.000)
Restbuchwert:		Euro	750.000
2. Ermittlung Restbuchwert Investitionszuschuss Bedarfszuweisungen per 31.12.2017:			
1.000.000 / 40 x 30 =	Euro	750.000 (jährlich 25.000)	
Restbuchwert:	Euro	250.000	
3. Ermittlung Restbuchwert Investitionszuschuss Landeszuschuss per 31.12.2017:			
1.000.000 / 40 x 30 =	Euro	750.000 (jährlich 25.000)	
Restbuchwert;	Euro	250.000	
Im Jahr 2017 erfolgt eine Generalsanierung samt Zubau. Inbetriebnahme der sanierten VS erfolgt im 1. Halbjahr 2018.			
Herstellungskosten Gebäude:	Euro	900.000	
Anschaffungskosten Einrichtung:	Euro	100.000	
Fördermittel (Förderquote 70 Prozent):			
Bedarfszuweisungen Gebäude:	Euro	315.000	
Bedarfszuweisungen Einrichtung:	Euro	35.000	
Landeszuschuss Gebäude:	Euro	315.000	
Landeszuschuss Einrichtung:	Euro	35.000	
FinPlan:		2018	2019
		2020	
Bedarfszuweisungen Gebäude:	€ 115.000	€ 100.000	€ 100.000
Bedarfszuweisungen Einrichtung:	€ 15.000	€ 10.000	€ 10.000
Landeszuschuss Gebäude:	€ 115.000	€ 100.000	€ 100.000
Landeszuschuss Einrichtung:	€ 15.000	€ 15.000	€ 10.000
4. Abschreibung Gebäude im Jahr 2018:			
Restbuchwert:	Euro	750.000	
Herstellungskosten 2018:	Euro	900.000	
Berechnungsbasis:	Euro	1.650.000	
Investition übersteigt Restbuchwert, daher Beginn neue Nutzungsdauer (40 Jahre)			
AFA:	1.650.000 / 40 =	Euro	41.250
5. Abschreibung Einrichtung (Nutzungsdauer 10 Jahre) im Jahr 2018:			
AFA:	100.000 / 10 =	Euro	10.000
6. Ertragsmäßige Auflösung Investitionszuschuss Bedarfszuweisungen Gebäude:			
2018 Berechnungsbasis:	250.000		
	115.000		
	365.000		
365.000 / 40 =		€ 9.125	(eigenes Konto)
2019 Berechnungsbasis:	100.000		
100.000 / 39 =		€ 2.564	(eigenes Konto)
2020 Berechnungsbasis:	100.000		
100.000 / 38 =		€ 2.632	(eigenes Konto)
Kontierung: 3011 KTZ von Ländern (BZ)			

7. Ertragsmäßige Auflösung Investitionszuschuss Landeszuschuss Gebäude:				
2018	Berechnungsbasis:	250.000		
		115.000		
		365.000		
	365.000 / 40 =		9.125	(eigenes Konto)
2019	Berechnungsbasis:	100.000		
	100.000 / 39 =		2.564	(eigenes Konto)
2020	Berechnungsbasis:	100.000		
	100.000 / 38 =		2.632	(eigenes Konto)
3010 KTZ von Ländern, Landesfonds und Landeskammern (LZ)				
8. Ertragsmäßige Auflösung Investitionszuschuss Bedarfszuweisungen Einrichtung:				
2018	Berechnungsbasis:	15.000		
	15.000 / 10 =		1.500	(eigenes Konto)
2019	Berechnungsbasis:	10.000		
	10.000 / 9 =		1.111	(eigenes Konto)
2020	Berechnungsbasis:	10.000		
	10.000 / 8 =		1.250	(eigenes Konto)
Kontierung: 3011 KTZ von Ländern (BZ)				
9. Ertragsmäßige Auflösung Investitionszuschuss Landeszuschuss Einrichtung:				
2018	Berechnungsbasis:	15.000		
	15.000 / 10 =		1.500	(eigenes Konto)
2019	Berechnungsbasis:	10.000		
	10.000 / 9 =		1.111	(eigenes Konto)
2020	Berechnungsbasis:	10.000		
	10.000 / 8 =		1.250	(eigenes Konto)
3010 KTZ von Ländern, Landesfonds und Landeskammern (LZ)				

A.7 Pauschale Nacherfassung der Investitionszuschüsse im Straßenbau

FORMULAR 3 - Nacherfassung sämtlicher eingenommener Investitionszuschüsse Straßenbau (Ansätze 612, 616 und ev. 710 ländlicher Wegebau) ausgenommen Investitionszuschüsse für Projekte, die zu Anschaffungskosten bewertet werden.									
Jahr	Landeszuschüsse	Bedarfszuweisungsmittel	Beiträge Nachbargemeinden	Interessentenbeiträge	Abschließungsbeiträge	Infrastrukturkostenbeiträge	Bundsmittel (z.B. Mat-Fonds)	Beiträge von Unternehmen	Gesamt
1974	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1975	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1976	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1977	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1978	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1979	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1980	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1981	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1982	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1983	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1984	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1985	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1986	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1987	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1988	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1989	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1990	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1991	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1992	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1993	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1994	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1995	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1996	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1997	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1998	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
1999	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2000	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2001	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2002	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2003	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2004	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2005	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2006	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2007	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2008	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2009	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2010	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2011	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2012	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2013	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2014	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2015	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2016	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2017	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2018	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2019	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Gesamt	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €

Vorgangsweise:																																																	
Schritt 1:	Sämtliche Vermögenskonten zum Thema Straßenbau sind auf der Aktivseite der Bilanz fertig zu bewerten.																																																
Schritt 2:	Ermittlung der Gesamtsumme der fiktiven Anschaffungskosten sämtlicher Vermögenskonten Straßenbau																																																
Aus den Rechnungsabschlüssen der Jahre 1973 bis 2019 sind mit Hilfe der oogen Aufteilung sämtliche Investitionszuschüsse (ausgenommen Projekte die zu AK bewertet werden) herauszusuchen und oben einzutragen. Dazu zählen jedenfalls alle Einnahmen ausgenommen Straßengelder, Parkgebühren und Vergütungen o.ä. Zu berücksichtigen sind zudem auch erhaltene Katastropherfondsmittel des Bundes bzw. des Landes. Weiters sind Verbindungen von Einnahmen auf früheren Ansätzen, bspw. 664 und 665, zu berücksichtigen.																																																	
Schritt 3:																																																	
Schritt 4:	Mit der unten stehenden Formel ist die Kapitaltransferquote (Prozentwert mit dem der Straßenbau aus Investitionszuschüssen finanziert wurde) zu ermitteln.																																																
Schritt 5:	Jedem Vermögenskonto im Straßenbau ist auf der Passivseite ein Investitionszuschuss in Höhe der Kapitaltransferquote gegenüber zu stellen. Die Auflösung des Investitionszuschusses erfolgt auf die Restrukturierungsdauer des Vermögenskontos.																																																
	Für die pauschale nachverfassten Investitionszuschüsse ist das Konto 3074 KTZ pauschale Erfassung Straße/bau zu verwenden.																																																
<table border="1"> <tr> <td>Berechnung Kapitaltransferquote:</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Summe sämtlicher fiktiver AK Pauschalbewertung</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>0,00 €</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>Summe sämtlicher Investitionszuschüsse Zeile J 53</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>0,00 €</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="4">ø Kapitaltransferquote</td> <td colspan="6">#DIV/0!</td> </tr> </table>										Berechnung Kapitaltransferquote:										Summe sämtlicher fiktiver AK Pauschalbewertung				0,00 €						Summe sämtlicher Investitionszuschüsse Zeile J 53				0,00 €						ø Kapitaltransferquote				#DIV/0!					
Berechnung Kapitaltransferquote:																																																	
Summe sämtlicher fiktiver AK Pauschalbewertung				0,00 €																																													
Summe sämtlicher Investitionszuschüsse Zeile J 53				0,00 €																																													
ø Kapitaltransferquote				#DIV/0!																																													
Schritt 5 im Detail																																																	
Gemeindestraßen + Gehsteige entlang Gemeindestraßen + Radwege entlang Gemeindestraßen + Parkplätze auf Basis Zustandsbewertung																																																	
1. Auf Basis der abgeschlossenen Vermögensbewertung auf der Aktivseite sind sämtliche fiktive Anschaffungskosten zu addieren, die die gleiche Zustandsbewertung haben.																																																	
Zustand 1	fiktive Anschaffungskosten	Kapitaltransferquote	Investitionszuschuss	Restrukturierungsdauer	Inbetriebnahmedatum																																												
	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	45 Jahre	01.01.2014																																												
Zustand 2	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	35 Jahre	01.01.2004																																												
Zustand 3	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	25 Jahre	01.01.1984																																												
Zustand 4	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	10 Jahre	01.01.1973																																												
Zustand 5	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	5 Jahre	01.01.1974																																												
Für die in den gelb markierten Zeilen ausgewiesenen Werte ist jeweils 1 Vermögenskonto mit der entsprechenden RNO anzulegen																																																	
Güterwege + Gehsteige entlang von Güterwegen + Radwege entlang von Güterwegen + Parkplätze																																																	
1. Auf Basis der abgeschlossenen Vermögensbewertung auf der Aktivseite sind sämtliche fiktive Anschaffungskosten zu addieren, die die gleiche Zustandsbewertung haben.																																																	
Zustand 1	fiktive Anschaffungskosten	Kapitaltransferquote	Investitionszuschuss	Restrukturierungsdauer	Inbetriebnahmedatum																																												
	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	45 Jahre	01.01.2014																																												
Zustand 2	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	35 Jahre	01.01.2004																																												
Zustand 3	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	25 Jahre	01.01.1984																																												
Zustand 4	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	10 Jahre	01.01.1973																																												
Zustand 5	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	5 Jahre	01.01.1974																																												
Für die in den gelb markierten Zeilen ausgewiesenen Werte ist jeweils 1 Vermögenskonto mit der entsprechenden RNO anzulegen																																																	
Randbefassungen																																																	
1. Auf Basis der abgeschlossenen Vermögensbewertung auf der Aktivseite sind sämtliche fiktive Anschaffungskosten zu addieren, die die gleiche Zustandsbewertung haben.																																																	
Zustand 1	fiktive Anschaffungskosten	Kapitaltransferquote	Investitionszuschuss	Restrukturierungsdauer	Inbetriebnahmedatum																																												
	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	45 Jahre	01.01.2014																																												
Zustand 3	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	25 Jahre	01.01.1984																																												
Zustand 5	0,00	#DIV/0!	#DIV/0!	5 Jahre	01.01.1974																																												
Für die in den gelb markierten Zeilen ausgewiesenen Werte ist jeweils 1 Vermögenskonto mit der entsprechenden RNO anzulegen																																																	
Brücken																																																	
Für jede einzelne Brücke ist auf Basis der fiktiven Anschaffungskosten und der berechneten Kapitaltransferquote ein Investitionszuschuss zu berechnen (Berechnung = Anschaffungskosten * Kapitaltransferquote). Die Restrukturierungsdauer ist individuell der Restrukturierungsdauer des Vermögenskontos festzusetzen.																																																	

A.8 Erfassung der Investitionszuschüsse für Wasser- und Kanalbauten

Bauabschnitt Nr. oder Bezeichnung	1					
Gesamtinvestitionskosten	€ 1.000.000					
Barwert Tilgungszuschuss oder Investitionszuschuss	€ 250.000					
Landesförderung oder erlassenes Investitionsdarlehen	€ 50.000					
Interessentenbeiträge	€ 100.000					
Aufschließungsbeiträge	€ 25.000					
Infrastrukturkostenbeiträge	€ 25.000					
Beiträge Nachbargemeinden	€ 50.000					
davon	Investitionskosten je Kategorie	Investitionskosten in Prozent	Bundeszuschuss je Kategorie	Landesförderung je Kategorie	Beiträge von Privaten (Interessenten-, Aufschließungs- und Infrastrukturkostenbeiträge)	Beiträge Nachbargemeinden
Kanal baulich	€ 400.000	40,00%	€ 100.000	€ 20.000	€ 60.000	€ 20.000
Kanal maschinell/elektrisch	€ 120.000	12,00%	€ 30.000	€ 6.000	€ 18.000	€ 6.000
Kläranlage baulich	€ 200.000	20,00%	€ 50.000	€ 10.000	€ 30.000	€ 10.000
Kläranlage maschinell/elektrisch	€ 180.000	18,00%	€ 45.000	€ 9.000	€ 27.000	€ 9.000
Pumpwerk baulich	€ 40.000	4,00%	€ 10.000	€ 2.000	€ 6.000	€ 2.000
Pumpwerk maschinell/elektrisch	€ 60.000	6,00%	€ 15.000	€ 3.000	€ 9.000	€ 3.000
Gesamt	€ 1.000.000	100,00%	€ 250.000	€ 50.000	€ 150.000	€ 50.000
Darstellung in Eröffnungsbilanz	Vermögenskonto Aktiva		Investitionszuschuss 1 Passiva	Investitionszuschuss 2 Passiva	Investitionszuschuss 3 Passiva	Investitionszuschuss 4 Passiva

A.9 Nutzungsdauertabelle für OÖ

Die zusätzlich gelb markierten Nutzungsdauern wurden mit den entsprechenden Fachabteilungen bzw. ExpertInnen abgestimmt und geben die tatsächliche wirtschaftliche Nutzungsdauer wieder. Diese sind jedenfalls mit § 19 Abs. 10 VRV 2015 zu begründen.

Bezeichnung	Kurztext Bezeichnung	Nutzungsdauer in Jahren
GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSEINRICHTUNGEN, GEBÄUDE		
Unbebaute Grundstücke	Unbeb. Grundstücke	
Unbebaute Grundstücke		-
Sonstige unbebaute Grundstücke		-
Unbebaute Grundstücke mit Wertverlust durch Abbau		Abschreibung nach Abbau
Bebaute Grundstücke	Bebaute Grundstücke	
Bebaute Grundstücke		-
Zu Sonderanlagen gehörende Grundstücke		-
Bebaute Grundstücke mit Wertverlust durch Abbau		Abschreibung nach Abbau
Grundstücke zu Grundstückseinrichtungen		-
Parks, Grünflächen, land- und forstwirtschaftliche Grundstücke	Parks/Grünflächen	
Landwirtschaftliche und gärtnerisch genutzte Grundstücke		-
Forstwirtschaftlich genutzte Grundstücke		-
Straßen-, Schienen-, Flug-, Hafenanlagen, Wege, Plätze, Brücken, Tunnel, Trogbauwerke	Grundstückseinrichtung	
Straßen-, Schienen-, Flug-, Hafenanlagen, Wege, Plätze		33
Sonstige Straßen (unbefestigte Straßen, Schotterstraßen, etc.)		10
Gemeindestraßen und Güterwege asphaltiert (OÖ)		50
Tunnel, Brücken, Trogbauwerke		70
Stahlbrücken		40
Brücken (Holzkonstruktion)		20
Brücken (Mauerwerk oder Beton)		40
Brücken aller Art – außer Holzkonstruktion (OÖ)		70
Steganlagen (zB. bei Wanderwegen) (OÖ)		33
Straßenbeleuchtung (OÖ)		33
Gemauerte Zäune		33
Gitterzäune		20
Bretterzäune, sonstige Umzäunungen		10
Bänke, Holz, Metall, Kunststoff		10
Bänke, Stein, Mauerwerk		25
Orientierungssysteme/ Schilderbrücken, Ampelanlagen		15
Spiel- und Sportanlagen		33
Hart- und Tennisplätze, Funccourt, Beachvolleyballanlage, Skateranlage (OÖ)		15
Anlagen zur Abwasserentsorgung		
Kanal baulich		50

Kanal maschinell/elektrisch		13
Kläranlage baulich		25
Kläranlage maschinell/elektrisch		13
Pumpwerk baulich		25
Pumpwerk maschinell/elektrisch		13
Anlagen zur Wasserversorgung		
Brunnen, Hochbehälter, Pumpwerke baulich		33
Brunnen, Hochbehälter, Pumpwerke Installationen/Elektrik		13
Wasserleitungen		33
Wasseraufbereitung		20
Fernwirkanlagen		10
Anlagen zum Hochwasserschutz		
Schutzwasserbauliche Maßnahmen (Dämme, Mauern, Rückhaltebecken etc)		80
Ingenieurblogische Verbauten sowie Holzbauwerke		40
Stahlwasserbau		40
Hochwasserpumpwerk baulich		25
Hochwasserpumpwerk maschinell/elektrisch		13
Gebäude und Bauten	Gebäude/Bauten	
Massivbauten		50
Feuerwehrrzeughaus, Musikheim, Bauhof, Amtsgebäude, Veranstaltungszentrum, Aufbahrungshalle (OÖ)		50
Schule, Kindergarten, Krabbelstube, Hortgebäude, Musikschule, Alten- und Pflegeheim (OÖ)		40
Freibadgebäude, Hallenbad, Sportkabinengebäude, Eislaufhalle, Tennishalle, Stockschießhalle, Tribünenanlage (OÖ)		30
Gemeindewohnungen (OÖ)		67
Sonstige Gebäude und Bauten	Sonstige Gebäude/Bauten	
Garagen, Glashäuser, Magazine		40
Hütten, ortsfeste Baracken, Stallungen, Haltestellen, Buswartehaus (OÖ)		20
Sonstige Bauwerke, Grundstückseinrichtungen und Sonderanlagen ua. Öffentliche WC-Anlage, Löschteich, Löschwasserbehälter, Lärmschutzwand, Urnenmauer, Buswartehaus, Heizwerk (Nah-/Fernwärme) (OÖ)		33
Sonstige Bauwerke, Grundstückseinrichtungen und Sonderanlagen – Busterminal (OÖ)		40
Hallen (Eislauf-, Reit-, Lagerhallen)		40
Hallenbäder		40
Kunsteisbahnen (Lauffläche und Rohrleitungen)		10
Anlagen im Bau Grundstücke, Grundstückseinrichtungen	AiB Grundstücke	
AiB Grundstücke und Grundstückseinrichtungen		-
AiB Sonderanlagen		-
Anlagen im Bau Gebäude	AiB Gebäude	
AiB Gebäude und Bauten in Eigenregie		-
AiB Gebäude und Bauten durch Dritte		-
EINRICHTUNGSGEGENSTÄNDE		
Möbel	Möbel	
Möbel (inkl. Sitz- und Stilmöbel)		10
Panzerschränke, Tresore, Stahlkassen, Stahlschränke		25
Sonstige Einrichtungsgegenstände	Sonst. Einrichtungen	

Bodenbelag und Wandverkleidungen		5
Einrichtungs- und Ausstattungsgegenstände		10
Kunstgegenstände		-
Heizungen	Heizungen	
Heizungsanlagen, Photovoltaikanlagen		15
Mobile Heizgeräte		10
Rohrnetze Wärme		33
Sicherheitseinrichtungen	Sicherheitseinricht.	
Feuerbekämpfungsanlagen und -geräte		5
Rettungseinrichtungen, -mittel, Schutz- und Sicherheitseinrichtungen, Einrichtungen für Schutzräume, Alarm- und Überwachungsanlagen, Taktils Leitsystem (OÖ)		10
Wasseraufbereitungsanlagen		10
Sanitäre Anlagen	Sanitäre Anlagen	
Sanitäre Anlagen		10
Rohrnetze Wasser		33
Solaranlage		20
FAHRZEUGE		
Kraftfahrzeuge	Kraftfahrzeuge	
Personenkraftwagen		8
Autobusse, Mehrzweckfahrzeuge und Lieferwagen, Motorräder, Lastkraftwagen, Zugmaschinen und Traktoren, Lastkraftwagenanhänger, Tieflader		10
Sonstige Beförderungsmittel		10
Wasserfahrzeuge und schwimmende Anlagen	Wasserfahrzeuge	
Wasserfahrzeuge und schwimmende Anlagen		15
Luftfahrzeuge	Luftfahrzeuge	
Luftfahrzeuge		15
Schienenfahrzeuge	Schienenfahrzeuge	
Schienenfahrzeuge		25
Feuerwehreinsatzfahrzeuge gemäß Beschaffungsprogramm LFK OÖ – bspw. KLF, LFB, TLF, RLF etc. (OÖ)		mind. 25
Feuerwehreinsatzfahrzeuge KDO und MTF (OÖ)		15
MASCHINEN UND MASCHINELLE ANLAGEN		
Elektronische Maschinen	Elektron. Maschinen	
Großrechnersysteme, Server-, Netzwerk- und Kommunikationssysteme einschließlich der erforderlichen Komponenten	Großrechnersysteme	7
Langzeitspeichersysteme	Langzeitspeicher	10
Arbeitsplatzausstattung	Arbeitsplatzausst.	4
Sonstige elektronische Maschinen und Büromaschinen, Postabfertigungsmaschinen, Registrierkasse (OÖ)	Sonst.elekt.r.Masch.	8
Homepage (OÖ)		3
Motoren und Turbinen	Motoren/Turbinen	
Motoren, Generatoren, Turbinen		10
Dampfmaschinen		15
Kompressoren und Pumpen (ausgenommen Mess- und Verteilerpumpen)	Kompressoren/ Pumpen	
Kompressoren und Pumpen (ausgenommen Siedlungswasserbau)		10

Metallbearbeitungsmaschinen	Metallbearb.Masch.	
Metallbearbeitungsmaschinen		10
Spezialmaschinen für industrielle Zwecke	Indust. Maschinen	
Spezialmaschinen für industrielle Zwecke		10
Bau-, Bergbau-, Aushub- und ähnliche Maschinen	Baumaschinen	
Bau-, Bergbau-, Aushub- und ähnliche Maschinen		10
Straßenkehrmaschinen, Streufahrzeuge, Winterdienstmaschinen, Streugerät, Schneepflug (OÖ)		10
Landwirtschaftliche Maschinen und maschinelle Einrichtungen	Landw. Maschinen	
Landwirtschaftliche Maschinen und maschinelle Einrichtungen (ausgenommen Traktoren)		10
Sonstige Maschinen und maschinelle Einrichtungen	Sonstige Maschinen	
Sonstige Maschinen und maschinelle Einrichtungen, Frontlader (OÖ)		10
Ausrüstungen für die Übertragung mechanischer Kraft	Übertr. mech. Kraft	
Ausrüstungen für die Übertragung mechanischer Kraft		10
GERÄTE, INSTRUMENTE, APPARATE UND WERKZEUGE		
Lüftungs- und Kühleinrichtungen	Lüftung/Kühlung	
Lüftungs- und Kühleinrichtungen		10
Verteilungs- und Kontrolleinrichtungen für elektrische und elektronische Anlagen	Elektr. Anlagen	
Transformatoren und Gleichrichter (mit und ohne Schaltgeräten) Notstromaggregate, Stromgeneratoren, – umformer		20
Schaltgeräte, Elektrische und elektronische Steuereinrichtungen für die Industrie und sonstige elektrische Verteil- und Steuerapparate, E-Ladestationen (OÖ)		15
Galvanische Stromquellen		13
Fördergeräte für Material, Hebezüge und Aufzüge	Fördergeräte	
Fördergeräte, Krane mit festem und beweglichem Ausleger, sonstige Transportgeräte (ausgenommen Fahrzeuge), Seilbahnen		15
Hebezüge, Bockwinden, Winden, Haspel, Personenaufzüge		10
Werkzeuge und Geräte	Werkzeuge/Geräte	
Werkzeuge und Geräte		8
Antennen- Fahnenmasten		9
Spiel- und Sportgeräte		10
Musikinstrumente		20
Sprungtürme, Sprungbretter in Frei- und Hallenbädern		15
Glocken		100
Mess- und Kontroll-, Laboratoriums-, optische und andere dazugehörige Instrumente, Apparate und Ausrüstungen	Mess-/Kontrollinstr.	
Messgeräte und Messeinrichtungen, Physikalische Versuchs- und Kontrolleinrichtungen, Technische Instrumente, Apparate und Ausrüstungen, Radar, Geschwindigkeitsmessgerät (OÖ)		12
Laboratoriumsinstrumente und Apparate, Optische Apparate und Instrumente, sonstige Instrumente, Apparate und Ausrüstungen		10
Medizinische und verwandte Instrumente, Apparate und Ausrüstungen	Med. Ausrüstung	
Medizinische und verwandte Instrumente, Apparate und Ausrüstungen		10
Fotografische Apparate, Geräte und Ausrüstungen	Fotogr. Ausrüstung	

Filmtechnische Einrichtungen, Geräte zum Entwickeln und Fertigstellen, sonstige photographische Apparate, Geräte und Ausrüstungen		6
Einrichtungen für Bilder		5
Telekommunikationseinrichtungen	Telekommunikation	
Telefonanlagen, Elektroakustische Anlagen, Rohrposteinrichtungen, drahtlose Übertragungseinrichtungen für Ton, Bild und Schrift, Mobiltelefone (OÖ)		5
Glasfaseranschluss bei Nichtaktivierung bei Gebäuden (OÖ)		20
Ultra-Kurzwellenferntastung		15
Küchen- und Haushaltsgeräte	Küche/Haushalt	
Kochgeräte, Kochgeschirr und Geschirr zur Essenszubereitung und Aufbewahrung von Lebensmitteln, Küchen- und Tischbestecke		5
Küchengeräte, verschiedene Haushaltsgeräte		10
Sonstige Betriebseinrichtungen	Sonst. Betriebseinr.	
Einrichtungen für Instandhaltung bzw. Reparatur von KFZ, Waagen, Schuhreparatureinrichtungen		10
Tankanlagen		20
Container, Tanks, Sonstige Betriebseinrichtungen, Schaukasten, Info-Point (OÖ)		10
Beschallungs-, Beleuchtungs-, Beregnungs-, Bühnenanlagen, Automaten		10
Räucheranlagen (Schlachthof)		20
Bade-/Schwimmbecken, Beton, Metall		30
Bade-/Schwimmbecken, Kunststoff		15
BEKLEIDUNG, SPEZIALAUSRÜSTUNG, WÄSCHE UND BETTZEUG		
Bekleidung	Bekleidung	
Kopfbedeckung		5
Spezialbekleidung		10
Dienstkleidung, Arbeits- und Schutzkleidung, Fußbekleidung und sonstige Bekleidung		3
Spezialausrüstung	Spezialausrüstung	
Spezialausrüstung		10
Feuerwehreinsatzausstattung (OÖ)		10
Wäsche und Bettzeug	Wäsche/Bettzeug	
Wäsche und Bettzeug		3
TIERHALTUNG		
Tierhaltung	Tierhaltung	
Tiere		-
SAMMLUNGEN		
Sammlungen	Sammlungen	
Archive, Sammlungen, Bibliotheken, Schulbücherei		-
Lehrmittel		5
SONSTIGES INVENTAR		
Sonstiges Inventar	Sonstiges Inventar	
Sonstiges Inventar (nicht zuordenbar)		5
IMMATERIELLE ANLAGEN		
Rechte	Rechte	

Befristete dingliche Rechte		nach vertragl. Vereinbarung/ beabsichtigter wirtschaftlicher Nutzung
Unbefristete dingliche Rechte		-
Lizenzen	Lizenzen	
Lizenzen (ausgenommen Software-Lizenzen)		nach vertragl. Vereinbarung/ beabsichtigter wirtschaftlicher Nutzung
Software	Software	
Software (aus Kauf oder Lizenz)		nach vertragl. Vereinbarung/ beabsichtigter wirtschaftlicher Nutzung
ABFALLWIRTSCHAFT		
Sonderanlagen		
Altstoffsammelzentren (Massiv- oder Leichtbauten plus befestigte Flächen) ohne Betriebseinrichtung		25
Deponiekörper		Abschreibung nach Verfüllung
Bauliche (technische) Einrichtungen der Deponie (Sickerwasserfassung, Gasbrunnen, ...)		25
Befestigte offene Mietenkompostierungsanlagen		15
Technische Anlagen und Maschinen		
Z. B. Schredder, Siebanlagen, Magnetabscheider, Windsichter, Kompostmietenumsetzer, Fördertechnik, Presseinrichtungen, Ablufttechnik, Hydraulikanlagen, Kompressoren, Waschanlagen, Hebebühnen, Sickerwasserpumpen, Sickerwasserreinigung.		10
Amts-, Betriebs- und Geschäftsausstattung		
Container (Abroll-, Absetz- und Presscontainer)		8
Abfallsammelbehälter (60 l, 90 l, 120 l, 240 l, 770 l, 1100 l, 2200 l, 4400 l, etc.)		8

8 Danke!

Der vorliegende Leitfaden zur Vermögensbewertung wurde im Rahmen des Umsetzungsprojektes zur VRV 2015 von der Direktion Inneres und Kommunales, Referat Haushaltswesen, erarbeitet.

Unser Dank gilt den Mitarbeitern des Projektteams, die durch ihre fachliche Kompetenz und ihr hohes persönliches Engagement dazu beigetragen haben, dass der vorliegende Leitfaden den Oö. Gemeinden zur Verfügung gestellt werden kann.

Projektleiter: Peter Pramberger (IKD)

Projektleiter-Stellvertreter.: Mag. Markus Wiesinger (IKD)
Christoph Hinterplattner, M.A. (IKD)

Projektteam-Mitglieder: Direktor Mag. Franz Flotzinger, LL.M. (Oö. Gemeindebund)
OAR Gerhard Franzmair, MBA (Marktgemeinde Gunskirchen)
Wilfried Brunner, MBA, MPA (Marktgemeinde Wartberg ob der Aist)
Harald Höglinger (Stadtgemeinde Traun)
Andreas Hofer (Stadtgemeinde Traun)
Bürgermeister Robert Zeitlinger (Marktgemeinde St. Florian)
Christian Messner (Marktgemeinde St. Florian)
Udo Engel (Büro Landesrat Max Hiegelsberger)
OAR Ing. Georg Wagner (IKD)

Darüber hinaus gilt ein besonderer Dank den Bürgermeistern der Gemeinden Traun, Gunskirchen, St. Florian und Wartberg ob der Aist, die ihren Mitarbeitern die Teilnahme im Projektteam ermöglicht haben.

Unterstützt wurde das Projektteam durch die folgenden Landesdienststellen, Institutionen und Unternehmen, bei denen wir uns ebenfalls sehr herzlich bedanken:

- Direktion Straßenbau und Verkehr, Abteilung Brücken- und Tunnelbau
- Direktion Straßenbau und Verkehr, Abteilung Geoinformation und Liegenschaft
- Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Umwelt-, Bau- und Anlagentechnik
- Wegeerhaltungsverband Oberes Mühlviertel
- LeitnerLeitner, Wirtschaftsprüfer Steuerberater, Linz
- PMS-Consult GmbH, Wien
- Gemdat OÖ, Mag. Anton Berger-Schauer